

SEDUTA n. 47 del 23.03.1995

Vorsitzender: Vizepräsident Peterlini
Presidenza del Vicepresidente Peterlini

Ore 10.08

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung Präsident Tretter, dann die Abg. Benussi, Cigolla kommt etwas später, De Stefani, Hosp (nachmittag), Gasperotti, Kasslatte-Mur, Leveghi (vormittag), Munter kommt etwas später und Romano. Soweit die Entschuldigungen.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

DENICOLO': *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRÄSIDENT: Mitteilungen gibt es keine und somit kommen wir zur Tagesordnung, und zwar haben wir zugunsten dieser dringenden, gestern erledigten Gesetze bzw. Beschlußanträge die Behandlung des Tagesordnungspunkt 2 unterbrochen - Gesetzentwurf Nr. 28 über die Europäische Integration. Wir sind jetzt bei der Behandlung des Abänderungsantrages Willeit, Vecchi, Muraro zum Artikel 2/c/ter. Das ist der Stand der Dinge.

Und jetzt hat sich zum Ablauf der Arbeiten Abg. Benedetti zu Wort gemeldet, bitte schön.

BENEDETTI: Presidente, gradirei intervenire sull'ordine dei lavori, in quanto il Presidente ci ha comunicato che la conferenza dei capigruppo aveva deciso di lavorare oggi unicamente su mozioni ed interrogazioni. Questo ha deciso la conferenza dei capigruppo, non può dire di no lei assessore. Non so se vogliamo fare in modo che la conferenza dei capigruppo non sia presa in considerazione, ma si tratta di una decisione suffragata dai presidenti di gruppo che hanno partecipato alla riunione. Se continuiamo a stravolgere gli ordini del giorno probabilmente non finiremo mai.

PRÄSIDENT: Die Abg. Zendron hat das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

ZENDRON: Sull'ordine dei lavori, Presidente. Confermo quanto detto dal cons. Benedetti e chiedo che il Vicepresidente consulti il Presidente. Nel caso che il Vicepresidente insista per continuare chiedo due ore di sospensione, perché ci sono così tanti emendamenti che la legge risulta completamente cambiata e noi abbiamo il diritto di studiarli per vedere che cosa ci viene proposto. Adesso ho ricevuto un pacco di emendamenti sulla legge e non penserete che noi la discutiamo in questo modo. Per cui a nome del mio gruppo, nel caso di proceda, chiedo una sospensione fino al pomeriggio.

PRÄSIDENT: Wer möchte noch das Wort zum Fortgang der Arbeiten? Niemand. Ich möchte nämlich einen Moment Zeit haben, um das nachprüfen zu können, weil ich auch in der Fraktionssprechersitzung war. Ich war auch hier anwesend, als das gesagt worden ist, ich kann mich genau erinnern, daß gesagt worden ist, daß ein Tag für die Debatte über Beschlußanträge und über Anfragen reserviert werden soll. Ich war aber nicht der Meinung, daß es der heutige Tag sein sollte, aber das können wir ja feststellen lassen, weil ich geglaubt habe, daß auf jeden Fall das Gesetz zuerst zu Ende gebracht werden sollte, aber ich möchte mich auf keinen Fall aufdrängen.

Wenn wir jetzt die Tagesordnung fortsetzen, dann würde als nächster Tagesordnungspunkt der Begehrensantrag über die Spielkasinos kommen. Aber ich weiß nicht, ist das das was man wünscht oder wünscht man sich was anderes.

Dann würde ich sagen, daß wir folgendes machen: Wir machen eine kurze Fraktionssprechersitzung. Ich lade auch den Ausschuß dazu ein und wir sehen uns hier in einer halben Stunde wieder. Wir können diese Frage abklären d.h. überhaupt klären was wir heute behandeln.

Die Sitzung ist bis 11.00 Uhr unterbrochen und die Fraktionssprecher werden gebeten sich im üblichen Saal einzufinden.

(ore 10.25)

(ore 11.16)

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Das Fraktionssprecherkollegium hat sich mit der Frage befaßt, ob wir heute mit Beschlußanträgen und Anfragen fortsetzen sollen oder das zur Debatte stehende Gesetz vom Ausschuß bzw. vom Einbringer Dr. Pahl weiterbehandeln sollen, weil nicht sehr klar war, wie weit vereinbart worden ist, den heutigen Tag für Beschlußanträge und Anfragen zu reservieren. Es wird auch festgestellt, daß es zur Unterbrechung eines in Behandlung stehenden Gesetzes das Einvernehmen des Einbringers braucht, so wie es immer Praxis war.

Ich habe deshalb im Namen der Fraktionssprecher nach Abwägung aller Standpunkte, auch der vielen vorliegenden Abänderungsanträge zum Gesetzentwurf über Europa, das Ersuchen an den Präsidenten bzw. an den Einbringer Dr. Franz Pahl gerichtet, heute doch von einer Beharrung auf einer Weiterbehandlung abzusehen, um den Abgeordneten Zeit zu geben, die Abänderungsanträge zu studieren. Auch sollte dem Versprechen nachgekommen werden, das Präsident Trepper gegeben hat, daß wir heute die Anfragen und Beschlußanträge behandeln.

Bitte, Dr. Pahl.

PAHL: Kollege Dr. Peterlini hat bereits festgestellt, daß eine Vertagung ohne Zustimmung des Einbringers - und das ist in diesem Fall der Regionalauschuß als ganzer - nicht stattfinden kann. Somit kann es unter keinen Umständen irgendeine voreiligen Versprechungen des Präsidenten Trepper ohne Rücksprache mit uns geben. Das ist auch geklärt. Aber es ist der Wunsch von verschiedenen Fraktionssprechern herangetragen worden, eine Vertagung bis zum nächsten Monat vorzunehmen. Einen grundsätzlichen Einwand gibt es von unserer Seite nicht. Ich habe mich jetzt bei der Mehrheit der Kollegen des Ausschusses - alle sind im Augenblick nicht da - rückversichert und somit erkläre ich mich im Namen des Ausschusses - ich bin ja nicht allein der Einbringer - bereit, die Vertagung auf April vorzunehmen, weil es in der Sache ganz gleich ist, ob wir heute weiterfahren oder im April, nachdem wir heute das Gesetz, da es lang ist, nicht fertig bekommen. Es ändert sich also nichts, weil eine unbedingte Dringlichkeit gar nicht gegeben ist. Somit bin ich mit der Vertagung einverstanden, aber im April ist das als erster Tagesordnungspunkt dann zu behandeln.

Ich darf vielleicht auch noch einen kurzen Hinweis machen: Die Erwähnung im Europagesetz des bilateralen österreichisch-italienischen Abkommens, das Durchführungsabkommen zum Madrider Vertrag über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, ist inzwischen von Italien von beiden Kammern des Parlaments genehmigt worden. Es ist am 8. März 1995 Gesetz geworden. Eine kleine erfreuliche Nachricht und somit bin ich einverstanden, auch diesem Wunsch der Mehrheit der Fraktionssprecher bzw. des Kollegen Peterlini nachzukommen.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Damit ist der Gesetzentwurf über europäische Initiativen auf die nächste Sitzungsrunde im April vertagt und wir setzen jetzt die Tagesordnung fort. Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der **Begehrensantrag Nr. 9, eingebracht von den Abg. Moser, Bolzonello, Delladio, Benedetti und De Stefani. Der Antrag ersetzt den diesbezüglichen Beschlußantrag Nr. 16 in Form eines Begehrensantrages betreffend die Errichtung eines Spielkasino für die Region Trentino-Südtirol.**

Ich bitte einen Unterzeichner den Antrag zu verlesen und dann zu erläutern. Abg. Benedetti, möchten Sie den Antrag lesen? Bitte schön.

BENEDETTI: Grazie Presidente, in attesa che l'assessore competente Moser entri in aula, gradirei leggere il voto e fornire un'ulteriore spiegazione per come siamo arrivati a questo voto.

Qualche seduta fa avevamo letto una mozione in aula sul tema, che era stata presentata dal sottoscritto e dai colleghi Chiodi e De Stefani, già sufficientemente illustrata, alla quale però l'assessore aveva proposto questo voto in sua sostituzione.

Dò lettura del voto:

Voto n. 9

Diverse argomentazioni hanno impedito per lungo tempo l'apertura di nuova case da gioco sul territorio nazionale. Le considerazioni più significative in proposito hanno natura morale ma ignorano altre forme di gioco di azzardo che clandestinamente si svolgono nel territorio nazionale, nonché l'esistenza in Italia di 4 case da gioco in funzione a Venezia, Sanremo, Campione, Saint Vincent. Numerose case da gioco risultano del resto funzionanti in Paesi europei confinanti con il Trentino-Alto Adige (Austria e Repubbliche della ex Jugoslavia). Si può rilevare, anzi, che non solo sono in aumento le aperture di case da gioco in Europa, ma che numerose iniziative legislative prevedono l'istituzione di nuove case da gioco in varie Regioni italiane. E' di tutta evidenza che tali strutture, dal punto di vista economico, rivestono ruoli importanti nei rispettivi territori. I vantaggi si presentano rilevanti in primo luogo per quanto riguarda l'occupazione, ma non sono nemmeno da sottovalutare le potenzialità di promozione turistica nonché i proventi derivanti agli enti pubblici dall'esercizio diretto o indiretto di tali attività. La significativa opportunità economica che una casa da gioco rappresenterebbe per il territorio del Trentino-Alto Adige deve pertanto consentire di superare ogni remora di carattere morale che apparirebbe del resto utopistica considerata la facilità con cui possono essere raggiunte le vicine località europee ove hanno sede attualmente sale da gioco. La probabile contrazione delle entrate degli enti pubblici determinata dalla situazione economica generale, deve viceversa indurre al reperimento di risorse da destinare ad investimenti che creino indotto turistico. In caso contrario saranno i vicini Paesi europei con i proventi delle loro case da gioco ad incrementare il turismo con diretta concorrenza per le nostre località.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio regionale
ai sensi dell'art. 35 dello Statuto speciale di autonomia

fa voti al Parlamento

affinché alle Province autonome di Trento e di Bolzano, ciascuna per il rispettivo territorio, sia delegata la facoltà di autorizzare l'apertura e l'esercizio di una casa da gioco e di fissarne la collocazione territoriale, prevedendo il divieto per ognuna delle due province di far partecipare al gioco i cittadini residenti sul proprio territorio.

PRÄSIDENT: Danke für die Verlesung.

Es hat sich hier Abg. Delladio zu Wort gemeldet. Für die Erläuterung müßt ihr euch einigen, wer also die Erläuterung machen möchte. Dann kann sowieso jeder Stellung nehmen.

Bitte schön, Abg. Benedetti.

BENEDETTI: Come le avevo preannunciato già avevamo illustrato la mozione precedente e quindi si voleva guadagnare un po' di tempo per passare direttamente alla discussione, ma magari due paroline per spiegare come si è trasformata questa mozione in un voto vale la pena di dirle.

Con la prima mozione veniva chiesto che alla regione fosse data la possibilità di aprire in regione una casa da gioco che potesse essere a scavalco tra le due province, si ritiene invece con questo voto di dover chiedere, vista l'autonomia delle due province, a ciascuna delle province la facoltà di poter aprire una casa da gioco in singola provincia. Mi auguro siano state superate quelle riserve mentali che ci impongono di avere un distacco quando si parla di queste materie, in quanto pensiamo che oramai siamo attornati, non solo la nostra regione ma tutta l'Italia, da case da gioco su tutti i nostri confini e quindi sarebbe un autolesionismo non procedere in questo senso.

Penso che attualmente si possano anche garantire sufficienti misure di sicurezza per quanto riguarda la salvaguardia dei nostri territori e proprio su proposte della Giunta e quindi dell'assessore competente abbiamo inserito in questo voto il divieto per ognuna delle due province di far partecipare al gioco i cittadini residenti. Abitualmente nelle case da gioco il territorio in cui si prevede questo divieto è molto più limitato ed è limitato ai comuni, abbiamo un precedente, che è quello della Valle d'Aosta che lo prevede per tutta la regione.

Noi per dare maggiori garanzie ai nostri cittadini vorremmo stabilire che nelle due province ci sia questo divieto.

Rinvio alla discussione generale e sentiamo poi l'assessore e gli altri firmatari. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Jetzt haben sich der Reihe nach zu Wort gemeldet - ich lese die Namen vor: Delladio, Bolzonello, Klotz, Frasnelli, wobei ich festhalten möchte, daß pro Fraktion eine Stellungnahme möglich ist.

Das Wort hat Abg. Delladio.

DELLADIO: Grazie, signor Presidente. Egredi e distinti colleghi, per parlare del tema "case da gioco" sono andato a leggere gli interventi della X^a commissione a livello parlamentare nelle sedute che vanno da settembre ad ottobre del 1994 ed ho riscontrato che tutti i partiti, dal partito popolare al centro cristiano democratico ed altri si sono espressi a favore della regolamentazione dell'istituzione delle case da gioco in Italia, perciò ritengo che sia implicito l'accettazione del tema "case da gioco".

Le case da gioco non sono un problema prioritario, però bisogna affrontarlo parallelamente agli altri, quali la casa, la scuola, il lavoro ed altro. Il gioco d'azzardo è un problema che esiste nella nostra società in una forma sommersa ed ha dimensioni rilevanti e la criminalità organizzata effettua tutta l'attività di controllo del gioco d'azzardo. Vorrei dire che non bisogna dimenticare che il gioco d'azzardo non autorizzato è la fonte di guadagno più consistente della malavita, pertanto occorre, per sanare un grave problema sociale, eliminare il gioco clandestino e quindi il riciclaggio del denaro sporco, regolamentando di fatto tale attività.

Noi vediamo anche che lo Stato italiano ha delle grosse difficoltà finanziarie, deve inventare nuove tasse ed ultimamente sto leggendo il libro bianco di Tremonti, per vedere la proposta fatta a suo tempo dall'ex ministro in tema di tasse e si riscontra che imposte e tasse esistenti sono molte, oltre 120, dopo bisogna aggiungere 90 voci di tariffe di concessioni governative, 22 articoli di registro, 32 articoli del bollo, pertanto la materia è molto complessa e notevole.

Per contribuire e sanare l'economia e per permettere un reddito alle comunità locali è importante valutare positivamente l'apertura di case da gioco sul territorio nazionale e conseguentemente è importante affrontare anche il discorso a livello regionale. Regolamentare l'istituzione delle case da gioco può consentire il raggiungimento di finalità socialmente utili, può provocare occupazione diretta ed indotta, può rilanciare le aziende del settore ricettivo, ristoranti ed altre attività. Inoltre si avrebbero introiti per le casse comunali, provinciali, regionali e statali, da non disprezzare in questo momento, dove siamo alla ricerca di nuove entrate e dove puntiamo anche sul contenimento delle spese.

Vorrei ricordare che a Seefeld, da 15 anni a questa parte, le tasse e i tributi comunali non sono mai stati aumentati e noi sappiamo che Seefeld è sede di una casa da gioco molto vicina all'Italia. E' comprensibile il timore che una casa da gioco porti all'incentivo, al vizio e al malcostume, all'incremento della delinquenza e altro, ci vuole sicuramente una regolamentazione molto severa. L'Italia è il primo paese al mondo ad esportare giocatori turisti all'estero, invece di importare turismo e flussi finanziari dall'estero, noi esportiamo appunto questa materia prima, turismo e denaro; con una buona legge si azzerà il sommerso e l'illecito, si dà impulso al turismo e alle imprese alberghiere, in modo particolare nella nostra regione, che si basa precipuamente sul turismo, ad una vocazione prettamente turistica, pertanto la regione si presta a questo tipo di proposta.

Sappiamo che il codice penale vieta il gioco d'azzardo e sappiamo anche che in Italia ci sono quattro case da gioco, Campione, Saint Vincent, Sanremo e Venezia e sono ubicate nel nord d'Italia; ultimamente leggevo che Campione presenta una rendita di 120 miliardi all'anno, pertanto un cospicuo introito per le casse comunali.

Sappiamo che i provvedimenti normativi che istituiscono le case da gioco si riferiscono agli anni 1927-1933-1936 e vanno in deroga alle norme generali, queste norme sono delle contorsioni legislative per poter mantenere aperte le case da gioco in queste località, perché il gioco d'azzardo è vietato, come sappiamo, dagli artt. 718-719-720-721 e 722 del Codice penale. Vediamo che ci sono delle sentenze della

Magistratura che considerano la tombola come gioco d'azzardo, inoltre lo Stato italiano organizza e autorizza tanti giochi con cospicui introiti per i bilanci dello Stato, esiste il gioco del lotto, le lotterie nazionali, il totocalcio, il TOTIP e enalotto, viene fatta pubblicità alla vendita di tali biglietti tramite i mezzi televisivi e non solo, in poche parole lo Stato gestisce circa 8 mila miliardi per questi giochi leciti, ultimamente basta vedere il gioco "gratta e vinci" quanto consenso trova nella popolazione.

L'Inghilterra, la Spagna, la Germania, la Francia, il Portogallo hanno già normato sull'argomento, l'Austria presenta 12 casinò, concede licenze di sale da gioco anche negli alberghi, per questo non ha perso il suo rigore morale e la sua dignità sociale; la Francia fino al 1980 ha autorizzato 159 case da gioco; in Germania troviamo case da gioco gestite da privati, oltre che dal Ministero delle finanze e gli introiti devono essere destinati per scopi di pubblica utilità; troviamo case da gioco in Slovenia, in Croazia, che sono piene di italiani, i nostri confini sono circondati da case da gioco, con la conseguente, forte emorragia di valuta verso l'estero.

Leggevo ieri un articolo sul giornale, in Svizzera il popolo elvetico è stato chiamato alle urne per cancellare, come di fatto ha cancellato, l'art. 35 della Costituzione, che vietava il gioco d'azzardo ed è stato deciso che 13 saranno le case da gioco in Svizzera e che gli introiti serviranno per aumentare i fondi pensione per gli elvetici di una certa età, anziani.

Vorrei sottoporre all'aula anche un'altra visione del problema, aggiungendo ulteriori considerazioni, dicendo che esperti del settore turismo dicono, sulla base di dati storici, economici ed altro, che esiste un ciclo di vita di un'area turistica, un ciclo che presenta diverse fasi, una fase iniziale dove si evidenzia un tasso di crescita delle presenze turistiche con conseguenti trasformazioni ambientali, pertanto costruzione di impianti di risalita, seconde case e strutture di accoglienza ed altro, fino ad arrivare al massimo delle proprie potenzialità di quella località turistica, dove non si possono più fare impianti a fune, piscine, stadi del ghiaccio, teatri, discoteche ecc., perché la situazione territoriale è satura. Raggiunto questo limite subentra la fase di declino e se non si intraprende la strada del rinnovamento a livello turistico di certe zone, offrendo prodotti di qualità, si ha l'annullamento, oppure la decadenza turistica di tali zone.

Pertanto l'istituzione di un casinò municipale porterà sicuramente al rinnovamento turistico della zona interessata, con un allungamento della stagione turistica e pertanto si avrebbe il riempimento di vuoti stagionali. Molte località in Trentino vorrebbero ospitare un casinò, io provengo dalla valle di Fiemme, laddove un nostro recente sondaggio a campione ha determinato che il 70% dei cittadini era favorevole per un casinò, esiste una struttura in loco che si presta a tale attività a Cavalese, esiste un centro stampa, è un edificio nuovo, sottoutilizzato, oppure trova delle difficoltà di utilizzo, è un edificio costruito nel 1991 per i mondiali di sci nordico per la valle di Fiemme e pertanto è disponibile a tale iniziativa. Inoltre voglio ricordare che già da decenni in valle si parla di case da gioco, non solo in valle di Fiemme, ma anche in altre località del Trentino, comunque in modo particolare a Cavalese. E' sorto

un comitato e ultimamente il comune si è espresso positivamente istituendo una commissione di analisi per la fattibilità di tale iniziativa.

Ritengo sia importante tener conto anche di questo quando si dovranno identificare le località sedi delle case da gioco in regione ed in Trentino in modo particolare.

Un'ultima cosa ritengo sia opportuno evidenziare, per superare le difficoltà di scelta delle località ove ubicare le case da gioco, ritengo che si debba ricorrere ad un'alternanza periodica fra due località all'interno della stessa provincia, un'alternanza stagionale, in modo da rianimare le stagioni morte delle varie località. Questa è un'ipotesi che dopo potrà essere ripresa in sede di definizione delle sedi per i casinò, potrebbe essere per la valle di Fiemme una parte a Cavalese, una stagione, supponiamo l'invernale, ed in prossimità del lago di Garda un'altra stagione, in alternanza fra le due località. Per questo motivo da prima avevo proposto una modifica alla mozione iniziale, inserendo appunto la possibilità di una casa da gioco almeno per ciascuna provincia e in alternanza nelle stesse province, successivamente ho firmato la proposta di mozione assieme ai colleghi Moser ed altri. Vi ringrazio.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Delladio.

Ich erinnere nochmals, daß 10 Minuten für die Interventionen zur Verfügung stehen, pro Fraktion ein Abgeordneter.

Der nächste Redner ist Abg. Bolzonello.

BOLZONELLO: Grazie, signor Presidente. Credo che, rispetto a quanto già detto dai colleghi che mi hanno preceduto, non vi sia moltissimo da aggiungere, ho fra l'altro il piacere di aver presentato tre anni fa in provincia a Bolzano una mozione relativa alla possibile apertura di una casa da gioco nella provincia, questo perché allora la X^a commissione, citata dal collega Delladio, aveva già assegnato alla regione Trentino-Alto Adige la sede di una casa da gioco e quindi sarebbe stato opportuno, dal nostro punto di vista, che la provincia autonoma di Bolzano si facesse portavoce, attraverso un comune interessato dell'apertura di una casa da gioco. Ricordo che il documento non ha avuto l'attenzione che probabilmente meritava e quindi le cose sono rimaste ferme.

Ritengo che una casa da gioco sia un'occasione importante tra le offerte dei pacchetti turistici, che ogni provincia, comune a vocazione turistica debba offrire, E' già stato ricordato che tutti i paesi dell'arco alpino, a cominciare dalla Croazia, Slovenia, Austria e via dicendo dispongono di numerose case da gioco, che sono pubblicizzate in maniera attenta, che hanno contribuito al rilancio turistico di alcune località che altrimenti sarebbero state trascurate da questo punto di vista. E' evidente però che il casinò deve costituire un pacchetto insieme ad altre occasioni, in Alto Adige si sta cercando di recuperare un centro turismo termale, vedo in parallelismo a questo, tra le offerte, anche l'apertura di una casa da gioco, per richiamare ulteriori possibili ospiti che naturalmente non accederanno solamente alla casa da gioco stessa, ma avranno anche modo di conoscere e visitare la città anche per divertirsi e per lasciare qualche quattrino.

Vi è anche l'aspetto positivo per le casse comunali che non va dimenticato, in momenti difficili nei quali si vanno a ricercare soluzioni di decentramento fiscale, di autonomia impositiva comunale, credo che per alcuni comuni e anche per le due province possa la casa da gioco costituire un momento di entrate che altrimenti non vi sarebbero, dall'altro lato è anche vero che vi sono dei discorsi da parte di falsi moralisti sugli aspetti negativi che può produrre l'apertura di una casa da gioco, cioè il richiamo di una certa malavita, di un mondo oscuro o ai limiti del legale che potrebbe utilizzare la casa da gioco per scopi illegali ed illeciti, mi riferisco al riciclo di denaro sporco ecc., ma questo credo già compito della polizia e della magistratura, che dovrà ricercare eventuali illeciti di questo tipo. Quindi credo non vada nemmeno demonizzata in questo senso l'apertura di una casa da gioco.

In riferimento poi ai cattivi esempi che noi diamo con l'apertura, praticamente incitando la gente allo sperpero del denaro, al gioco d'azzardo e via dicendo credo siano assolutamente fuori luogo, perché basta guardare con un minimo di attenzione alle targhe delle macchine parcheggiate attorno alla sede del casinò di Innsbruck o di Seefeld, per capire che la maggior parte sono proprio cittadini delle due province, che vanno a divertirsi una volta ogni tanto o quanto loro aggrada e si recano all'estero. E' altrettanto chiaro che sarebbe utile che questo denaro non uscisse, ma costituisse occasione di recupero e di investimento da parte dei comuni che hanno nel proprio territorio la casa da gioco.

Detto questo credo non vada demonizzata l'apertura di una casa da gioco, perché restano circoscritte le occasioni di pericolosità sociale e del resto comunque un certo gioco d'azzardo è già legittimato, il totocalcio stesso per certi versi è una scommessa, quindi al di là di questo ritengo siano in netta prevalenza gli aspetti positivi che ci permettono non solo di aver aderito a questo voto, ma anche di sostenerlo in questa sede.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Bolzonello.

Wenn ich richtig verstanden habe, redet jetzt trotz ursprüngliche Wortmeldung Frasnelli der Abg. Atz für die Südtiroler Volkspartei. Bitte schön.

ATZ: Ich lasse gern die Abg. Klotz vor.

PRÄSIDENT: Abg. Atz, die Reihenfolge war so: Frasnelli jetzt ersetzt durch Atz und dann Abg. Klotz und dann die anderen.

ATZ: Danke, Herr Präsident.

Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema Spielbank ist ein sicher sehr heikles Thema. Wir haben dieses Thema in unserer Fraktion behandelt. Bei dieser Behandlung in unserer Fraktion sind eine Menge Für und Wider herausgekommen. Alle Argumente haben sicher etwas für sich. Ich will beim Wider anfangen.

Es wird gesagt, daß für die Lohnempfänger und weniger Verdienenden das Risiko zu groß ist. Sie werden zu leicht verführt, leichtsinnig und leichtfertig ihr

Geld auszugeben und dann wären ihre Familien die Leidtragenden. Das ist sicher ein Punkt, der ein gewisses Gewicht hat. Es würde die Geldwäsche gefördert. Es wäre zu leicht eben schwarz oder irgendwie ungesetzlich verdientes Geld hier rein zu waschen. Eine Spielbank wäre ein Magnet für zwielichtige Gestalten. Auch das hat sicher etwas für sich und vieles mehr. Ich muß nicht alles wiederholen, auch meine Vorredner haben zum Teil schon ein paar Punkte aufgezählt.

Zum Für ist zu sagen, daß für viele diese Spielbank - ich rede jetzt eine Spielbank für die Provinz - eine Attraktion darstellen würde. Eine Attraktion auch für die touristischen Initiativen, für die Fremden, somit für unsere Gäste. Weiters wäre zugunsten zu sagen, daß viele nicht mehr gezwungen wären, große und lange Reisen auf sich zu nehmen. Die eben spielen wollen und die es sich heute schon zur Gewohnheit gemacht haben zu spielen, fahren nach Innsbruck oder nach Venedig, um auch nicht weitere Ziele zu nennen. Es wäre ein Schritt gegen die schwarzen und gegen die ungesetzlichen, nicht kontrollierten Spielhöhlen. Es wäre also eine kontrollierte Kontrolle möglich und das Geld bliebe im Lande.

Ich wollte jetzt nur ganz ohne irgendwelche persönlichen Einsätze und Äußerungen einfach einmal ein bißchen auflisten - und diese Liste ist nicht komplett -, daß über Für und Wider in unserer Fraktion gesprochen worden ist und ich wiederhole noch einmal, daß die Liste ganz sicher nicht komplett ist, gerade deshalb weil wir konträre Positionen gehabt haben in unserer Fraktion und heute noch haben. Deshalb haben wir in unserer Gruppe beschlossen, daß jeder unserer Kollegen der Volkspartei nach seinem Gewissen abzustimmen hat, nach seinem Gewissen abstimmen kann. Deshalb werden wir als Fraktion der Südtiroler Volkspartei überhaupt keine Empfehlungen ausgeben. Danke sehr.

PRÄSIDENT: Danke schön, Abg. Atz.

Die nächste Rednerin ist Frau Abg. Klotz. Sie hat das Wort.

KLOTZ: Man hat bei verschiedenen Anlässen nicht nur hier, sondern auch im Südtiroler Landtag in der Vergangenheit immer wieder versucht klar zu machen, daß solche Spielkasinos ungefährlich ja harmlos seien, daß man aber selbst nun nicht so sehr davon überzeugt ist, ersehen wir aus dem beschließenden Teil, in dem plötzlich den in der Region ansässigen Bürgern die Beteiligung an solchen Spielen verboten sein soll. Dann frage ich mich natürlich, wenn das so harmlos und ungefährlich ist - das einmal vorausgeschickt - warum sollen dann nicht die Leute in der Region allen anderen gleichgestellt sein und warum sollen dann diese Ausnahmen überhaupt gemacht werden? Es kommt jetzt der Streichungsartikel, denn sonst hätte sich tatsächlich die Frage ergeben, ob es dann nicht eine verfassungswidrige Bestimmung ist, ob man hier nicht dann wiederum Gleichheiten und sogenannte Ungerechtigkeiten schafft. Dies zu diesem einen Aspekt.

Nun aber zum Inhalt dieses Begehrensantrages. Wir lesen hier wörtlich folgendes: "Der nicht unwesentliche finanzielle Vorteil, der sich durch die Errichtung eines Spielkasino für die Region Trentino-Südtirol ergeben würde, sollte jegliche

Bedenken moralischer Art ausräumen". Ich bin da ganz anderer Meinung. Ich weiß, daß die Argumente, die ich nun bringen werde für viele nicht zählen, aber ich sage sie trotzdem, weil ich hier für diejenigen spreche, die so denken wie unsere Fraktion, wie Dr. Alfons Benedikter. Für uns sind gewisse Werte vorrangig und für uns haben moralische Aspekte eine besondere Bedeutung. Ich komme nun zu diesen Aspekten.

Da geht es einmal um den Wert der Solidarität. Ist Solidarität nur ein Lippenbekenntnis? Ist Solidarität nur ein Schlagwort oder will man es leben? Wenn ich also davon ausgehe: jeder hat Narrenfreiheit. Der Reiche kann sein Geld verspielen, kann sein Geld verprassen, wie er will, dann frage ich mich: Sind nicht diejenigen, die an Solidarität glauben und an gewisse Werte glauben und für gewisse Werte etwas tun wollen hier aufgefordert, daran zu erinnern, daß eben wenn wir uns zu gewissen Prinzipien klar bekennen und sie dann auch leben wollen, die Narrenfreiheit, mit seinem Geld zu tun, was man will, zu verurteilen. Ist man wirklich frei, sein Geld sozusagen hinauszuerwerfen. Dann frage ich mich auch: Hat die sogenannte Gesellschaft ein Recht darauf, daß sie eben auf den Ruin verschiedener Menschen und Familien sich sozusagen saniert? Wenn wir von diesem Standpunkt ausgehen und wenn uns die Solidarität mehr ist als nur ein Lippenbekenntnis, dann müssen wir aus moralischen Gründen sagen "Nein". Ganz eindeutig "Nein", weil wir eben der Meinung sind, daß es eine Verpflichtung der Reichen gegenüber den Armen gibt. Es gibt eine Verpflichtung der Arbeitenden gegenüber den Arbeitslosen und es gibt eine Verpflichtung ganz einfach derjenigen die in Hülle und Fülle haben, daß sie denjenigen geben, die gar nichts haben und verhungern.

Ich weiß, daß manche darüber lachen werden. Das weiß ich schon und mit dem lebe ich. Aber für mich ist wichtig, daß das in diesem Zusammenhang auch einmal gesagt wird. Geschäfte um jeden Preis? - Frage. Unsere Antwort ist Nein. Ganz klar. Wenn wir dann noch weiterhören: Bedenken moralischer Art sind widersinnig, weil in den Nachbarländern ja Spielkasinos bestehen. Das ist für mich kein Argument. Weil alle anderen anders denken und geschäftstüchtig denken, muß ich mich dem nicht anschließen und also sagen, weil es die in den Nachbarländern tun, ist es für mich gut wenn ich es auch tue. Es gibt genügend Fälle und Beispiele, wo das Denken der Allgemeinheit, auch wenn es mehrheitsfähig ist, nicht richtig ist und nicht in Ordnung ist.

Ich lese dann weiter: "Eine mögliche weitere Schrumpfung der Einnahmen der öffentlichen Einrichtungen wegen der allgemeinen Wirtschaftslage müßte vielmehr dazu anregen neue Finanzmittel ausfindig zu machen, welche die örtlichen Körperschaften wiederum tourismusfördernd investieren könnten." Und wer bezahlt die Folgeschäden, die auftreten durch verschiedene Schicksalsschläge kann man sagen. Dadurch daß eine Familie ruiniert wird. Dadurch daß es eben Sozialfälle gibt und es gibt eine Reihe davon. Natürlich ein Teil bereichert sich und der wird sein Geld wieder gewinnbringend anlegen, aber wer kommt auch für die Folgen der Schäden auf, die entstehen. Das wird doch auch wieder die sogenannte Gesellschaft sein oder? Das werden dann wohl auch wieder die Steuerzahler sein. Tourismusfördernd soll es wirken,

eine Tourismusattraktion soll es sein. Haben wir nicht Attraktionen genug in der Region und in unseren Ländern.

Ich bin der Meinung, wenn wir gezielt jenen Tourismus fördern, der die Landschaft, der die Natur zu schätzen weiß, der verschiedene andere Werte sucht, dann können wir das wettmachen, was wir mit der Eröffnung eines Spielkasino glauben zu verlieren. Ich bin davon nicht überzeugt, aber überlegen wir auch einmal diese Seite. Also nicht Erschließung von Finanzmitteln für die öffentliche Hand, aufbauend auf dem Ruin anderer. Aufbauend auf dem Gedanken den Spieltrieb, die Spielgesellschaft zu fördern. Das kommt für mich einfach nicht in Frage, wenn wir vor allen Dingen den jungen Leuten Werte beibringen sollen und wollen, wenn wir ihnen sagen wollen, daß eben gewisse andere Werte eine Rolle spielen, wie Disziplin usw. Ich weiß, daß darüber auch sehr viele lachen, denn es ist ja vielleicht schick, wenn man einfach seinen Gelüsten und Trieben freien Lauf läßt. Es ist dann die sogenannte Narrenfreiheit, sicher läßt es sich gut leben, wer das Geld dafür hat, aber ich sehe doch, daß für das Leben eine gewisse Selbstdisziplin wichtig ist und das soll nun vor allem hier über Bord geworfen werden.

Also all das was man eigentlich jungen Leuten in der Familie oder auch in der Schule beizubringen versucht, das wird hier im Grunde genommen mit fünf Argumenten aus der Hand geschlagen, das ist alles nicht so wichtig. Dann darf man andererseits aber sich halt auch nicht wundern über verschiedene Argumente, tatsächlich Kollege Bolzonello hat gesprochen von "bassi moralisti", also von niederen moralischen Beweggründen, von niederen moralischen Argumenten. Ich frage mich, wohin dann die Gesellschaft kommt, wohin die Gesellschaft geht, wenn das alles nur niedere moralische Argumente sind. Wenn ethische Werte nur noch etwas sind, daß man halt den jungen Leuten sagt, weil es so Brauch ist, aber danach zu leben ist dann sowieso nicht mehr attraktiv, denn jeder soll tun, was er will. Jeder ist frei mit seinem Geld zu tun was er will, er kann es verspielen, er kann es vertrinken, er kann es in Rauch aufgehen lassen.

Ich bin der Meinung, daß dieser Beschlußantrag genau in diese Tendenz geht. Es heißt immer wieder harmlos ist es und so arg ist das mit der Geldwäscherei nicht und so arg ist es mit den Spielkasinos als Nistplatz für die Mafia, für Kriminelle auch nicht. Aber man möge dann einmal sich unterhalten mit Leuten, die tatsächlich dort leben, wo solche Spielkasino betrieben werden. Auch mit Verwaltern z.B. der Region Aosta reden, die mir ganz offen gesagt haben, sie würden es nie mehr wieder errichten, wenn sie heute eine Entscheidung zu treffen hätten, weil es eben auch Anziehungspunkt von Kriminalität zwangsläufig ist. Das kann nicht ausbleiben. Also wenn es um ethische Werte geht, wenn es um Solidarität geht und um eine gewisse Vorbildfunktion, dann bin ich der Meinung muß man auch dazu stehen. Unsere Fraktion, Dr. Benedikter und ich, wir sagen ganz konkret aus diesen Gründen "Nein" zu diesem Beschlußantrag.

PRÄSIDENT: Danke schön, Frau Abg. Klotz.

Der nächste Redner ist Abg. Montefiori. Er hat das Wort.

MONTEFIORI: Partirei dagli aspetti morali del gioco d'azzardo, credo che nei confronti del gioco d'azzardo in generale, in particolare del gioco d'azzardo gestito dallo Stato bisognerebbe lasciare a tutti noi quel minimo di libertà che è giusto che noi abbiamo.

Ho cercato di ascoltare con molta attenzione chi mi ha preceduto, ma quello che proprio mi ha più spaventato è quello che ho scoperto stamattina essere il pensiero della collega Klotz e del cons. Benedikter; loro vorrebbero che noi diventassimo qualche cosa che loro possono guidare, persino nella nostra intimità, insomma un uomo non è libero di spendere come desidera il suo denaro? Speriamo che non solo non si limitino a vietarci una casa da gioco, ma che poi non ci vengano anche a dire magari, e non vorrei suscitare allarmi fascisti, dove andremo il sabato magari, perché giustamente il sabato andremo da qualche parte e poi magari spenderemo il nostro denaro come loro desiderano, oppure mi ha fatto pensare la collega Klotz a quel periodo storico, che fortunatamente non ha colpito l'Italia, ma gli Stati Uniti, chiamato proibizionismo. Evidentemente anche negli Stati Uniti qualche persona in perfetta buona fede - e questa è la tragedia, perché i peggiori sono quelli in buona fede, sono i buoni quelli che fanno i danni più grandi e più terribili nel mondo - ha affermato: l'alcool fa male, vietiamo il consumo di alcool e di fatto ci siamo accorti tutti che la mafia è diminuita; tutti sappiamo quello che si sussurra, si grida, si è pubblicato su arricchimenti incredibili avuti dalla malavita negli Stati Uniti al tempo del proibizionismo e non ci risulta che sia diminuito non solo il consumo di alcool, ma neppure il numero degli alcolizzati.

Credo che con questi criteri potremo anche impedire di vendere dell'oro, in maniera che così le oreficerie non verranno più assalite dai banditi, oppure vieteremo di avere sei figli, perché magari con il sesto figlio chissà cosa faremo ecc.

Credo che se c'è una cosa che va salvaguardata al massimo è la libertà che ognuno di noi deve avere, nel rispetto della libertà altrui di fare almeno con il denaro l'uso che ritiene giusto, quindi in fatto di dire che la casa da gioco non va bene, perché magari qualche operaio - e qui viene fuori una mentalità stranissima, quasi una specie di classismo non ben dichiarato - l'operaio poverino al massimo cosa può fare? Può andare in chiesa, può giocare a carte nel bar senza bere vino, magari bevendo solo acqua ed il ricco deve vergognarsi perché magari ha deciso di perdere delle cifre al gioco. Sono veramente preoccupato da questo modo di pensare, perché direi che non solo è antidemocratico, perché si permette di limitare il nostro libero arbitrio, quando poi non facciamo dei danni a nessuno, ma addirittura è anche antiautonomista, perché solo un uomo libero, profondamente libero può credere nell'autonomia e l'autonomia secondo me è la lotta costante, decisa, ferma contro tutti i lacci, laccioli, imposizioni che uno Stato o una provincia ci vogliono imporre. L'uomo libero è un uomo autonomista, l'uomo che non è libero, che viene limitato addirittura nel tempo libero, ma vi rendete conto che questi vogliono che ci divertiamo come vogliono loro! E' una cosa che non sta nè in cielo, nè in terra.

Io ci sono stato a Saint Vincent, non nella casa da gioco perché mi diverto a spendere i soldi in altro modo, ma intanto non voglio che i miei amici li

spendano come voglio io e se uno si diverte a fare il giro del mondo che faccia pure, come del resto se invece si diverte a spendere al casinò, caso mai ci impegneremo a dirgli che è sbagliato, che per la sua famiglia forse è un male spendere i soldi nella casa da gioco, ma non possiamo impedire la nascita di una casa da gioco perché uno non deve spendere, con lo stesso criterio potremmo vietare i bar, la vendita dei superalcolici, torniamo al proibizionismo.

Veniamo alla criminalità. Non mi risulta proprio che in Val d'Aosta ci sia una criminalità superiore a vallate o a province dove la casa da gioco non esiste, semmai cari colleghi la criminalità aumenta dove non c'è una casa da gioco, perché l'uomo non è come vogliamo noi, l'uomo è come è e se ad un uomo piace giocare d'azzardo, ci preoccupiamo almeno che questi suoi difetti, se li vogliamo considerare tali, ma io non li considero, vadano a vantaggio della comunità, perché se un uomo gioca d'azzardo nel casinò di Merano, parte delle sue perdite sicuramente andranno a vantaggio della comunità non a svantaggio, perché magari con i soldi ricavati dal casinò si potranno aumentare le iniziative a favore di gente che magari non ha la possibilità di farsi curare.

La criminalità trae un grosso aiuto dalle case da gioco clandestine, dalle cosiddette bische, la grande criminalità considera il gioco d'azzardo clandestino e la prostituzione, così come viene praticata in Italia, quasi come se fossero dei serbatoi di sopravvivenza in determinati momenti di crisi. Quindi è vero il contrario, dove c'è una casa da gioco la criminalità non solo non aumenta, semmai diminuisce, anche perché in quelle zone l'attenzione delle forze dell'ordine e della magistratura aumenta.

I suicidi, cara collega Zendron, vorrei vietarli per legge, perché con la vostra mentalità potremmo vietare il suicidio ed abbiamo risolto il problema, poi eliminiamo i ponti, perché magari qualcuno si butta dal ponte, prosciughiamo i fiumi perché qualcuno si suicida nei fiumi e poi non so dove andremo a finire con le vostre teorie, se uno ha deciso di suicidarsi, se non è per il gioco sarà per un'altra cosa.

Comunque sono del parere che ognuno di noi deve essere libero, mi puzza molto questa intromissione pesante nella vita privata, se non di vetero fascismo, ma sicuramente di stalinismo atroce, di gente che ti viene a dire cosa devi fare, cosa non devi fare, dove devi spendere il tuo denaro, come poi se il denaro fosse una cosa conquistata illegalmente. Perché? Adesso io non devo andare a giocare nelle case da gioco, perché se ci vado faccio morire di fame qualche bambino? Vedete la profonda ipocrisia di certi discorsi! Sono cose ipocrite al massimo, perché non credo che non si faccia solidarietà se si va al casinò, anche perché ci sarebbe da andare a chiedere a questi grandi moralisti di darci delle prove contrarie e vediamo se adesso si fa della grossa solidarietà non andando a giocare d'azzardo.

Mi associo quindi a questo voto, voterò a favore, ho solo una piccola perplessità, però sono sempre a favore dell'apertura di vie nuove, anche se non mi accontenta completamente questo voto, essendo riduttivo nella parte finale perché mi chiedo come mai uno di Bolzano non può andare a giocare nel casinò di Merano quando magari viene ad Arco a giocare. La cosa incongrua è che parto da Bolzano, spendo un po' di soldi in benzina, inquinio per andare a giocare ad Arco, lasciatemi giocare a Merano. A me non interessa, ma non c'entra che la gente sia libera quando non

danneggia la libertà altrui di fare quello che vuole, quindi voterò a favore del voto, mi dispiace solo che ci sia questa vagamente ipocrita e perbenistische parte finale, che absolutamente non vedo che utilità abbia. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist Abg. Leitner. Er hat das Wort.

LEITNER: Herr Präsident!

Bei solchen Themen ist es immer sehr sehr schwierig Dinge auseinanderzuhalten, also einmal den moralischen Aspekt, einmal den finanziellen Aspekt, denn wo Finanzen und Moral aneinandergeraten ist es sehr sehr schwierig zu diskutieren.

Ich möchte alle Einwände, die hier moralischer Art gemacht worden sind, nicht bagatellisieren, die haben sicherlich ihren Sinn und sollen in der ganzen Diskussion auch eine Rolle spielen. Nur bin ich der Meinung, daß man immer dort, wo man Moral mit Verboten erzielen will, sie eben nicht erzielt, und ich möchte hier nicht auf die Kirche zurückgreifen, wo es ja auch passiert. Bei allen Dingen wo ein moralischer Hintergrund besteht und im Vordergrund das große Geld steht, wie es hier sicherlich der Fall ist, geben sich eben verschiedene Weltanschauungen die Hand. Aber wenn man glaubt - es ist meine feste Überzeugung -, mit dem Verbot eines Spielkasinos das Spielen verbieten zu können, so ist das das Gleiche wie wenn man glaubt, mit dem Verbot der Freudenhäuser die Prostitution verbieten oder ausmerzen zu können. Das haben wir gesehen. Das eine ist nicht gegangen und auch das andere wird nicht gehen.

Ich frage hier auch all jene, die eben auf den moralischen Ton drücken - und ich sage noch einmal ich bagatellisiere ihn nicht - wieviele Höfe in Tirol mit Kartenspielen und anderen Spielarten verspielt worden sind. Auch hier hat es keine Spielhöhlen und Spielhäuser gegeben, man hat es trotzdem getan. Es ist keine Garantie, daß man das verhindert, daß man hier Menschenschicksale verhindert hat, und ob ein Südtiroler seinen Hof oder seinen Besitz in Seefeld oder irgendwo anders verspielt oder ob er ihn zu Hause verspielt, bleibt unter dem Strich meiner Meinung nach dasselbe.

Wenn schon dann muß ich die Bevölkerung dazu erziehen, daß sie unterscheiden kann was Freizeitgestaltung ist. Ich sage, auch ich gebe dem Abg. Montefiori teilweise recht. Jeder kann und soll mit seinem Geld tun und lassen können was er will. Er muß es verantworten können. Es geht um die Verantwortung einer Familie gegenüber, weil wenn der Vater Spieler ist und die Frau und die Kinder in Unheil stürzt, dann werde ich das nicht ausmerzen, wenn ich ihm den Zutritt zu einem Spielhaus verbiete, dann sucht er sich nämlich ein anderes.

Ich habe selber einen Arbeitskollegen gehabt beim Zoll, der zahlt heute noch seine Spielschulden in Seefeld. Man hat ihm ein Fünftel seines Gehaltes gepfändet, man hat ihm das Auto gepfändet. Eines hat er nicht gelassen: das Spielen, weil er eben süchtig ist nach solchen Dingen und wenn er dort nicht mehr hineinkommt, sucht er sich einen anderen Platz. Da ist sehr sehr schwer zu unterscheiden und ich werte hier nicht, ich beurteile nicht. Das sind Dinge, die wir nicht aus der Welt schaffen können.

Warum ich diesem Begehrensantrag zustimme, ist folgender Grund und ich zähle hier schon den Tourismus auf. Wir können alles über den Tourismus sagen, wir können alles gegen den Tourismus, für den Tourismus usw. sagen. Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß wir Gefahr laufen, mangels weniger Angebote viele Touristenschichten zu verlieren oder erst gar nicht zu bekommen. Ich kann hier schon sagen, bitte wir sind ein katholisches Land. Wir sind ein moralisches Land. Natürlich kann ich das sagen, und es ist auch der Zusatz beim beschließenden Teil, daß die einheimische Bevölkerung da nicht hineingehen kann. Aber wir wissen alle wieviele Gelegenheiten - da gebe ich der Kollegin Klotz schon recht - es auf dieser Welt gibt Gelder rein zu waschen, die aus dunklen Kanälen usw. kommen.

Eines darf man aber auch nicht vergessen, wenn man sich z.B. die Spielkasino in Österreich anschaut, dann hört man dort von Kriminalität z.B. - ich habe mich interessiert - sehr sehr wenig, weil sie sehr sehr gut überwacht sind und sehr stark kontrolliert werden. Dann muß man eben die Voraussetzungen schaffen, daß es auch bei uns möglich ist. Davon gehe ich aus. Das wird man schon sehen.

Ich meine, mein Standpunkt ist vielleicht sehr banal, aber auch klar. Ich will hier nicht für die einheimische Bevölkerung etwas schaffen, um hier die Leute zu verführen, aber ich möchte mit dazu beitragen, daß ein Angebot geschaffen wird, daß mehr Touristen in dieses Land kommen. Das Land lebt... Herr Kollege Frasnelli, wo die Mafia überall drinnen ist, das wissen Sie genauso gut wie ich. Das hat mit den Spielkasinos nicht mehr und nicht weniger zu tun wie mit anderen Dingen. Auch mit institutionellen Einrichtungen, Kollege Frasnelli.

...Ich weiß nicht wie lang ich noch reden kann, aber...

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: ...Das Wort hat Abg. Leitner. Ich bitte die Kollegen auf ihre Reihe zu warten.

LEITNER: Danke, Herr Präsident - ich komme auch schon zum Schluß. Ich weiß schon, wenn man über dieses Thema redet, dann ist man sehr emotional und man sollte die Dinge eben trennen. Ich unterschätze nicht die negativen Zusammenhänge, die negativen Begleiterscheinungen, die ein Spielkasino mit sich bringen kann. Es wird an uns liegen die Voraussetzungen zu schaffen, daß es saubere Spielkasino sind und ich rufe niemanden auf hineinzugehen. Aber wenn ich sage, Du darfst nicht hineingehen, habe ich keine Garantie, daß Du nicht trotzdem gehst. Das wissen wir aus Erfahrung von anderen Dingen und aus Bedeutung für den Fremdenverkehr sage ich "Ja" zu diesem Begehrensantrag.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Pius Leitner.

Der nächste Redner ist Abg. Magnabosco. Er hat das Wort.

MAGNABOSCO: E' in un certo qual modo con imbarazzo che prendo la parola su questo problema, perché sono veramente combattuto fra due diverse esigenze, cioè non sono giocatore d'azzardo, nel senso che proprio non per merito, non mi interessa il gioco d'azzardo, quindi non è un merito essere contrari, è facile essere contrario per me, non gioco mai, non me ne importa niente.

Vi è anche una questione morale che si fa, questo veder puntare milioni, come fossero fagioli, su un numero da parte di persone, certamente stride con quella che è una visione sociale della vita, quindi anche questo mi sconcerta enormemente. D'altro canto ritengo anche che vi sono degli elementi a favore della casa da gioco, cioè sappiamo, ho letto sulla stampa che a suo tempo a Bolzano fu scoperta una casa da gioco clandestina, quindi succedevano le stesse cose, ma con una pericolosità ovviamente maggiore, in quanto clandestini la polizia non ha modo di intervenire, di vedere, solo quando scopre eventualmente provvede alla chiusura.

Però tutto quello che di pericoloso c'è intorno ad una casa da gioco, per cui qui si è detto c'è una particolare attenzione da parte delle forze dell'ordine là dove c'è una casa da gioco, questa pericolosità c'è anche intorno alle case da gioco clandestine e allora sotto questo profilo preferisco che non sia clandestina se c'è e dato che indubbiamente c'è ogni tanto perché la si scopre questa mania del gioco d'azzardo con bische clandestine, direi che la pericolosità sociale e tutti i danni e le remore che abbiamo nei confronti di una casa da gioco, sono ancor più giustificate quando è clandestino, ma è clandestino in particolare in quanto la casa da gioco regolare non c'è e qui mi lascia anche perplesso che se si aprisse una casa da gioco a Vipiteno, perché quello di Salorno non può andarci e invece quello di Trento sì e viceversa, mi sembra una stranezza in questo contesto e sotto questo aspetto.

Devo dire che quando a suo tempo si parlò per esempio della chiusura dei casini ero favorevolissimo, mi sembrava una cosa troppo ripugnante che li gestisse lo Stato, qui non lo vedo così ripugnante, un momento però, nel gestire la cosa pubblica e qui mi devo spogliare del mio credo religioso e una certa spinta severa che sento talvolta nei confronti di certi fenomeni, devo dire che lì tutti furono d'accordo, una socialista, la Merlin promosse quella famosa battaglia che vinse, però non credo che ci sarebbe questo fenomeno, ma la cosa negativa era che la gestione fosse dello Stato, non ci sarebbe questo fenomeno nelle strade.

Sono cose complesse che mi tormentano nel prendere una decisione, ovviamente dal punto di vista morale è condannabile, ma possiamo accettare fenomeni peggiori per rispettare una propria convinzione di morale, sì in quel caso fui completamente d'accordo e ancora lo sono, però non devo dimenticare una cosa, che nello stato della Chiesa le case di tolleranza si chiusero con la breccia di Porta Pia, e non credo che i Pontefici che erano i capi dello Stato fossero favorevoli a quel mercato turpe, ma c'era un'esigenza di controllo, che hanno ritenuto di accettare come Stato, pur condannando moralmente questo fenomeno.

Ecco perché sono così combattuto, sarei portato istintivamente a dire no alla casa di riposo, ma forse il mio intervento è inutile, perché soppesati i pro ed i contro non me la sento e mi vergogno un po' di non sentirmi propenso di votare a favore o di

votare contro, ma volevo che si capisse perché mi astengo, per questo tormento interiore di una scelta a me impossibile per quella che è la mia profonda convinzione.

Quindi mi asterrò in questo caso. Chiedo scusa perché ho fatto perdere tempo per dire che poi il mio voto non ci sarà nè da una parte, nè dall'altra.

PRÄSIDENT: Die nächste Rednerin ist die Frau Abg. Zendron. Bitte schön.

ZENDRON: Grazie Presidente. Questo è un voto degli imbarazzi, non è il primo in questi giorni. Io sono contro i casinò e sono contro i divieti, nel senso che non credo che un modo per evitare che succedano delle cose, per esempio contro l'uso dell'alcool ecc., credo sia più giusto mettere dei limiti piuttosto che dei divieti, però d'altro canto devo anche dire che sono altrettanto contro il casinò per varie ragioni, in parte anche per le ragioni cosiddette moralistiche, che sono state portate da qualcuno in parte, di più per altre ragioni che cerco di spiegare.

Sulle questioni di tipo morale. Intorno ai casinò si dice non si svilupperebbe la malavita, ma non si sviluppa perché c'è tutto un controllo di polizia, allora mi chiedo per quale ragione come cittadino devo contribuire a pagare le forze di polizia che controllano i casinò, ad esempio, perché non si sviluppi la mafia, la malavita ecc. e qua faccio fatica a capire le ragioni, anche se ci è stato spiegato all'inizio che il problema dei casinò ed il problema delle "case" sono due problemi quasi sullo stesso livello, personalmente non ritengo che l'importanza sia proprio pari e ci sia una differenza di importanza effettivamente.

Ci sono altre questioni e mi chiedo se l'esistenza di un casinò vada nella direzione di quello sviluppo turistico, legato alle risorse naturali della nostra terra e credo di poter rispondere che personalmente non sono convinta di questo. Inoltre leggendo una relazione che ci è stata mandata, che è ai nostri atti, sulle ragioni del successo del casinò di Seefeld, ci viene spiegato come, a differenza di Kitzbühel, Seefeld abbia un grande successo perché ha un ottimo collegamento viario, infatti l'autostrada ci conduce fino alla porta. Allora sarebbe bene dire che noi lo vogliamo a Merano e così utilizzeremo la MEBO, poiché spero ancora che forse la MEBO possa assumere una forma più moderna, più civile, non così di distruzione verso il territorio, anche questo è un elemento che non mi fa vedere la cosa come un fatto del tutto positivo.

Inoltre questa osservazione sull'importanza del collegamento viario mette il dito sulla piaga e cioè il casinò attira un tipo di turismo che è un turismo che noi diciamo quasi predatorio, quello che non porta ricchezza, ma che semplicemente inquina e distrugge le risorse, cioè il turismo di un giorno, chi va a giocare al casinò va lì, al massimo si ferma una notte, ma qualche volta gioca fino a tardi e poi ritorna, oppure gioca il pomeriggio, quindi non è un apporto che si inserisce in un concetto di turismo come noi vorremmo e cioè di turismo stabile, in cui chi viene fa vacanza, sta un po' di tempo, ha un rapporto con la natura, utilizza le risorse, però non le sfrutta, non lascia più danni che vantaggi. Quindi sono più queste ragioni che mi fanno essere contraria ad un casinò.

Poiché questo voto chiede che venga tolto un divieto, credo che il nostro gruppo, già nella SVP ci sarà una piccola differenziazione, anche perché non è una questione di principio, personalmente non avrò difficoltà a votare contro, perché per me è più importante il fatto che sono contro il casinò e poi il fatto di essere a favore di un divieto mi sembra in questo momento meno rilevante e credo che la mia collega si asterrà, perché in questo equilibrio tra l'essere contro, che penso anche lei non sia molto favorevole al casinò, ma essere invece a favore o contro un divieto, l'altra questione abbia più rilievo.

PRÄSIDENT: Ich sehe zur Zeit keine Wortmeldungen mehr in der Generaldebatte. Fertig. Stimmabgabeerklärung bereits vorgemerkt, Kollege Achmüller. Fertig. Gut. Dann kommen wir jetzt zu den Abänderungsanträgen, die vorliegen, die zum Teil die Unterschrift der Einbringer haben, zum Teil nicht. Sie wissen, daß auch bei den Begehrensanträgen wie bei den Beschlußanträgen der Ersteinbringer mit dem Abänderungsantrag einverstanden sein muß.

Und da haben wir einen: Im beschließenden Teil werden die Worte "wobei für beide Provinzen das Verbot gelten sollte, daß sich die im Gebiet der Provinz ansässigen Bürger an solchen Spielen beteiligen können" streichen. Bondi, Benedetti, Vecli.

Le ultime parole nel testo deliberante "prevedendo il divieto per ognuna delle due Province di far partecipare al gioco i cittadini residenti sul proprio territorio" sono soppresse. Questo proviene da Bondi, Benedetti, Vecli.

Und einen gegenteiligen Antrag. Ich bitte den Ersteinbringer Moser auch Stellung zu nehmen, ob er einverstanden ist mit diesem ersten oder gegenteiligen Antrag, der die Unterschriften Peterlini, Pahl, Saurer, Achmüller trägt, daß das Verbot ausweiten würde "sul territorio della Regione". Sostituire le parole "sul proprio territorio" con le parole "sul territorio della Regione".

In der vorletzten Zeile des beschließenden Teiles wird das Wort "Provinz" mit "Region" ersetzt.

Sie können entscheiden, ob Sie Anträge annehmen oder nicht.

MOSER: Credo che siamo andati un po' fuori dal discorso, perché qui stiamo decidendo solo se vogliamo o non vogliamo avere sul nostro territorio una o più case da gioco. Le regole saranno fatte in un secondo tempo, perciò in merito a questo voto, che abbiamo preparato come Giunta, in risposta alla mozione presentata dai conss. Benedetti, De Stefani e Chiodi, credo non si debba andare sui particolari, perché qualora anche noi decidessimo che il casinò lo vogliamo o non lo vogliamo, le regole andranno decise in altra sede; se verrà data la concessione alle due province, o alla regione o se sarà lo Stato che dovrà legiferare, ma sicuramente verrà fatto in un secondo tempo.

In questo momento dobbiamo esprimere sì o no, tutto il resto va rimandato in un secondo tempo. Mi sembra che il cons. Benedetti vuole ritirare l'emendamento, perciò se lo ritira anche l'altro emendamento non ha più senso.

PRÄSIDENT: Sie müssen aber trotzdem sagen... Abg. Benedetti, ist das richtig, es wird zurückgezogen. Dann bleibt der ursprüngliche Text und der Änderungsantrag Peterlini, Pahl, Achmüller usw. bleibt deswegen trotzdem aufrecht, es sei denn Sie sagen: Ich bin nicht einverstanden. Wenn Sie sagen: Ich bin einverstanden, dann ist der Antrag nicht zulässig. Aber Sie müssen das sagen. Devi dire se sei d'accordo o no con l'emendamento.

MOSER: Mi pare che se viene ritirato questo, non ha senso neanche l'altro, tutti due li facciamo ritirare. Non lo ritiri? Va bene io non lo accolgo, tanto non ha senso.

PRÄSIDENT: Damit ist es klar, es bleibt bei der ursprünglichen Formulierung, der Antrag Benedetti ist zurückgezogen. Ist dies richtig? Und der Antrag Pahl, Peterlini u.a. Achmüller und Saurer ist nicht zugelassen, weil der Einbringer nicht einverstanden ist.

Damit haben wir eigentlich fertig. Es bleibt der ursprüngliche Text. Zur Replik, bitte schön.

MOSER: Diciamo solo poche cose, perché abbiamo perso già troppo tempo, perché stiamo decidendo una cosa che ha un certo senso e poi viene messo il carro davanti ai buoi.

Se vogliamo andare ad analizzare come è stato esposto il voto, direi che il cons. Delladio ha fatto un'esposizione abbastanza dettagliata e tutti quelli che sono intervenuti dopo hanno detto la loro, chi a favore e chi contro.

Penso che in una regione come la nostra, che vive soprattutto di turismo, un'iniziativa come questa vada sicuramente accolta, perché si può dire che porta la malavita, che c'è riciclaggio di denaro, ma sarà comunque difficile poter controllare tutto, anche se nei nostri tempi moderni ci sono sistemi sempre più severi e sofisticati per il controllo dei giri di denaro, sia pulito che sporco. Perciò su questo non perderei più di tanta attenzione.

Se consideriamo che nell'arco alpino in Italia esistono già dei casinò e sono uno in Liguria, uno in Piemonte e Valle d'Aosta, l'altro è a Campione e lo consideriamo Lombardia, l'altro è a Venezia nel Veneto, noi che siamo una regione confinante sull'arco alpino, non abbiamo alcuna casa da gioco. Se non ci fosse da nessuna parte e fossimo solo noi a chiederlo, certe controindicazioni si potrebbero accettare, ma visto che esistono praticamente su tutto l'arco alpino, sia di qua che di là delle Alpi, in Francia, in Svizzera, in Austria, in Croazia, in Slovenia, in tutti questi posti esistono casinò, non vedo che proprio noi dobbiamo andare contro i nostri interessi, perché in tutti i posti dove esiste il casinò, ho avuto modo di visitarli quasi tutti, di parlare anche con amministratori e non è che siano contrari, ero a Sanremo pochi giorni fa e lì con il casinò riescono ad intraprendere molte iniziative a sostegno del turismo, a Saint Vincent pure.

Perciò credo che andare a dire no, qualora lo Stato deciderà che ci venisse data questa concessione, credo che il dire che le due province saranno libere di aprire o non aprire il casinò, perché se poi la provincia di Bolzano nella sua autonomia

deciderà che non vuole il casinò a Bolzano o Merano, credo che i trentini non andranno ad imporre niente e neanche il contrario penso. Perciò direi che la soluzione di prevedere due casinò sul territorio della regione, uno a Trento e uno a Bolzano e che poi le due province decidano se avranno due sedi, una estiva ed una invernale, sono tutte cose che dovranno essere stabilite quando avremo in mano qualche cosa, adesso sarebbero tutte parole.

Perciò credo che questo voto, come è stato preparato, si possa sicuramente accogliere. Grazie.

PRÄSIDENT: Jetzt sind noch auch zur Erklärung der Stimmabgabe fünf Minuten maximal eines Abgeordneten pro Fraktion zulässig. Es sei denn, daß man mit der Meinung des Fraktionssprechers nicht einverstanden ist.

Abg. Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich kann mich erinnern - kurz - ich glaube fast in jeder Legislaturperiode seit 1948 war einmal ein Beschlußantrag gekommen: Spielkasino, und er ist aber immer nach langer Debatte abgelehnt worden. Es geht da nicht um die Freiheiten, wie Sie sie da verstanden haben, denn es geht darum, daß ein Staatsgesetz an sich die Spielkasino verbietet und daß sie nur ausnahmsweise ermächtigt werden, und zwar von der Zentralregierung, um es so zu sagen und zu diesem Spielkasino kann jeder hin. Also wäre es verfassungswidrig, wenn man sagt, wir wollen ein Spielkasino einerseits, aber wir von der Region dürfen nicht spielen. Die haben das gleiche Recht. Das ist gegen die Menschenrechte, wenn die von der Region dann nicht spielen dürfen. Warum dürfen sie in Saint Vincent spielen, aber hier nicht. Das ist ja widersinnig.

Aber auf der anderen Seite - ich verstehe wirklich nicht - es heißt sowohl Südtirol als auch das Trentino haben den größten natürlichen Reichtum, und die Anziehungskraft für die Fremden ist die Bergwelt, die Berge, die Gletscher, die Seen usw. und noch dazu sind sie finanziell privilegiert noch und noch, und das stimmt auch finanziell gegenüber allen anderen Regionen, auch gegenüber den Regionen mit Sonderstatut. Jetzt brauchen wir plötzlich ein Spielkasino oder zwei um uns zu retten, um unsere Bevölkerung noch über Wasser zu halten. Ich komme hier nicht mit.

Ich glaube, wir müssen stolz auf unseren natürlichen Reichtum sein, der bisher schon dafür gesorgt hat, daß auch der Fremdenverkehr bei uns sich bewährt und daß man keine zusätzlichen künstlichen Anziehungskräfte braucht. Neben den Bergen und neben den Gletschern usw. brauchen wir noch ein Spielkasino, etwas künstliches, und sollten eigentlich stolz sein, daß wir auch ohne Spielkasino auskommen. Aber wenn es, angenommen morgen, in ganz Italien freigegeben wird so wie eine Gaststätte zu betreiben, dann haben alle das Recht hinzugehen, auch die Einheimischen, auch der Nachbar. Deswegen bin ich eben der Ansicht, daß das wirklich eine unwürdige Sache ist, daß der Regionalrat sich deswegen so bemüht.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Stellungnahmen mehr. Dann schließen wir die Debatte ab und wir stimmen ab, wenn keine... Bitte? Geheime Abstimmung wird

beantragt. Wer schließt sich diesem Antrag auf geheime Abstimmung an? Das sind genügend. Damit bitte ich um Verteilung der Stimmzettel.

Abänderungsanträge sind keine vorliegend. Es geht um den Gesamttext. Abänderungsanträge sind entweder vom Einbringer nicht zugelassen oder zurückgezogen worden.

...Wir beginnen mit der Abstimmung. Ich bitte den Abg. Willeit um den Namensaufruf und ersuche ein bißchen ruhiger zu sein, weil man die Namen so schlecht hört.

WILLEIT: *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte Platz zu nehmen. Ich muß das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende: 56
Ja-Stimmen: 36
Nein-Stimmen: 15
weiße Stimmzettel: 5

Und somit gilt der Begehrensantrag als genehmigt und wird im Sinne des Autonomiestatutes an die Regierung und über die Regierung an das Parlament weitergeleitet.

PRÄSIDENT: Danke. Wir arbeiten am Nachmittag um 15.00 Uhr weiter. Alle ore 15.00. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Buon pranzo!

(ore 12.58)

(ore 15.07)

Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Nachmittagsarbeiten und ich bitte den Abg. Denicolò um den Namensaufruf.

DENICOLO': *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*
(segretario):(fa l'appello nominale)

CONTINUA IN SEDUTA RISERVATA

RIPRENDE SEDUTA PUBBLICA

PRÄSIDENT: Wir kommen zur nächsten. Aber bevor ich die nächste Anfrage zur Behandlung bringe, kann ich mitteilen, daß die Sitzung wieder öffentlich ist.

Dann bitte ich jetzt den Abg. Holzmann die Anfrage Nr. 38 zu verlesen.

HOLZMANN:

Interrogazione n. 38

Si chiede all'Assessore competente quando verrà coperto il posto di dirigente della quinta ripartizione e con quali modalità.

PRÄSIDENT: Wer antwortet?

Assessor Holzer, bitte.

HOLZER: L'interrogazione è del 11 ottobre 1994, nel frattempo abbiamo provveduto alla sistemazione. Comunque l'incarico di dirigente della quinta ripartizione, Libro fondiario e catasto, è stato conferito con deliberazione della Giunta regionale del 27 ottobre 1994 al dott. Gianni Zanon, dirigente regionale. L'incarico è stato conferito temporaneamente ai sensi dell'art. 8 della legge regionale 9 novembre 1983 n. 15, come modificato dalle leggi successive.

Le procedure concorsuali, indette con deliberazione della Giunta regionale 16 dicembre 1993, registrata alla Corte dei conti il 7 marzo 1994 e successivamente modificata con la deliberazione della Giunta regionale 3 giugno 1994, vistata alla ragioneria il 2 giugno 1994, sono state sospese secondo quanto consigliato dall'Avvocatura dello Stato, in attesa di conoscere gli esiti dei ricorsi pendenti presso il tribunale di giustizia amministrativa. In effetti durante il corso dell'anno avevamo avuto alcuni pensionamenti per cui siamo scoperti da 9 dirigenti, ne abbiamo attualmente 4, sono stati banditi alcuni concorsi, però sono stati impugnati dal personale interno, per cui abbiamo soprasseduto in attesa di una pronuncia del tribunale amministrativo. Comunque l'incarico da allora è stato assunto a scavalco dal dott. Zanon, il quale è dirigente della ripartizione credito e della ripartizione enti locali.

PRÄSIDENT: Abg. Holzmann, bitte.

HOLZMANN: Soddisfatto della risposta.

PRÄSIDENT: Dann haben wir diesen Tagesordnungspunkt erledigt und jetzt bitte ich sie zu beachten, daß wir die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9, also den Beschlußantrag Nr. 12, die Anfrage Nr. 3 und die Interpellation Nr. 5 im Sinne des Artikel 66 der Geschäftsordnung zusammenlegen. Alle drei sind von Abg. Palermo als Erstunterzeichner eingebracht worden.

Den Abg. Willeit würde ich jetzt bitten die Dokumente zu verlesen.

WILLEIT:

MOZIONE N. 12

IL CONSIGLIO REGIONALE
DELLA REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE

Premesso che il Presidente della Giunta Grandi pare essere divenuto oltre che promotore di finanziamenti in favore del Rotary Club di Trento, anche centro propulsivo, direzionale, organizzativo, logistico e strumentale del medesimo club;

che, se già in passato uffici della Presidenza erano stati utilizzati per lo svolgimento di attività promozionale per il Rotary, attualmente i comportamenti e le iniziative in questione hanno assunto entità e modalità non più tollerabili, quanto alla commistione tra contemporanea a) erogazione di contributi pubblici, b) messa a disposizione di uffici e strutture della Giunta, c) personale pubblico alle proprie dipendenze;

che i sopraindicati comportamenti sono in particolare ravvisabili in occasione dell'avvenuto Convegno sul tema: "Nuova solidarietà nell'Europa delle diversità", tenutosi a Trento, Palazzo Geremia, il 6 maggio 1994, organizzato dal Rotary International - District 2060, Rotary Club Trento:

- a) erogazione di contributi pubblici; come noto - ed anche oggetto di interrogazioni - finanziamenti pubblici, sono stati concessi dalla Giunta regionale e dalla Giunta provinciale (oltre che della Banca Naz. Lavoro, Cassa Risparmio, Cassa Rurale di Villazzano, Banca Popolare del Trentino, Mediocredito, ITAS, Calderari e Moggioli);
- b) uffici e strutture del Presidente della Giunta regionale Grandi. Nel caso in esame risultano essere stati utilizzati, per la organizzazione del Convegno, prenotazioni, appuntamenti ecc. i seguenti Uffici: Ufficio di Presidenza del Presidente Grandi; Ufficio Stampa, diretto da Paolo Magagnotti; Ufficio Stamperia, diretto da Giorgio Moser.

L'Ufficio di Presidenza del Presidente Grandi e l'Ufficio Stampa sono stati utilizzati in particolare per ricezione e trasmissione di fax - come può essere verificato dai rispettivi fogli di lavoro quotidiani delle rispettive apparecchiature fax - relativamente alla organizzazione del Convegno per gli invitati.

Prendendo ad esempio l'apparecchiatura fax della Presidenza della Giunta (il n. 39-461-236375), nei giorni immediatamente anteriori al Convegno, sono constatabili le seguenti comunicazioni avvenute con trasmissione di fax dall'Ufficio del Presidente direttamente al Presidente del Rotary Club di Trento, avv. Paolo Stefanelli (fax n. 39-461-982272), ed alla Ditta Zobebe (fax n. 39-461-303790) - in persona di tale Carmen - alla quale presumibilmente appartengono soci rotariani. Si citano, a mero titolo esemplificativo, i seguenti fax:

- Avv. P. Stefanelli: 27 aprile ore 11.05 spedito
- " " 14.51 spedito

29 aprile " 8.27 spedito (4 pag.)
 " " 8.39 spedito
 " " 8.41 spedito
 - Zobeles : 22 aprile ore 9.30 ricevuto
 28 " " 14.30 spedito (5 pag.)
 28 " " 15.30 ricevuto
 29 " " 8.43 spedito (5 pag.)
 3 maggio " 9.04 spedito (6 pag.)
 4 " " 13.47 spedito
 5 " " 14.17 spedito

Al fine di evidenziare il legame interpersonale e l'oggetto dei rapporti si indica il fax del 15 aprile 1994, su carta intestata Zobeles, Trento, Via Fersina n. 4, pervenuto al Fax del Presidente della Giunta, alle ore 9.37. Tale messaggio contiene un prospetto di 30 invitati (nominativamente indicati) dei seguenti paesi Centro-Orientali: Rep. Ceca (6), Albania (2), Polonia (2), Ungheria (3), Estonia (2), Croazia (2), Slovenia (4), Debrecen (2), Lublin (2, con l'indicazione: "preferiscono casa privata"), Polonia (2), Cracovia (1), Varsavia (2). Nel fax vengono specificate le camere singole e le camere doppie.

Sul fax in questione vi è l'annotazione manoscritta del Direttore dell'ufficio Stampa, Magagnotti Paolo: "per l'Avv. Paolo Stefanelli".

Per quanto riguarda l'utilizzazione nel Convegno di materiali di proprietà della Regione o prodotti in uffici della Regione, si segnalano i seguenti:

- le pellicole dei nomi dei relatori del Convegno sono state eseguite nell'Ufficio Stamperia, diretto da Giorgio Moser;
- sono state utilizzate nel Convegno, senza alcuna richiesta o autorizzazione scritta (che nemmeno sarebbe stata concepibile), 5 portabottiglie thermos e 20 targhette portanomi in plexiglas con vetro e moquette, di proprietà della Regione.

c) Personale della Regione.

Il menzionato Paolo Magagnotti è contemporaneamente Direttore dell'Ufficio stampa, Presidente della Commissione Rapporti internazionali del Rotary Club di Trento, Presidente della Associazione Italo-Tedesca (anch'essa gode di finanziamenti reg. e prov.). Il Magagnotti è stato il primo relatore nel Convegno dell'8 maggio del Rotary.

Il suddetto Magagnotti - tra l'altro - licenziatosi dalle funzioni di dipendente regionale, è stato assunto, il giorno dopo, con contratto privato, il 18.12.1980, dal Presidente della Giunta Pancheri, con la particolarità che detto contratto - in violazione di tutte le norme di legge e regolamentari pubbliche - è "a tempo indeterminato". Come tale, è stato oggetto solo di integrazioni migliorative sotto il profilo economico, ed attualmente, sotto la Presidenza Grandi, il medesimo Magagnotti - sulla base di un anomalo contratto di lavoro "a tempo indeterminato" avente efficacia da 15 anni, in spregio ad ogni norma, anche sulle attuali assunzioni - è stato confermato

nelle sue funzioni di direttore dell'Ufficio Stampa, dal Presidente Grandi, per l'attività di informazione della Regione e per curare le pubblicazioni della stessa.

Per quanto riguarda l'organizzazione dei lavori congressuali del Rotary del 5-9 maggio, si evidenziano: 1) l'incontro avvenuto alle 17.30 in Palazzo Geremia con rappresentanti dell'economia trentina sulle possibilità di rapporti economici con l'Europa centro-orientale, 2) la prosecuzione dei lavori, per i rotariani provenienti dall'Europa centro-orientale (quelli indicati nel fax trasmesso alla Presidenza Grandi), a Riva del Garda.

TANTO PREMESSO

poiché non è consentito che denaro pubblico, personale pubblico, apparecchiature pubbliche, materiali di proprietà della Regione, vengano utilizzati per fini estranei agli interessi della collettività e distratti per fini di una Associazione privata (il Rotary), con possibile e prospettabile commistione di interessi pubblici e privati, personali ed anche economici,

IMPEGNA

il Presidente del Consiglio regionale ed il Presidente della Giunta ad adottare tutte le iniziative del caso al fine di impedire, per il futuro, ogni situazione e comportamento quali indicati in premessa; nonché, per il passato - a seguito dei dovuti accertamenti, da riferire al Consiglio - ad adottare le misure ed i conseguenti provvedimenti imposti dalla legge.

PRÄSIDENT: Es war ein bißchen schwierig zu lesen, wir müssen uns entschuldigen, aber der Text, der dem Abg. Willeit vorgelegen ist, der war nicht sehr lesbar. Era difficile a leggere.

PALERMO:

INTERPELLANZA N. 3

Al Presidente del Consiglio regionale
Al Presidente della Giunta regionale

Premesso che in data 9.5.1994, il sottoscritto interpellante ha proposto una mozione - che qui si richiama - avente ad oggetto i rapporti tra la Regione e il Rotary Club;

che, sul quotidiano Adige del 10.5.94, il Presidente della Giunta ha ritenuto di fare, al di fuori della sede istituzionale propria, pubbliche dichiarazioni di "propria innocenza" in ordine ai fatti esposti nella mozione, preannunciando la sua intenzione "di disporre puntuali controlli per verificare se ci sono stati abusi";

che tale sua manifesta intenzione palesemente vorrebbe indicare una sua dissociazione da eventuali abusi commessi da altri;

che tale dissociazione parrebbe contraddetta dai seguenti fatti:

- quanto alla erogazione dei contributi stanziati dalla Giunta in favore del Rotary, in relazione alla manifestazione di che trattasi, non possono ritenersi responsabili altri se non la Giunta stessa ed, in primis, il suo Presidente, in nome proprio e del precedente, di cui è successore nei rapporti già in atto e non interrotti o modificati;
- quanto alla utilizzazione di mezzi della Regione;
- a) come già segnalato, i dati citati nella mozione, relativi alla utilizzazione delle apparecchiature dell'Ufficio di Presidenza, sono estratti dal "Rapporto attività" - che si allega ad una missiva indirizzata al Presidente della Giunta, all. 1 - del fax 39 461 236375 della cui intestazione risulta l'intestazione alla Presidenza della Regione;
- b) la Presidenza della Giunta non può non essere stata a conoscenza della attività svolta dagli uffici alle proprie dipendente, non solo in quanto tale attività faceva espresso riferimento alla iniziativa finanziata dalla Giunta stessa, ma anche in considerazione del fatto che la stessa Regione è stata pure tenuta al corrente della assistenza logistica ai congressisti fornita dalla Azienda di promozione turistica di Trento (cfr. ad esempio lettera del 4.3.1994, prot. 675-07/5-69, inviata per conoscenza alla stessa Regione, Ufficio Pubbliche Relazioni, all. 2);
- c) non appare verosimile che il Presidente, in relazione ad una iniziativa con contributi della Giunta, non sia a conoscenza di attività in favore del Rotary Club, svolte dai seguenti uffici alle proprie dipendente:
 - Ufficio della sua Presidenza (tramite utilizzazione del proprio Fax per ricezione e trasmissione di comunicazioni sul Convegno, in particolare con il Presidente del Rotary e con le Industrie Zobebe, organizzatore del Rotary - come pubblicamente precisato dal Sig. Paolo Magagnotti - Presidente della Commissione internazionale del Rotary - nella sue dichiarazioni riportate sull'Adige);
 - Ufficio Stampa, in persona del direttore, sig. Paolo Magagnotti (sua è l'annotazione manoscritta sul fax del 15 aprile 1994 della Soc. Zobebe, con la indicazione dei congressisti e delle camere singole o doppie, o private, all. 3);
 - Ufficio Stamperia, in persona del Direttore sig. Giorgio Moser (è l'ufficio che ha realizzato le pellicole dei nomi dei relatori del Convegno);
 - Ufficio Pubbliche Relazioni (è l'ufficio che ha in carico i portanomi e i fermabottiglie di proprietà della Regione, utilizzati nel Convegno), in persona della D.ssa Kapeller (destinataria, tra l'altro, della missiva dell'Azienda di promozione),

TANTO PREMESSO

sulla conoscenza delle iniziative in questione, si chiede al Presidente della Giunta di conoscere:

- se intende o meno persistere nelle sue dichiarazioni di addossamento di ogni eventuale responsabilità a funzionari e dipendenti, indicando in tal caso chi diriga realmente - in luogo del Presidente della Giunta - tutti i sopraindicati uffici, e come mai tutto ciò avvenga in concomitanza di un finanziamento della Giunta, della

- quale, anche nella passata legislatura, era componente il partito di provenienza dell'attuale Presidente;
- se intende o meno, eseguiti gli opportuni accertamenti, riferire in Consiglio, circa i nominativi dei partecipanti della imprenditoria trentina, con esponenti esteri, agli incontri del Rotary, avvenuti a Trento e Riva del Garda, nonché il contenuto dei relativi eventuali accordi intercorsi, - e ciò, ripetesì, considerato che trattasi di attività sponsorizzata dalla Giunta -;
 - se intende o meno riferire in Consiglio, circa la eventuale coincidenza di nominativi presenti nel Rotary Club ed in Clubs di Forza Italia: trattandosi, in entrambi i casi - notoriamente - di associazioni i cui nomi non sono segreti; e ciò per le necessarie conseguenti valutazioni politiche;
 - se intende avallare o far cessare, la "caccia", che è stata immediatamente aperta negli uffici regionali, per individuare le persone che stanno "parlando"; caccia, evidentemente disposta da chi (detenendo dei poteri sul personale) vorrebbe mirare ad esercitarli, per ripristinare criteri di comportamento puramente ossequioso, clientelare ed omertoso, tipici di un regime che dovrebbe essere cessato, e che comunque è stato già ridotto da chiare e numerose iniziative personali, non solo sul tema in questione, ma anche su altri temi - quali: viaggi all'estero, pagamenti pubblici di spese personali per consorti di Consiglieri, utilizzazione di apparecchiature della Regione per propaganda elettorale, ecc. - che costituiranno oggetto di altre iniziative politiche.

INTERPELLANZA N. 5

Al Presidente del Consiglio regionale
Al Presidente della Giunta regionale

viste la mozione e la precedente interpellanza presentata sui rapporti tra la Regione ed il Rotary Club, che si incentrano nel ruolo svolto dal noto "potente" personaggio della Val di Non, Magagnotti Paolo, con il compiacente assenso del Presidente della Giunta; constatato che da voci raccolte tra il personale parrebbe che le promesse - dal Presidente Grandi - "indagini per scoprire eventuali abusi", invece che mirare all'accertamento dei fatti, si starebbero traducendo oltre che nella già denunciata "caccia" a chi sta parlando, anche nell'occultamento delle prove, tramite rimozione dagli uffici della Giunta (e trasferimento in luogo "non perquisibile") di tutta la documentazione intrattenuta con il Rotary attraverso le apparecchiature regionali, nonché nella predisposizione di una suggestiva tesi di fax, pervenuti "per errore" alla Presidenza Grandi;

- che, rispetto ai fatti precedentemente indicati (Convegno del Rotary al Palazzo Geremia, organizzato in particolare dal Direttore dell'Ufficio Stampa, Paolo Magagnotti, contemporaneamente presidente della Commissione internazionale del Rotary Club), si è aggiunta l'ulteriore circostanza della avvenuta comunicazione all'interpellante di altra iniziativa, fissata per il prossimo 16 maggio, alle ore 18, nella Sala Rosa del Palazzo della Regione di Trento, e consistente in una

conferenza - con presentazione di un libro - organizzata sempre dal Dott. Paolo Magagnotti, questa volta nella qualità di Presidente della Associazione Italo Tedesca, con un invito senza indicazione della stamperia (anch'esso stampato in Regione?), e con etichetta sulla busta del tipo di quella impressa sui plichi della Regione, e con utilizzazione dell'indirizzario della Regione (l'indirizzo dell'interpellante - non di Trento - non compare in alcun elenco pubblico);

- che il Presidente Grandi, riaffermando pubblicamente la regolarità del rapporto di lavoro di carattere privato - a tempo indeterminato -, con il Magagnotti, ha inteso chiaramente avallare e recepire, nella sua qualità di Presidente della Giunta, il rapporto di lavoro con il medesimo intrattenuto dai suoi predecessori;
- che tale comportamento risulta di favore nei confronti dell'interessato, ed in contrasto con la legge. Infatti indipendentemente dalle norme di carattere nazionale che non consentono contratti "a tempo indeterminato" con estranei alla Pubblica Amministrazione - equivalendo ad un rapporto di pubblico impiego, come tale sottoposto a ben diversa disciplina - la legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, all'art. 18 comma 9, stabilisce testualmente: "La nomina del Capo ufficio stampa è conferita con delibera della Giunta regionale su designazione del Presidente. Gli estranei a pubbliche amministrazioni - il Magagnotti è "estraneo", essendosi licenziato dal 1980 dalle sue funzioni di dipendente dell'Amministrazione - sono assunti con contratto di diritto privato a tempo determinato". E la successiva legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, all'art. 14 stabilisce inoltre che tale "contratto a tempo determinato non può prevedere un periodo superiore alla durata in carica del Presidente della Giunta che lo ha designato";
- che nonostante le disposizioni della legge regionale dettate ad hoc (solo il Magagnotti è stato direttore dell'Ufficio stampa), mai il Presidente o la Giunta si sono premurati di applicarla (oggi in base alla legge, il contratto privato dovrebbe avvenire su selezione con altri concorrenti), deliberando invece modifiche al contratto originario (del 1980), nelle quali ribadendosi la clausola del "contratto privato a tempo indeterminato", ci si è sempre e solo preoccupati di disporre adeguamenti cospicui della sua remunerazione;
- che tale condotta di favore pare essere stata recepita dal Presidente Grandi, nonostante, nell'ambiente regionale, sia sulla bocca di tutti il ruolo di portaborse di politici e di faccendiere, svolto dal suddetto Magagnotti, il quale, nella sua fulgida carriera di dipendente e poi di dirigente autonomo, ha potuto acquistare due immobili a Trento, uno a Folgarida, ed uno nel suo luogo nativo (Tozzaga di Caldes), e si è distinto, sin da epoca lontana, chiedendo ed ottenendo, pur non avendone diritto, un mutuo agevolato per l'alluvione del 1966, a nome di altra persona - Maini Camillo, deceduto due anni or sono -; chiedendo cospicui contributi provinciali per ristrutturare un immobile di sua proprietà, ottenendoli a nome della di lui anziana madre Valentinotti Graziosa, per un addotto "Agriturismo", mai realizzato; costruendo, sempre sotto il nome della madre, un complesso di otto case in Tozzaga, che sono state poi da lui vendute; che, da Pancheri ad Andreolli, ha fatto da portaborse all'estero, accompagnando i Presidenti

- della Giunta in viaggi con periodicità almeno bimensile - in paesi europei ed americani - con ingiustificabili (se non per un apparente aiuto come interprete) spese a raffronto degli esiguissimi ed inconsistenti comunicati stampa sulle "missioni", compilate al suo ritorno;
- che, alla luce di tutto quanto sopra, considerati gli ultimi comportamenti e le "coperture" che si prospettano (evidentemente anche di altro genere; gli alti e perenni dirigenti conoscono troppe cose per essere allontanati), le semplici iniziative politiche che si erano promosse non sono sufficienti, imponendosi a questo punto un approfondimento a parte con la presentazione di una denuncia alla Procura, non essendo in particolare tollerabile un discarico di responsabilità ed una "caccia" a chi parla, allorquando si sia in presenza di prove inoppugnabili di fax riguardanti il Rotary, sull'apparecchiatura del Presidente Grandi e di una corresponsabilità di interi uffici della Regione, diretti dal medesimo,

TANTO PREMESSO

si chiede che il Presidente della Giunta, risponda in Consiglio regionale nella prossima seduta del 24 maggio 1994, fornendo a tutti i consiglieri la documentazione scritta relativa a tutti i fatti oggetto delle precedenti mozioni ed interpellanze, nonché della presente.

Nella illustrazione di queste iniziative, vorrei evidenziare innanzitutto un fatto, queste iniziative che sono state da me ed altri colleghi promosse, rimontano all'aprile-maggio 1994, è trascorso un anno prima che noi parliamo di queste questioni in quest'aula, penso che ogni valutazione sia soggettiva. Questo è l'invito che pervenne al sottoscritto ed agli altri consiglieri, invito che è stato fatto negli uffici di questa regione, anche se c'è scritto Rotary International Distrecht, ecc. Ricevetti questo invito e dico la verità, dato che non avevo nessuna intenzione di andare al Rotary ci mandai il mio segretario, il quale quando si presentò ricevette in omaggio questa bella cartellina, che conservo e venne annunciato che non ero presente, non ero potuto intervenire e venne fatto anche un bell'applauso; in effetti mandai il mio segretario per constatare quali oggetti della regione erano presenti in questa circostanza.

Credo che un'altra volta il Rotary non mi inviterà, comunque a parte questi aspetti umoristici, credo che i punti sui quali bisogna incentrare l'attenzione siano diversi e li faccio scorrere abbastanza rapidamente perché credo che possono essere colti da tutti noi abbastanza facilmente.

Primo problema. Finanziamento al Rotary. Questo finanziamento è stato deliberato dalla precedente Giunta regionale, anche se poi tutto è avvenuto nell'ambito di questa Giunta, sulla base della famosa legge della quale stiamo discutendo, che prevede contributi per iniziative europeiste in favore in particolare di associazioni, che abbiano tra i loro fini lo svolgimento di attività di integrazione europeista. Questo lo stabilisce esattamente la legge. Ora vorrei che mi si rispondesse in quest'aula, citandomi in che cosa il Rotary Club svolge un'attività istituzionale di integrazione europeista.

Eppure, se solo si esamina lo statuto del Rotary Club, credo che dovrebbero essere dei fatti abbastanza noti, perché del Rotary si parla non soltanto dalla Sicilia al Trentino, ma si parla anche all'estero, ci sono dei requisiti che sono specifici, che attengono sia ai componenti, ai soci...

Per favore un po' di silenzio!

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Bitte schön. Wenn sie zu reden haben mindestens leiser oder sonst draußen.

PALERMO: Dicevo che esistono dei requisiti che sono previsti nello statuto per diventare soci, li leggo: Art. 5, requisiti generali. Questo Club è composto di persone adulte di sesso maschile, di buon carattere, di buona reputazione nel campo degli affari o nel loro ramo professionale. Quale sia poi lo scopo "servire" inteso come motore e propulsore di ogni attività, promuovere e sviluppare relazioni amichevoli tra i propri soci, propagare la comprensione reciproca mediante il diffondersi di relazioni amichevoli, tra gli esponenti delle varie attività economiche e professionali. Questi sono i fini del Rotary, che sono comunemente noti come fini che sono diretti al perseguimento tra i soci in Italia ed all'estero di favori, tant'è che è notorio che chi è socio e svolge un viaggio in Africa, troverà lì immediatamente chi è disposto ad aiutarlo per fare un contratto, per risolvere un problema o anche se ha una semplice malattia. Caratteristica peculiare questo tratto della composizione necessaria di persone adulte di sesso maschile, cioè diciamo francamente in termini concreti, un club misogino, che svolge un'attività esclusivamente in favore dei propri soci e per determinate categorie, una particolare caratteristica del Rotary è quello di ammettere una persona per ogni categoria. Ora mi si vuole dire che cosa c'entra questo club con le associazioni che possono essere destinatarie di finanziamenti pubblici, in particolare di finanziamenti che hanno per oggetto l'integrazione europeista. Se poi si prende in esame in particolare l'oggetto del convegno organizzato in quel caso, ci si accorge che erano paesi dell'Europa, intesa in senso orientale, perché ci stavano esponenti della Bulgaria, di altri paesi sovietici, ecc.

Sinceramente su questo punto intenderei avere una risposta che riguardi la spiegazione per il passato e riguardi anche il futuro, perché vorrei sapere se la regione intende continuare a dare soldi al Rotary, perché posso assicurare che non ho trovato un precedente, a livello italiano, di finanziamenti pubblici in favore del Rotary, anche perché notoriamente è un'associazione abbastanza benestante, che normalmente non ha necessità di questi contributi.

Secondo problema, Magagnotti. Nella specie, Magagnotti chi è? E' esattamente, come nello stampato che è stato inviato a tutti i consiglieri, giornalista europeo, Presidente commissione rapporti internazionali Rotary Club Trento. Ci vogliamo accorgere di questa strana doppia funzione, che viene svolta da un soggetto, il quale svolge un'attività nell'ambito di questa organizzazione misogina e le funzioni da

esso svolte nell'ambito della regione, usufruendo proprio delle attrezzature regionali, facendo stampare in regione il materiale, utilizzando il fax, telefono, uffici, personale, non è che presenta solo per me una particolare curiosità o rappresenta proprio la fattispecie di quella che è ordinariamente, normalmente il metodo comportamentale degli appartenenti al Rotary, perché sono ammessi al Rotary determinati soggetti e non altri, non sto dicendo che lei, assessore, appartiene al Rotary, non so se sia misogino o meno, comunque è noto che vengono adepti nella associazione, dopo presentazione, coloro i quali, proprio in relazione alle attività svolte, che possono essere commerciali, industriali, amministrative, hanno la possibilità nel contesto loro proprio lavorativo di influenzare nel senso di favore in relazione al proprio ambito soggettivo di soci, tant'è che proprio nello statuto è scritto: Sono soci attivi il rappresentante legale o direttore di un'impresa che eserciti una professione rispettabile, detentore di un'importante posizione amministrativa, con poteri discrezionali, la gente locale di un'impresa o professione rispettabile con funzioni direttive e si occupi personalmente e attivamente dell'impresa o professione per cui sarà classificato nel club.

Quindi Magagnotti è entrato nel club Rotary in relazione alla funzione da lui svolta nella amministrazione regionale e lui svolge attivamente nell'ambito della amministrazione regionale una funzione utile al Rotary. Il caso pratico è proprio il presente, che è quello in cui ha procurato un finanziamento in favore del Rotary ed ha organizzato un convegno con utilizzazione di personale, mezzi locali, strumenti della stessa regione e quindi mi pare che già si incomincia a definire l'ambito della peculiarità di questo caso, che evidentemente non è solo umoristico, così come ho voluto dire prima, incomincia a presentare un po' dei caratteri degni di attenzione.

Terzo problema. Utilizzazione di uffici e apparecchiature regionali. La stessa amministrazione, lo stesso assessore e Presidente, se intenderà rispondere, non potranno che prendere atto del fatto che indubbiamente il Magagnotti si è avvalso di personale, uffici, strutture, mezzi dell'amministrazione, tant'è che a seguito delle ripetute iniziative che sono state promosse dal sottoscritto, anche con denuncia alla Procura della Repubblica, la stessa amministrazione regionale ne ha preso atto ed ha autonomamente, con una valutazione propria, denunciato Magagnotti alla Procura della Repubblica. Sono noti i casi di fattispecie che possono essere ravvisabili, peculato ed altri tipi di reati, che anche possono presentare un minimo valore sotto un profilo economico, però certamente evidenziano una prassi e nello stesso tempo una condotta specifica da parte di questo soggetto, che io non esito a definire veramente superficiale ed anche quasi abietto, perché vuol dire utilizzare per se stessi e per determinate posizioni di proprio prestigio personale una posizione di inserimento nel contesto della regione, che invece gli è stata riconosciuta già facendogli un grosso favore e qui si passa a quell'aspetto che riguarda il rapporto di lavoro del Magagnotti. E' un rapporto di lavoro a tempo indeterminato e quindi veramente su questo misogino personaggio ci sarebbe da scrivere un romanzo, perché se si dovesse prendere in esame la sua fulgida carriera da quando ha iniziato a lavorare in questa amministrazione e fino al momento in cui lui si è dimesso nel 1980, si vedrebbe che già allora in quel periodo ha usufruito, come è stato indicato nella terza interpellanza che ho presentato, di benefici che non so se possono integrare

ipotesi di reato, ma di questo non mi voglio occupare, perché sarebbero dei fatti prescritti, però certamente in relazione ai vari finanziamenti che si sono richiesti, contributi che si sono operati, certamente rappresentano una particolare attività di tipo continuativo, svolta dall'amministrazione, per un numero considerevole di decenni, che diventa poi rilevante nel momento in cui, con una pattuizione che solo come tale può essere definita, ad un certo punto nel 1980 si dimette ed il giorno dopo viene assunto con contratto da Pancheri.

Qui veniamo veramente alla definizione di episodi più divertenti, perché credo che non capiti a molti in questa amministrazione di usufruire di questi particolari benefici di lasciare un impiego sicuro per un contratto, tu sei pazzo, ma io ti faccio un contratto a tempo indeterminato, dice: nell'ambito dell'amministrazione pubblica si dovrebbe accedere per concorso, ma guarda che in questo modo si ha di più. Effettivamente attraverso questo sistema, a prescindere da quello che ha maturato precedentemente, il rapporto di lavoro di cui usufruisce questo lavoratore autonomo, a quanto mi risulta è quanto di maggiore viene corrisposto in regione...

PRESIDENTE: Consigliere, avrebbe finito il tempo, lei però può parlare ancora 10 minuti, però usando quelli dell'intervento in discussione generale.

PALERMO: Allora anche in questo caso è comunque rilevante il fatto che l'amministrazione abbia in qualche modo, successivamente alla proposizione delle iniziative proposte dal sottoscritto, abbia cercato di fare un qualcosa e quindi ha richiesto all'Avvocatura di Stato un parere per verificar se quanto avevo rappresentato era esatto o era sbagliato.

A questo proposito, avendo il sottoscritto presentato dei rilievi che evidenziavano un contrasto tra atti e comportamenti dell'amministrazione rispetto a normative anche di carattere nazionale, è scritto fin dalla prima mozione, forse sarebbe stato opportuno rivolgersi all'Avvocatura dello Stato in sede nazionale e non in sede locale, dove evidentemente non dico che è possibile risentire di influssi locali, però dove certamente si ha una visione soltanto particolare, tant'è che nel parere che poi è stato dato dall'Avvocatura distrettuale dello Stato, si vede che il quesito che è stato posto dall'amministrazione regionale all'avvocatura, riguarda solo la compatibilità di questo contratto con la normativa regionale e non già con i principi generali cui anche la normativa regionale si deve attenere, comunque anche prendendo in esame, limitatamente a questi aspetti, la legislazione regionale, l'Avvocatura distrettuale dello Stato non ha fatto altro che dare un colpo alla botte e un colpo al cerchio dicendo il bianco e nero, ha detto: in verità non dovrebbe essere ammissibile questo contratto, perché il legislatore regionale ha fatto nel 1985 delle leggi, le quali prevedono una temporaneità di questo incarico, per il carattere fiduciario dell'incarico stesso con la Giunta, ha stabilito che questa durata deve essere coincidente con la durata della Giunta stessa e quindi questo rapporto non va.

Dall'altra ha detto: è una disposizione transitoria, questo contratto è stato fatto prima e soprattutto c'è una considerazione conclusiva che la dice lunga, ma se per

tanto tempo non si è sollevato niente come facciamo adesso a sollevare qualche cosa? Questo però non è molto esatto, perché se ci si accorge, ad un certo punto, nell'amministrazione che determinate prassi, determinate condotte erano opinabili, esistono degli specifici poteri di autocontrollo o autotutela che in ogni momento consentono all'amministrazione di provvedere, comunque al riguardo è il caso di ricordare che comunque si discute in questa sede, la questione non si chiude qui, perché dal sottoscritto è stato presentato, così come era stato auspicato nello stesso parere dell'Avvocatura dello Stato, un disegno di legge per l'interpretazione autentica di quella norma, in modo che in quest'aula si potrà esattamente definire quella che è la portata da una parte della norma che era stata emessa dal Consiglio regionale 10 anni fa, dall'altra quella che è stata l'applicazione che si è protratta per un tempo non corrispondente alla volontà espressa dal Consiglio regionale.

Quindi a questo punto, come illustrazione della mozione e delle due interpellanze intendo fermarmi qui, prendo atto fin da adesso, in quanto ne sono stato posto a conoscenza sia da parte del Presidente Grandi, sia da parte dell'assessore di comportamenti che comunque ritengo che siano stati in questo caso positivi, in quanto vi è stata una denuncia all'autorità giudiziaria, è stato richiesto questo parere, si è in qualche modo tentato di fare qualche cosa, mi auguro che dalla risposta che verrà data dall'assessore venga anche qualche chiarimento in più, in quanto credo che su questo punto si innestino vari problemi sui quali spero che l'assessore replichi e cioè se il finanziamento al Rotary si intende ancora dare? il Rotary è l'associazione della quale abbiamo parlato. Utilizzazione degli uffici e apparecchiature regionali, quali disposizioni sono state date al personale successivamente a questo fatto? Vengano dette.

Svolgimento di duplici funzioni per il Magagnotti, ma gli sia contestato a questa persona la scorrettezza di questi comportamenti, vorrei che su questo mi si dicesse qualche cosa, è un po' poco denunciare una persona all'autorità giudiziaria e dire: aspettiamo e vediamo che cosa dice il giudice! Nel campo amministrativo per i dipendenti è noto che si configurano diversi tipi di responsabilità, civile, penale, amministrativa, la Magistratura si occupa delle ipotesi di reato, ma una cosa sono le ipotesi di reato, una cosa è il reato di peculato che può esserci o non esserci, ci può essere il peculato ad uso, ci può non essere il dolo, ci possono essere tanti fatti che per il giudice penale sono rilevanti per affermare o negare la esistenza di un reato, ma esistono indubbiamente delle condotte che sotto il profilo amministrativo debbono essere prese in considerazione dall'amministrazione.

Assessore, se vengo nel suo ufficio e le tolgo una carta, lei si lamenterà, perché evidentemente sottraggo a lei qualcosa, mi denuncerà caso mai per furto, indipendentemente da quello che fa il giudice mi dirà: cons. Palermo, perché mi viene a prendere una carta? Vorrei sapere da lei: è stato contestato alcunché sotto il profilo amministrativo al Magagnotti? Si porti la prova, perché io nell'interpellanza ho chiesto che vengano portati in quest'aula a noi consiglieri tutti gli atti ed incartamenti che riguardano questa pratica. Credo che sia troppo delicata perché si possa passare sopra come se fosse una banalità, non è una banalità, è una banalità per l'utilizzazione di apparecchiature, fax, ecc., queste cose avvengono normalmente negli uffici, però

allorquando, come nel caso di specie, avvengano da parte di una persona, la quale si avvale della funzione pubblica per fini che sono di tutt'altro genere, il discorso diventa veramente delicato e relativo.

Quindi attendo la risposta e mi riservo di svolgere ulteriori valutazioni in seguito.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Palermo.

Damit eröffnen wir die Debatte über die Interpellation Nr. 3 und Nr. 5 und den Beschlußantrag Nr. 12.

Möchte Assessor Holzer gleich antworten? Es ist nämlich auch möglich, im Rahmen der Debatte über den Beschlußantrag zu reden, aber ich habe kein Problem.

Bitte schön, Assessor Holzer. Ich sehe keine andere Wortmeldung.

HOLZER: Presidente, per la verità la mozione presentata dal cons. Palermo in data 9 maggio 1994, direi che ha trovato la Giunta abbastanza solerte, però non è dipeso da noi, perché la Giunta a seguito della mozione ha attivato, con una serie di procedure all'interno, come illustrerò successivamente e quindi era pronta a rispondere, la proroga dei punti all'ordine del giorno certamente non è dipesa da noi.

Risponderò per quanto riguarda alcuni problemi di carattere specifico, eventualmente il Vicepresidente Pahl per quanto riguarda il problema legato all'eventuale finanziamento del Rotary.

Ritengo anzitutto utile comunicare al Consiglio le iniziative che abbiamo assunto in proposito, ho dato disposizione al Segretario generale Dr. Putz di effettuare i necessari accertamenti e di relazionare a breve termine sui fatti contestati. A seguito di tale richiesta il Segretario della Giunta ha trasmesso al Presidente una specifica relazione; dall'indagine svolta dal Segretario generale risulta, seppur in maniera minima, sono state utilizzate le strutture regionali per una collaborazione ausiliaria allo svolgimento dell'iniziativa, peraltro essa è risultata di entità esigua, sia rispetto alla consistenza dell'iniziativa, sia rispetto al contesto dell'amministrazione regionale. Conseguentemente all'indagine svolta e al parere in merito, espresso dal Segretario generale, ho riscontrato necessario dare pure nel contesto ad una valutazione di scrupolosità, segnalazione dei fatti alla Procura della Repubblica, quindi la cosa è stata segnalata alla Procura della Repubblica.

Ciò precisato ritengo indispensabile porre alcune considerazioni, è sicuramente da convenire che la eventuale collaborazione della regione con altri enti e associazioni debba avvenire a seguito di necessaria valutazione e qualora riscontrata opportuna, debba essere necessariamente formalizzata, cosa che per la verità non è il caso nostro.

Ho dato peraltro disposizione che nella misura in cui si possano, in seguito, verificare analoghe opportunità, l'eventuale, peraltro da considerarsi di carattere eccezionale, collaborazione della regione sia preventivamente valutata ed approvata in sede di Giunta regionale. E' poi utile precisare che al convegno del Rotary club di Trento, sul tema della nuova solidarietà per l'Europa delle diversità, questo era il tema,

rientra nel quadro delle iniziative europeistiche sovvenzionate ai sensi della legge regionale n. 10.

Fra le iniziative sovvenzionate con questa delibera, la Giunta ha l'importo di sovvenzione di 8 milioni, 487 mila al Rotary club per il convegno in oggetto, a seguito di una spesa complessiva preventivata di 83 milioni e mezzo ed un importo di spesa ammesso di 28 milioni e 290 mila. La delibera adottata a seguito del previsto parere del comitato consultivo regionale per le iniziative europee è stata registrata alla Corte dei Conti.

Circa il nominativo dei partecipanti al convegno del Rotary non ritengo debbano essere effettuati particolari accertamenti, essendo limitata la valutazione della regione anche ai fini della concessione della sovvenzione alla corrispondenza delle finalità e degli obiettivi dell'iniziativa.

In relazione ai fatti contestati ed ai comportamenti susseguenti, sia da parte della Presidenza, che dell'amministrazione regionale, vi è stata, in ordine alle condivisibili preoccupazioni poste dal cons. Palermo e dai sottoscrittori della mozione, una oggettiva analisi della situazione, in riferimento alla quale si concorda sulla stretta necessità che le strutture ed uffici regionali non siano, anche in misura minima, pur per iniziative affini agli obiettivi di carattere generale dell'ente distolti da precisi compiti istituzionali. Al fine di evitare ogni equivoco al riguardo, ribadendo dal resto un preciso dovere istituzionale, ho risposto che eventuali future collaborazioni dell'ente regionale ad iniziative esterne debbano essere comunque preventivamente valutate ed autorizzate in sede propria di Giunta regionale.

Con riferimento poi allo svolgimento della conferenza dell'associazione italo-tedesca per l'Europa, preciso che la stessa è stata promossa dal dott. Magagnotti nella sua qualità di Presidente dell'associazione, usufruendo dell'ospitalità della sala Rosa, che viene posta a disposizione nella misura in cui non vi siano impegni istituzionali di ogni altra associazione o di ogni altra iniziativa. L'ufficio stampa ha fornito alla segreteria dell'associazione gli indirizzi dei consiglieri regionali, aggiornati a dopo il recente rinnovo del Consiglio. L'iniziativa della associazione italo-tedesca si colloca nel quadro di una serie di conferenze con attinenza ad aspetti storico ed attuali europei, che ha avuto l'avvio l'anno scorso nella sala Rosa e con la collaborazione della regione, anche per questa specifica iniziativa vi è stato il patrocinio della regione.

Risulta inoltre che per quanto riguarda il 1994 non sono state svolte altre iniziative delle associazioni, di cui il dott. Magagnotti è membro responsabile e che non sono pertanto previste particolari o specifiche collaborazioni dell'ente regionale al riguardo. In ordine poi ai fatti di più diretta attinenza personale, eventuale acquisto di immobili ecc., del dott. Magagnotti ritengo di dover sottolineare che era strettamente personale delle stesse, il cui ambito va oltre le affinità più dirette e specifiche dell'interpellanza e della mozione, nonché della pura e opportuna valutazione del rapporto fra amministrazione e propri dipendenti, dopo di che il dott. Magagnotti ci ha fornito anche tutta la documentazione relativa a questi interventi che sono stati fatti.

Per quanto riguarda il rapporto di lavoro del capufficio stampa con amministrazione regionale, al fine di accettare la legittimità del contratto riguardante il

dott. Magagnotti, l'amministrazione regionale ha ritenuto chiedere il parere dell'Avvocatura dello Stato, come lei ha già ricordato. A questo punto ritengo da parte mia di assumere l'impegno di chiedere eventualmente anche il parere dell'Avvocatura nazionale, proprio per fare chiarezza sul rapporto di lavoro, che tutto sommato può avere dei risvolti positivi o negativi, a seconda delle interpretazioni, perché mi sono guardato anche alcune considerazioni degli uffici e c'è l'art. 66 della legge del 1983, che stabilisce che i due contratti in essere per i giornalisti nel 1980 se non era specificato si intendevano a tempo indeterminato, quindi è questione di interpretazioni.

Comunque posso assicurare che la Giunta regionale affronterà il disegno di legge che lei ha presentato, darà una sua risposta per un'interpretazione autentica di quell'articolo che riguarda specificamente l'ufficio stampa della regione.

Non so se sono stato esauriente, cons. Palermo, credo di aver fatto una sintesi dei problemi che la potevano interessare, cercando di non entrare negli argomenti di natura strettamente personale.

PRÄSIDENT: Bitte, Vizepräsident Pahl.

PAHL: Herr Präsident, geehrter Regionalrat!

Ich kann nur bestätigen, was der zuständige Personalassessor in dieser Frage bereits gesagt hat.

Aus der Sicht der Regionalregierung gibt es hier keinerlei Unregelmäßigkeiten. Wir haben die Sache überprüft und finden keinen ernsthaften Anlaß hier, irgendwelche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Vorgänge insgesamt zu haben.

Was konkret die Veranstaltung betrifft, die vom Kollegen Dr. Palermo hier genannt worden ist, so ist folgendes zu sagen: Der Rotary-Club ist so wie viele andere Vereinigungen eine demokratische Organisation. Wenn überhaupt die Zusammenarbeit zwischen einem Verein oder Club oder was immer es ist und der Region gesucht wird, dann setzt man von vorne herein voraus, daß der Partner demokratische Grundsätze vertritt. Das versteht sich sowieso von selbst. Das ist beim Rotary-Club natürlich auch der Fall.

Jetzt ist es nicht Sache der Region jeden einzelnen Passus eines Statuts was die Ziele betrifft, zu begutachten, sondern nur die demokratische Grundlage des Vereins. Wenn nun irgendeine Vereinigung bei der Region ein Ansuchen stellt oder den Wunsch an die Region heranträgt eine Veranstaltung zu machen, entweder allein oder in direkter Zusammenarbeit mit der Region, die einen europäischen Inhalt hat, dann überlegen wir uns von Fall zu Fall, ob wir ein solches Angebot im Interesse der Region halten oder nicht. Wir sind grundsätzlich gesagt sehr erfreut darüber, daß es im Trentino wie auch in Südtirol - im Trentino eher fast noch mehr - zahlreiche Vereinigungen gibt, die solche Angebote zur Zusammenarbeit der Region unterbreiten. Für die Region ist es jedes Mal - und das habe ich ja genau überprüft - eine Möglichkeit, Gelder, Personal und Zeit einzusparen, wenn wir solche Angebote der Zusammenarbeit annehmen. Hier verwirklichen wir auch das Prinzip der Subsidiarität, der Zusammenarbeit mit

Vereinigungen in der Basis der Bevölkerungen soweit sie im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen regionales Interesse verwirklichen.

Dazu gehört der Rotary-Club genauso wie zahlreiche andere, sie gehen ja in die vielen vielen Dutzende. Allein vor wenigen Wochen hat die Region aufgrund des Regionalgesetzes 600 Millionen Lire, aufgeteilt auf die Provinzen Bozen und Trient, bereitgestellt, damit Vereinigungen in die Lage versetzt werden, Veranstaltungen im regionalen Interesse im Sinne des Europagesetzes konkret durchzuführen. Das gleiche hat bei damaligen Veranstaltung der Rotary-Club getan. Die Tagesordnung wurde im wesentlichen mit mir abgesprochen, weil ich als zuständiger Assessor für die Durchführung dann natürlich zur Voraussetzung mache, daß sie regionales, also europäisches Interesse sein muß. Aus der Einladung und dem ganzen Inhalt der Tagung ist ja mehr als klar ersichtlich - wer lesen kann jedenfalls -, daß es sich hier um ein regionales Interesse im Sinne des Europagesetzes handelt, und darum wäre es töricht gewesen ein solches Angebot des Rotary-Clubs abzulehnen, genauso wie es töricht wäre andere Angebote dieser Art abzulehnen. Und ich muß sagen, als zuständiger Assessor bin ich jedes Mal froh, wenn solche Angebote kommen. Wir vereinbaren dann genau, welche Teile von uns mitübernommen werden zum Teil auch personell, zum Teil mit Arbeitseinsatz, mit logistischen Mitteln von uns und mit Finanzierung. In der Praxis ist es jedesmal eine Verminderung der Kosten. Vor allem auch weil die Region, die Regionalregierung als solche, niemals in der Lage wäre alle Veranstaltungen, die im Nutzen der Region der Bevölkerung auch stehen, selbst etwa durchzuführen. Das würde uns finanziell, personell und logistisch weit überfordern. Und es ist ja glaube ich eben dieses Prinzip der Subsidiarität ein guter Grundsatz aufgrund dessen wie er handelt.

Übrigens weiß jeder, daß es auch viele Vereinigungen gibt, die der einen oder anderen politischen Gruppierung dieses Hauses mehr oder weniger nahestehen, die ebenfalls im regionalen Interesse verschiedenste Veranstaltungen mit Beiträgen von uns oder mit direkter Beteiligung durchziehen. In jüngster Zeit - das mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein - ist sogar ein Wunsch von drei Parteien dieses Hauses (keine Mehrheitsparteien) eben herangetragen worden, wir möchten eine Publikation, die zweifelsfrei im regionalen Interesse wäre, mit europäischem Inhalt finanzieren. Ich habe das vorerst abgelehnt. Der Brief wird bei den Betreffenden eintreffen, aber nur mit dem Hinweis, daß es bis jetzt - bis jetzt sage ich - nicht usus war, ein gesetzliches Hindernis gäbe es ja nicht, etwas zu finanzieren, wo zu stark direkt politische Parteien, ob Mehrheit oder Minderheit, vertreten sind. Das betrifft drei Parteien nicht von der Mehrheit. Aber es gäbe kein prinzipielles Hindernis und in den Brief wird dann stehen, daß die Betreffenden sich selbst überlegen sollen, ob sie einen Antrag im Regionalrat einbringen sollen, mit dem die Regierung aufgefordert wird, auch Veranstaltungen, selbst wenn sie von Parteien kommen, mitzutragen oder mit Beiträgen oder in anderer Form sofern sie vom regionalen Interesse sind zu unterstützen. Aber das nur ganz nebenbei. In diesem Fall war das regionale Interesse gegeben. Die Region hat mitgewirkt an der Veranstaltung. Auf der Tafel, die ausgestellt war, war deutlich sichtbar geschrieben, eben wer lesen konnte oder wollte - das Können setzt man voraus -

wer lesen wollte, war deutlich angegeben, daß die Provinz Trient und die Region Trentino-Südtirol an dieser Veranstaltung mitwirken.

Dann sage ich gleich noch etwas hinzu. Ob eine Vereinigung, die bei uns für eine Veranstaltung ansucht, in unserem Interesse arm oder reich ist, kann nicht für uns das Kriterium sein, sondern ob der Inhalt im regionalen Interesse ist. Denn ob eine Vereinigung arm oder "benestante" ist, wie Kollege Palermo sagt, das zu beurteilen ist nicht unsere Sache, sondern nur ob das was sie anbietet für uns im unseren Interesse ist. Das ist der Beurteilungsmaßstab und nicht irgendwelcher Neid ob die etwas mehr oder etwas weniger Geld für ihren Verein hat. Das geht uns ja nichts an. Und gesetzt den Fall, daß der Rotary-Club wieder einmal mit einen Vorschlag kommt, der im regionalen Interesse ist, im Sinne des Gesetzes, und das müssen wir halt von Fall zu Fall beurteilen, dann wird er natürlich auch in Zukunft, wenn dieses Interesse gegeben ist, nach den gleichen Kriterien wie alle auch weiterhin einen Beitrag erhalten nach der Möglichkeit der finanziellen Mittel. Gleiches Recht für alle und nicht unterschiedliches Recht, bloß weil irgendeine Kritik von irgendeiner Seite kommt. Das erschüttert mich in diesem Augenblick überhaupt nicht und wird unsere Position, jedenfalls meine nicht, im mindesten ändern. Damit das eindeutig klar ist.

Was die Einladung betrifft, die gedruckt worden ist, ist sie nicht bei der Region gedruckt worden, sondern bei Amonn in Trient. Das sei nur nebenbei erwähnt.

Zur Rechtslage: Was die Anstellung betrifft, hat Assessor Holzer alles genannt und somit kann ich sagen aus meiner Beurteilung der Dinge, so weit ich die Dinge verfolgt habe und kenne, ist der Einsatz auch des von Dr. Magagnotti in diesem Zusammenhang im Interesse der Region erfolgt und noch etwas prinzipielles. Auch wenn ein Bediensteter der Region einem privaten Verein vorsteht und - ich beende sofort - und dieser Verein erhält mit dieser Zielsetzung für eine bestimmte Veranstaltung im regionalen Interesse einen Beitrag, dann darf es natürlich kein Hindernis sein, daß eine solche Organisation einen Beitrag erhält. Solche Beispiele haben wir schon auch anderswo. Auch im humanitären Bereich gibt es Ansuchen bei uns wo Bedienstete der Region aus der Provinz Trient einem Hilfsverein vorstehen, dann können wir sie doch nicht ausschließen wenn sie der guten Sache dienen, weil sie Angestellte der Region sind.

Davon abgesehen, bedaure ich verschiedenste Ausdrücke, die gegen Dr. Magagnotti gefallen sind, denn Ausdrücke wie "faccendiere" und "portaborse di politici" - das ist sicherlich das gute Recht eines jeden hier so zu werten - aber ich finde diese Ausdrücke gelinde gesagt wenig höflich. So lange man nicht echtere Dinge vorzubringen hat, sollte man doch auch vorsichtig sein mit Ausdrücken, die beleidigenden Charakter haben könnten und damit auch juristische Folgen, wenn der Betreffende eventuell weitere Überlegungen anstellt, aber das ist nicht meine Sache. Im übrigen ist bekannt, daß die Sache bei Gericht liegt. Jeder Abgeordnete kann jede Sache zu Gericht bringen und somit ist unsere Diskussion hier eigentlich ein bißchen überflüssig. Lassen wir das Gericht urteilen, aber was unsere Haltung als Ausschuß betrifft, lehnen wir diesen Antrag aus den genannten Gründen ab.

PRÄSIDENT: Ich möchte jetzt noch darauf aufmerksam machen, daß von den Einbringern Palermo selbst und Passerini und Chiodi ein Abänderungsantrag zum eigenen Antrag vorliegt, den ich verlese:

L'ultimo capoverso delle premesse viene sostituito dal seguente:

"Tanto premesso

poiché non è consentito che denaro pubblico, personale pubblico, apparecchiature pubbliche, materiali di proprietà della Regione vengano utilizzati per fini estranei agli interessi della collettività, con possibile commistione di interessi pubblici e privati,".

Den Deutschen.

DENICOLO': Änderungsantrag zum Beschlußantrag Nr. 12

Der letzte Absatz der Prämissen wird wie folgt abgeändert:

"All dies vorausgeschickt

da es nicht zulässig ist, daß öffentliche Gelder, öffentliche Bedienstete, öffentliche Geräte und Material der Region für Zwecke verwendet werden, die mit den Interessen der Allgemeinheit nichts zu tun haben, sodaß sich eine eventuelle Vermischung von öffentlichen und privaten Interessen ergibt".

PRÄSIDENT: Nachdem das der Abg. Palermo selber eingebracht hat, versteht man ohne daß wir abstimmen müssen, den Beschlußantrag im diesem Sinne abgeändert.

Meldet sich noch jemand zu Wort? Wir haben in der Debatte die Möglichkeit für jede Gruppe eine Zeit von 10 Minuten pro Fraktion zur Verfügung zu stellen.

Abg. Atz hat sich zu Wort gemeldet.

ATZ: Wie ernsthaft diese Anklagen hier zu werten sind, glaube ich, können wir wohl verstehen aus der Aussage, daß die Drucksorten in der Region gedruckt worden sind und daß sich dann herausstellt, daß sie die Firma Amonn gedruckt hat. Das nur einmal einleitend.

Aber wenn wir hier einen der großen Vorwürfe hören, weiters daß dieser Herr, dieser Beamte, Präsident eines Clubs ist, der gefördert worden ist, dann bitte sehr, müssen wir in diesem Haus ein für allemal klären, ob wir keine Clubs mehr fördern wollen, wo öffentliche Beamte Präsidenten sind und die Tätigkeiten ausführen, die in unserem öffentlichen Interesse sind, in diesem Fall eben von europäischem Interesse. Das soll auch eine grundsätzliche Klärung sein. Ich sehe mich außerstande hier Gericht zu spielen, weil wenn ich hier in einem Gerichtssaal sitzen würde, dann hätte ich Polizeigewalt, dann hätte ich die Gewalt eines Staatsanwaltes, dann hätte ich auch die Gewalt Untersuchungen anzustellen, dann hätte ich die Gewalt Leute vorzuladen. Ich habe diese Gewalt nicht und will sie auch gar nicht haben. Wir haben hier die Themen

politisch abzuklären. Wir haben die politische Relevanz anzusehen und sonst gar nichts. Und nachdem ich gehört habe, Kollege Palermo, daß sie die Anklage schon beim Staatsanwalt deponiert haben, warten wir doch ab, was die Anklage beim Staatsanwalt ergibt und warten mit den politischen Konsequenzen. Was wollen wir hier nach politischen Konsequenzen fragen und sie fordern, wenn wir nicht wissen, was überhaupt wirklich passiert ist und wie einleitende schon gesagt, habe ich sehr große Zweifel an dieser Geschichte.

Ich glaube also bis zu diesem Punkt den Aussagen unserer Regierungsmitgliedern, die uns erklärt haben, was wirklich an der Sache dran war und fühle mich als Politiker außerstande hier irgend etwas zu genehmigen. Deshalb werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Assume la Presidenza il Presidente Tretter)

(Präsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola alla Giunta.

PAHL: ...den Warenbegleitschein vom Druck bei der Firma Amonn. Da ist er. Somit ist also zufällig nichts bei der Region gedruckt worden, obwohl das durchaus möglich wäre, wenn man es vorher vereinbart, nachdem wir ja teilnehmen. Aber es stimmt halt zufällig nicht.

Wenn Abg. Palermo und die Mitunterzeichner jetzt eine Präzisierung machen, die ein bißchen anders lautet, daß es nicht zulässig ist, daß öffentliche Gelder usw. veruntreut werden, so versteht sich das von selbst. Das ist ja geltender Grundsatz. Somit bekräftigen wir nur, was wir sowieso beachten müssen als gesetzlichen Grundsatz. Ich finde die Bekräftigung eigentlich völlig überflüssig, denn ich kann ja nicht im Regionalrat beschließen sinnvollerweise, daß wir wollen, daß ein Gesetz beachtet wird. Wenn es gilt, dann gilt es auch ohne zusätzlichen Beschluß. Das hieße Eulen nach Athen tragen. Ich verstehe es also nicht, das ist eigentlich völlig überflüssig. Andererseits natürlich vom Inhalt her, kann man auch darüber abstimmen, weil es sich sowieso von selbst versteht, daß wir die Gesetze zu beachten haben. Nur ich sehe nicht, wo wir es verletzt hätten und das wird ja dann das Gericht klären und dann werde schon auch ich meine Aussagen machen, wenn es eventuell einer Erklärung bedarf.

Somit stimmt ich für meine Person nochmals dem Fraktionssprecher der SVP zu. Andererseits habe ich persönlich, nachdem jetzt die Präzisierung vom Kollegen Palermo erfolgt ist, auch nichts dagegen, wenn jemand sagt: ja ich möchte diesen Grundsatz nochmals bekräftigen, nur für uns als Ausschuß gilt er sowieso automatisch.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? Ha chiesto la parola il cons. Palermo per la replica, ne ha facoltà.

PALERMO: Penso che sia invece opportuno intervenire, tant'è che l'assessore Holzer da una parte, nell'ambito della sua risposta ha precisato che dalle indagini

amministrative che sono state svolte dall'amministrazione si è riscontrato che effettivamente sono state utilizzate apparecchiature e uffici regionali. Quindi evidentemente, dal momento in cui l'amministrazione constata un fatto di questo genere, credo che sia implicito, proprio nel momento in cui è la legge che va osservata, la legge stabilisce che questo non deve avvenire, però avviene perché nella prassi questo avviene, evidentemente questo è il motivo per il quale il principio va ribadito, perché se il principio non venisse violato allora non sarebbe necessario ribadirlo, invece va ribadito e fatto presente, proprio prendendo spunto da un episodio che si è verificato.

Quello che farà l'autorità giudiziaria penale sono aspetti di natura penale, sotto il profilo amministrativo credo che due sono le possibili condotte dell'amministrazione, la quale effettua una constatazione di questo genere, o dice: si può fare, o dice: non si può fare. O voi dite: le attrezzature un dipendente può utilizzarle per fini privati, oppure no, non ci sono alternative. Quindi ecco perché ritengo opportuno e necessario precisarlo.

Comunque anche se il dispositivo della mozione... evidentemente è una mozione umoristica, visto che si ride in aula!

Comunque, visto e considerato che è stato dal Vicepresidente Pahl affermato un principio che mi sento di dover contestare, lo debbo puntualizzare, perché il cons. Pahl ha affermato che il Rotary club è un'associazione di tipo democratico e che rientra pacificamente nella possibile applicazione della legge 10, laddove vorrei ricordare che in base all'art. 2 del regolamento si dice che gli enti e le associazioni che perseguono le finalità di cui all'art. 1 della legge regionale. Quindi non è solo e semplicemente il fatto di verificare se una determinata iniziativa a carattere europeistico per poter usufruire di un certo finanziamento pubblico, è necessario che l'associazione abbia tra le proprie finalità quella ed allora è proprio perché è stabilito nella legge e nel regolamento, dove si stabilisce nell'art. 2 il termine per la presentazione della domanda, con i requisiti per poter usufruire, ci si rende conto che non deve attenere solo e semplicemente alla iniziativa, ma deve riguardare il contributo una associazione che persegue quei fini ed è molto discutibile che ciò sia constatabile per il club Rotary, perché se si afferma che ha uno statuto di carattere democratico, vorrei sapere quale principio può nella nostra Costituzione essere diverso da quello stabilito nell'art. 1, 2, 3 della nostra Costituzione, dove si dice che principi democratici sono quelli che non pongono alla loro base discriminazioni sul sesso, sulla religione, eppure evidentemente nel momento in cui il Rotary ammette come soci del club solo ed esclusivamente i soggetti di sesso maschile, pone esattamente i suoi presupposti di esistenza, proprio sui principi di carattere misogino antidemocratico.

E' inutile andare a vedere se poi svolge un'iniziativa che viene reputata di carattere sociale, perché allora sotto questo profilo, andando avanti su questi principi che vengono affermati, prendiamo un'associazione di omosessuali, che sono liberi di poterlo fare dove gli pare e si riuniscono per la loro integrazione europea e allora daremo il contributo perché è comunque una iniziativa di integrazione, ma mi pare di no, perché l'associazione ha a suo fondamento dei principi che entrano in contrasto con i principi democratici, che invece non fanno discriminazioni tra uomini e donne.

Questo mi pare che sia un principio che forse non è stato sufficientemente evidenziato. Quindi ritengo che se si dovesse in un futuro presentare un'analogia situazione non credo sia opportuno, sotto ogni profilo, che finanziamenti vengano dai nostri enti pubblici erogati in favore del Rotary.

Comunque in relazione al contenuto del dispositivo della mozione, che volontariamente è stato limitato solo ed esclusivamente alla constatazione del non dubitabile e cioè del fatto che non debbono essere utilizzate attrezzature, uffici, personale per fini diversi da quelli istituzionali, ritengo che su questo punto si possa pacificamente concordare, anche se per me esistono delle riserve, sulle quali non recederò nell'ipotesi in cui l'amministrazione dovesse ritenere di persistere con finanziamenti in favore del club suddetto.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sulla mozione n. 12 così emendata per volontà del proponente? La parola alla Giunta.

PAHL: Für unseren Teil habe ich bereits erklärt, daß diese Verpflichtung, die hier enthalten ist, für uns eine Selbstverständlichkeit darstellt. Wenn man sie erneut bekräftigt, ist das kein Schaden. In meinen Augen völlig überflüssig, weil man sonst jeden Tag die geltenden Gesetze, die sowieso gelten, neu bekräftigen müßte. Das würde ja indirekt eine Abwertung der Normen sein, wenn man sie jeden Tag eigens mit neuen Beschlüssen bekräftigt. Aber mich stört es nicht. Man kann es ruhig machen. Ich enthalte mich der Stimme um damit zu zeigen, daß es überflüssig ist. Davon abgesehen, muß ich den Herrn Abg. Palermo darauf hinweisen, daß private Vereine schon das Recht haben festzulegen wer ihre Mitglieder sind. Die Gleichberechtigung beider Geschlechter gilt im öffentlichen Dienst und bei Wahlen und dergleichen. Das ist durch die Staatsgesetze festgelegt, aber es steht in keiner italienischen Verfassung, so weit uns bekannt ist, daß ein privater Verein nicht festlegen kann, wer seine Mitglieder sind. Ich meine, wir begeben uns da in den Bereich des Lächerlichen, wenn wir auf diese Weise argumentieren. Das wäre ein Eingriff in das Recht private Vereine, aber das ganz nebenbei. Das hat mit dieser Sache nichts zu tun.

In meinen Augen ist der Rotary-Club genau so demokratisch wie andere auch und entscheidend ist natürlich im Sinne der Absicht des Gesetzgebers, daß die konkrete Handlung des einzelnen, ob er zum regionalen Interesse als demokratische Vereinigung beiträgt oder nicht. Das vorausgeschickt, will ich nur noch sagen: Wenn es jemanden interessiert, habe ich auch das Gutachten der Avvocatura distrettuale dello Stato, das ist genau in dem Sinn, wie Assessor Holzer es gesagt hat.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire in dichiarazione di voto? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe jetzt Nachmittag zugehört, aufmerksam zugehört, sei es was Abg. Palermo, sei es was die Ausschußmitglieder Holzer und Pahl erklärt haben. Ich habe gehört, daß der Assessor Holzer zugegeben hat, daß es Mißbräuche gegeben hat,

die da vom Abg. Palermo beklagt werden. Er hat gesagt, es waren Kleinigkeiten, ein Minimum oder so ähnlich, aber er hat zugegeben, daß es solche Mißbräuche gegeben hat, und die Region ihren Apparat zur Verfügung stellt, damit ein Verein eine von der Region subventionierte Tätigkeit abwickeln kann. Ob der Verein demokratisch ist oder nicht steht nicht zur Debatte, steht ja auch nirgends im Gesetz. Das hätte gar nicht untersucht werden brauchen. Sondern gemäß Gesetz, so wie es Abg. Palermo vorgelesen hat, ist die Bedingung für die Gewährung eines solchen Beitrages, daß man sich dieser Verein europäische Ziele setzt, sich die europäische Integration zum Ziel setzt und in dieser Hinsicht tätig wird. Nicht, ob er demokratisch ist oder nicht demokratisch oder homosexuell ist oder was immer, das steht nicht zur Debatte. Aber gegenüber der Feststellung des Ausschusses, des Assessors Holzer möchte ich folgendes sagen: Er hat zugegeben, es hat Mißbräuche gegeben, aber es war eine Kleinigkeit, das steht auch im Protokoll. Das ist zugegeben worden und wenn man das liest, dann kommt man halt zum Schluß, das sollte sich nicht wiederholen. Das sollte sich nicht mehr wiederholen, daß einer, der gleichzeitig Angestellter ist - und er kann ja Präsident eines Vereines sein - den Apparat der Region für seine Vereinstätigkeit irgendwie ausnützt. Deswegen fühle ich mich in meiner Verantwortung verpflichtet, dafür zu stimmen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Chiodi, ne ha facoltà.

CHIODI: In maniera molto breve, anche se riterrei interessante se perdessimo un po' di tempo sul discorso che ha portato in quest'aula il cons. Palermo in fatto di statuti delle associazioni, però mi voglio solo limitare a spiegare perché ho votato questo emendamento.

Allora, se un'associazione - poi potremo discutere se il collega Palermo ha ragione o meno sul fatto di accettare delle associazioni che fanno delle discriminazioni di questa portata - fa domanda regolare in base alla legge, si può verificare se gli si può dare il contributo o meno, però credo che questo tipo di emendamento, dove diciamo che tutte le associazioni vengano trattate allo stesso modo, perché non c'è ombra di dubbio che dalla denuncia fatta dal cons. Palermo qui ci sono state delle associazioni che hanno fatto la domanda di contributo sulla legge 10 ed hanno avuto una corsia preferenziale.

Questo emendamento dice che perlomeno queste associazioni vengano trattate come tutte le altre, perché devono essere privilegiate, perché da queste associazioni, come dice l'assessore Holzer, oltre che il contributo, abbiano anche altro tipo di agevolazioni non mi pare corretto. Credo che la Giunta regionale possa affermare che tutte le associazioni vanno trattate nello stesso modo.

Assessore Pahl, secondo il suo punto di vista stiamo rafforzando la legge, però se siamo arrivati a dover rafforzare la legge vuol dire che quello che diceva prima l'assessore Holzer a proposito di alcune cose che non sono andate nella maniera giusta, sono successe. Allora non vedo perché non dobbiamo dire: l'iter di accuse farà il suo corso, però le cose all'interno della Regione devono procedere in una certa maniera,

facendo sì che non ci siano corsie preferenziali e tenendo tutti al loro posto. Credo non ci sia nulla di scandaloso, è quello che si chiede qui ed è quello che la Giunta deve fare.

Siccome siamo tutti uguali io chiedo che questo sia il tipo di intervento, l'associazione fa il suo iter, chiede quello che ha da chiedere, la Giunta valuta se all'associazione questo merita di essere dato o meno, senza privilegi. Mi pare non sia molto complicata la cosa e che si possa accettare, assessore Pahl, perché non vogliamo accusare nessuno, si tratta solo di mettere un punto di chiarezza su alcune cose, perché altrimenti vengo anch'io con la mia associazione a chiedere di usare le strutture della regione per fare iniziative, ma non mi pare molto corretto.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire in dichiarazione di voto? Nessuno. Pongo in votazione la mozione così emendata. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 11 voti favorevoli, 2 voti di astensione e tutti gli altri contrari la mozione non è approvata.

Passiamo alla trattazione congiunta dei punti 10) e 20) dell'ordine del giorno:

Mozione n. 17, presentata dai Consiglieri regionali Leitner, Waldner, e Pinter, concernente l'introduzione di abbonamenti annuali a prezzo ridotto da concedersi ai lavoratori pendolari per l'utilizzo sull'Autostrada del Brennero;

Mozione n. 23, presentata dai Consiglieri regionali Peterlini, Cristine Mayr e Atz, relativa a provvedimenti da adottare da parte dell'Autostrada del Brennero ai fini di una migliore politica del traffico.

Se i proponenti sono d'accordo procediamo con la discussione abbinata. Nessuno è contrario. Concedo la parola al cons. Leitner per la lettura della mozione n. 17.

LEITNER: Vorausgesetzt, daß der LKW- und PKW-Verkehr durch unser Land ein Umweltproblem ersten Ranges darstellt;

festgestellt, daß in Zukunft mit einer weiteren Zunahme des Transitverkehrs zu rechnen ist;

weilers festgestellt, daß es ein umfassendes Verkehrskonzept für die Region und eine zukunftsträgliche Ausgestaltung der Verkehrspolitik unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der betroffenen Bevölkerung braucht;

vorausgesetzt, daß es großer Anstrengungen zur Verlagerung des Gütertransits von der Straße auf die Schiene bedarf;

festgestellt, daß der öffentliche Verkehr ausgebaut und Mehrfachlinien (Bahn - Bus) vermieden werden müssen;

vorausgesetzt, daß viele Bewohner der Region täglich mit dem eigenen Personenkraftwagen auf den Staatsstraßen zur Arbeit pendeln und dadurch häufig verstopfte Straßen verursachen und ständiger Gefahr ausgesetzt sind;

angesichts der Tatsache, daß die Region Trentino-Südtirol Aktionär der Brennerautobahn AG ist und diese durch eine zukunftsweisende Tarifpolitik Autoverkehr von den Staatsstraßen auf die Autobahn lenken und zu einer Verkehrsberuhigung beitragen könnte;

vorausgesetzt, daß heute für viele Arbeiter die Autobahnbenutzungsgebühr nicht erschwinglich ist,

beschließt der Regionalrat den Regionalausschuß zu verpflichten,

bei der Brennerautobahn AG den ganzen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß die Einführung von günstigen Jahreskarten für Pendler möglich wird.

(Premesso che nella nostra Regione il traffico pesante e quello automobilistico rappresentano un problema ambientale di prim'ordine;

constatato che in futuro si dovrà prevedere un ulteriore aumento del traffico di transito;

constatato inoltre che si rende necessaria la predisposizione di un ampio progetto di programmazione del traffico a livello regionale e di una politica dei trasporti che in futuro tenga conto dei vitali interessi della popolazione;

premesso che si rendono altresì necessari notevoli sforzi, onde trasferire il traffico merci dalla strada alla rotaia;

constatato che si deve potenziare il sistema dei trasporti pubblici e contestualmente evitare che più mezzi pubblici, ad es. treno e autobus, effettuino lo stesso servizio di linea;

premesso che in regione molti pendolari si recano quotidianamente al lavoro con la propria autovettura percorrendo le strade statali, causando spesso intasamenti ed esponendosi continuamente a dei pericoli;

constatato che la Regione Trentino-Alto Adige è azionista dell'Autostrada del Brennero Spa e che questa, con una politica tariffale mirata, potrebbe dar impulso ad uno spostamento del traffico dalle strade statali all'autostrada, contribuendo così ad una riduzione del traffico;

premesso che attualmente il pedaggio autostradale è economicamente insostenibile per molti lavoratori;

Tutto ciò premesso

IL CONSIGLIO REGIONALE IMPEGNA LA GIUNTA

ad esercitare tutta la propria influenza presso l'Autostrada del Brennero Spa, affinché vengano introdotti abbonamenti annuali a prezzo ridotto per i lavoratori pendolari.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Peterlini per la lettura della mozione n. 23.

PETERLINI: Danke, Herr Präsident.

Seit geraumer Zeit findet innerhalb der Bevölkerung ein Umdenken in Richtung Verminderung des Individualverkehrs statt. Die Verantwortlichen tun deshalb gut daran, die Verkehrspolitik in der Region den neuen Gegebenheiten anzupassen und neu auszurichten.

Das öffentliche Verkehrsangebot ist derzeit quantitativ zwar einigermaßen ausreichend, qualitativ bestehen jedoch noch zahlreiche Mängel. Der öffentliche Nahverkehr sollte deshalb weiter ausgebaut und intensiviert werden. Ungünstige bzw. kaum aufeinander abgestimmte Fahrpläne, fehlende Busverbindungen zu den Bahnhöfen, Busdienste in Konkurrenz zu den Zugfahrten usw. hindern immer noch viele Pendler auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Folge sind stark überlastete Straßen, ein Ansteigen der Verkehrsunfälle sowie lärm- und abgasgeschädigte Anrainer und eine belastete Umwelt.

Eine Reduzierung des immer noch steigenden Verkehrsaufkommens muß aber auch im Bereich Gütertransport und Transitverkehr durch die Verlagerung auf die Schiene bzw. auf die Autobahn erreicht werden.

Die Region Trentino-Südtirol hat als Aktionär der Brennerautobahn AG die Möglichkeit, durch eine zukunftsorientierte und umweltschützende Verkehrspolitik die Weichen in die richtige Richtung zu stellen.

Der Regionalrat

beschließt

den Regionalausschuß

zu verpflichten

sich in den zuständigen Gremien der Brennerautobahn AG dahingehend zu verwenden, daß

- durch eine gerechte Tarifpolitik der Brennerautobahn AG (Jahreskarten für Pendler usw.) die Durchzugsstraßen entlastet werden;
- durch den Ausbau der Serviceleistungen und die Verbesserung der Verkehrssicherheit (Pannendienste, Schutz vor mutwilligen Übergriffen usw.) der Anreiz zur Benützung der Autobahn gesteigert wird;
- durch die Anbringung von Lärmschutzwänden und Flüsterasphalt die Lärmbelastung für die Anrainer der Autobahn reduziert wird;
- durch das Anpflanzen von Hecken die angrenzenden Obst- und Weinkulturen vor schädlichen Emissionen geschützt werden;
- die stark überlastete Staatsstraße 12 im Teilbereich Neumarkt-Bozen durch die kostenlose Benützung der Brennerautobahn für die Pendler im genannten Abschnitt entlastet wird.

Da tempo si registra a livello di popolazione una tendenza volta alla riduzione del traffico individuale. Sarebbe quindi auspicabile che i responsabili della politica dei trasporti a livello regionale di adeguassero a questa nuova realtà, dandole un nuovo orientamento.

Attualmente l'offerta dell'ambito dei trasporti pubblici è sufficientemente adeguata alle necessità dal punto di vista quantitativo, ma relativamente scarsa dal punto di vista qualitativo. Il traffico pubblico locale dovrebbe pertanto venire ulteriormente potenziato e rafforzato. Orari svantaggiosi che non coincidono, mancanza di collegamenti-bus per le stazioni ferroviarie, servizi d'autobus che si sovrappongono al servizio ferroviario ecc., inducono molti pendolari a non utilizzare i mezzi di trasporto pubblici. Le conseguenze sono strade altamente intasate, aumento degli incidenti stradali, cittadini confinanti esposti all'inquinamento acustico ed alle emissioni gassose ed inquinamento ambientale.

E' comunque necessario giungere ad una riduzione del traffico, un traffico in continua crescita, trasferendo il traffico indotto dal trasporto merci a quello di transito su rotaia o sull'autostrada.

La Regione Trentino-Alto Adige, quale azionista dell'Autobrennero Spa, ha la possibilità di indicare la direzione nella quale muoversi per una politica del traffico orientata al futuro ed alla tutela dell'ambiente.

Tutto ciò premesso

**IL CONSIGLIO REGIONALE
IMPEGNA
LA GIUNTA REGIONALE**

ad intervenire presso gli organi competenti dell'Autobrennero Spa al fine di:

- alleggerire il traffico sulle strade di transito, inducendo l'Autobrennero Spa ad applicare una politica tariffaria equa (abbonamenti annuali per pendolari ecc.);
- rendere più attrattivo l'uso dell'autostrada potenziando i servizi e migliorando la sicurezza stradale (servizi di assistenza stradale, controllo delle violazioni ecc.);
- ridurre l'inquinamento acustico procurato agli abitanti che confinano con l'autostrada, attraverso il montaggio di pannelli insonorizzati e la posa di asfalto fonoassorbente;
- difendere le colture ortofrutticole ed i vigneti limitrofi da emissioni nocive, attraverso la messa a dimora di cespugli;
- alleggerire l'intenso traffico sulla strada statale 12 nel tratto Egna-Bolzano, prevedendo per i pendolari l'uso gratuito dell'Autobrennero nel tratto sopra citato.

PRESIDENTE: Cons. Peterlini, visto che ha la parola se lei vuole dare lettura dell'emendamento al dispositivo, prego.

PETERLINI: Der letzte Punkt des Antrages würde durch folgenden ersetzt - ist verteilt worden - 15. März steht drauf. Aber das Präsidium wird es sicherlich zur Verfügung stellen. Jetzt lese ich einmal vor:

- entlang der Strecke, mittels geeigneter Schilder, auf einige wenige, hervorstechende touristische, historisch-kulturelle Besonderheiten des jeweiligen Gebietes hingewiesen wird.

Die Abgeordneten Dr. Oskar Peterlini und Dr. Werner Frick.

PRESIDENTE: L'emendamento al dispositivo è stato distribuito, se qualcuno vuole averne copia basta che la richieda e siamo disponibili a fornirla.

La parola al primo firmatario, cons. Leitner, per l'illustrazione della mozione.

LEITNER: Herr Präsident, ich stelle fest, daß wir den Beschlußantrag am 21. Juni 1994 eingereicht haben, der zweite Antrag wurde genau drei Monate später eingereicht und enthält mehr oder weniger dieselben Prämissen, ist im beschließenden Teil aber weitreichender. Wir haben uns auf einen einzigen Punkt beschränkt und hier sind mehrere Punkte angeführt. Ich erkläre mich mit dem beschließenden Teil der Unterzeichner Peterlini, Mayr, Atz einverstanden, möchte aber schon festhalten, daß in der Zwischenzeit drei Monate vergangen sind. Das heißt bis zum heutigen Tag sind es neun Monate fast genau - das ist eine volle Schwangerschaft. Ich hoffe, daß nicht alle Beschlußanträge so lange Zeit brauchen bis sie behandelt werden. Aber ich sage noch einmal: Ich bin damit einverstanden, daß man den beschließenden Teil des zweiten Beschlußantrages zur Abstimmung bringt, weil er unser Verlangen miteinschließt und weitreichender ist.

PRESIDENTE: Lei ha fatto bene a ricordare che ci sono dei notevoli ritardi e mi sono impegnato nella conferenza dei capigruppo a far sì che nel corso della prossima giornata del Consiglio discuteremo tutte le mozioni ed i voti che abbiamo in sospeso, perché credo sia giusto affrontare questi temi e questi problemi che sono stati sottoposti dalle varie forze politiche al Consiglio.

Mi pare di aver capito che lei non ritira la sua mozione collega Leitner?

LEITNER: Ich habe gesagt: Nachdem der zweite Antrag weitreichender ist... ich will ihn nicht zurückziehen, man könnte ja den ersteingebrachten zur Abstimmung bringen und integrieren, wenn die Einbringer des zweiten Vorschlages einverstanden sind... daß ich nicht meinen zurückziehen muß, sondern daß der Antrag vom Kollegen Peterlini und anderen in den ersten Beschluß integriert wird.

PRESIDENTE: Se questa richiesta può essere accolta diventa un documento unitario, sul quale lei darebbe l'assenso, purché da parte del primo firmatario Peterlini ci fosse la disponibilità.

LEITNER: Darum möchte ich ihn ersuchen, den Kollegen Peterlini, daß er die anderen Punkte in unseren Antrag eben miteinbringt, weil wir die Erstunterzeichner in diesem

Fall sind. Es bleibt das Gleiche. Es geht um die... Ich habe kein Problem, es umgekehrt zu machen, aber man sieht schon vom Datum der Einreichung her, daß wir den Beschlußantrag drei Monate früher eingebracht haben.

PRESIDENTE: Lei ha ragione cons. Leitner nel rivendicare la primogenitura, lei ha presentato il suo documento alcuni mesi prima, chiedo al proponente della mozione n. 23 se c'è la disponibilità eventualmente ad unire.

LEITNER: ...weil sonst verlange ich die Abstimmung über unseren Beschluß und dann wird der andere halt zusätzlich abgestimmt, dann ist der erste Punkt deckungsgleich und die anderen Punkte sind halt neu.

PRESIDENTE: Concedo la parola al primo firmatario, collega Peterlini.

PETERLINI: Danke, Herr Präsident.

Ich möchte dem Abg. Pius Leitner danken für das Angebot die Anträge zusammenzulegen, so würde er das formulieren, damit jeder seine Rechte auch wahren kann, zumal das Anliegen gleich ist.

Dieses gleiche Anliegen möchte ich auch kurz untermalen. Die Verkehrszuständigkeit ist nicht im Bereich der Region gegeben, sondern im Bereich der beiden Provinzen. Trotzdem habe ich geglaubt, in den Prämissen auf die allgemeine Verkehrsproblematik hinweisen zu müssen, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Verkehr ständig zunimmt, sei es der Lokal- und Pendlerverkehr als auch der Durchzugsverkehr auf der Autobahn, auf der Staatsstraße und weniger auf der Schiene und daß wir uns alle bewußt sind und alle wünschen, daß dieser Verkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene verlagert wird auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Individualverkehr möglichst zugunsten des Gruppenverkehrs zurückgeht.

Unter diesen beiden Prämissen habe ich diesen Beschlußantrag gestellt, allerdings in den Schlußfolgerungen dann allerdings beschränkt auf die Zuständigkeit, die wir hier haben. Und die Zuständigkeit, die wir hier in der Region haben, ist diejenige, daß wir Anteilseigentümer, Mehrheitseigentümer der Brennerautobahn AG sind. Dieser Punkt ist nicht unbedeutend, weil die Brennerautobahn die Hauptdurchzugsstrecke darstellt und damit dem Regionalpolitiker auch die Verantwortung zusteht, die Stimmen der Bevölkerung hier zu erheben. Warum unterstreiche ich das? Weil wir mit der Brennerautobahn in der Vergangenheit auch gewisse Situationen gehabt haben, die von Spannungen gekennzeichnet waren und von der es da im Regionalrat heftige Debatten gegeben hat. Wir haben dann um eine Aussprache gebeten in der vergangenen Legislaturperiode, aber die Führung der Brennerautobahn hat mit dem Hinweis "wir sind eine private Gesellschaft und ihr habt's euch da nicht einzumischen" jeden Dialog abgebrochen. Herr Präsident Tretter - und ich möchte das anerkennen - hat das Eis wiederum ein bißchen aufgetaut, man hat dann vor wenigen Monaten eine Aussprache dann hier abgehalten. Der Präsident der Brennerautobahn Dr. Willeit ist auch gekommen und man hat sich über gemeinsame

Pläne unterhalten. Präsident Willeit hat dargestellt, was er alles tun möchte und hat auch sehr betont, daß der Umweltaspekt einer der primären Ziele der Politik der Autobahn sein wird. Das nimmt uns aber nicht ab, daß wir als Vertreter der Bevölkerung unsere Wünsche diesbezüglich zum Ausdruck bringen. Und diese Wünsche habe ich hier zusammengefaßt in einigen Punkten, die in dem Dokument aufgezeigt werden.

Der erste Punkt ist deckungsgleich mit dem, den der Pius Leitner vor mir bereits vorgelegt hat. Und zwar heißt der: Er möge die Vertreter der Brennerautobahn ersuchen, sich darum zu bemühen, daß eine Tarifpolitik gestaltet wird, die vor allem den Pendlern entgegenkommt - Jahresmautkarten usw. Die Jahreskarten gibt es inzwischen und zwar in Form der Benützung, daß man also auch die Kreditkarten benutzen kann, aber was wir hier wünschen, ist eine besondere Ermäßigung für die Pendler, damit sie den Nahverkehr entlasten. Wir haben ein ganz großes Problem - ich rede jetzt von meinem Abschnitt, wo ich wohne, aber es wird wahrscheinlich in anderen Gegenden nicht anders ausschauen. Beispielsweise zwischen Neumarkt-Bozen oder Unterland-Bozen, wo die Staatsstraße vor allem von Branzoll nordwärts bis Bozen jeden Morgen so überfüllt ist, daß man, wenn man nicht vor drei Viertel sieben von Neumarkt wegfährt, überhaupt nicht mehr nach Bozen kommt, weil man mehr als eine Stunde braucht, während auf der Autobahn doch noch ziemlich Kapazität vorhanden sind. Die Auslastung ist höchstens in einem Monat im Sommer gegeben, ansonsten ist die Brennerautobahn recht flüssig zu befahren. Aber es gibt keine Anreize, um diese Lagerung zu fördern, das möchte ich auch unterstreichen, damit dann niemand sagen kann ja damit fordert man die Autobahn zugunsten des Zuges. Das ist nicht der Fall. Der Zug wird im Unterland sehr stark benützt. In Auer haben wir dafür gekämpft, einen großen zentralen Parkplatz einzurichten und auch von den umliegenden Orten die Leute dort hinzuführen und mit dem Zug zu fahren. Aber nicht jeder kann aus beruflichen Gründen den Zug benutzen.

Punkt 2: Die Serviceleistungen. Hier ist auch sehr viel getan worden. Der Wunsch ist, diese Serviceleistungen auszubauen (Pannendienste, Schutz vor mutwilligen Übergriffen und dergleichen)

Dritter Punkt: Anbringung von Lärmschutzwänden und Flüsterasphalt. Auch hier ist der Präsident der Autobahn eigentlich willens das zu tun und zu verstärken. Was wir hier ausdrücken möchten, ist, daß diese Bemühungen begrüßt und eben fortgesetzt werden sollen.

Wichtig der nächste vierte Punkt: Die Bepflanzung der Grenzen zu den Obstwiesen und Weinkulturen. Leider sind die Emissionen der Autos bekannterweise giftig und haben ihre Auswirkungen auf die umliegenden Kulturen. Diese Auswirkungen können aufgefangen werden, zumindest zum Teil, durch die Bepflanzung mit Hecken. Dieser Wunsch ist im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse einer gesunden Ernährung, aber auch im Interesse unseres Exportes voll zu unterstreichen.

Der letzte Punkt hingegen, das sage ich ganz offen, daß man die Staatsstraße Bozen-Neumarkt freigibt war ein persönlicher Wunsch von mir. Ein alter Wunsch vom Südtiroler Unterland, der allerdings nicht die Zustimmung meiner Fraktion gefunden hat, weil man mir gesagt hat, ja bei allem Verständnis, daß ich

persönlich von Neumarkt bin und damit also diesen Trakt sähe, aber wenn jeder diese Forderung stellen würde, dann wäre ja die ganze Autobahn frei. Deshalb muß ich auf diesen Punkt verzichten, wobei ich ihn trotzdem hier als Wunsch deponieren möchte, aber im Beschlußantrag muß ich darauf verzichten. Gleichzeitig allerdings möchte ich sagen, wenn man mit Mautkarten verbilligter Art mit Punkt 1 einer vernünftigen Tarifpolitik entgegenkommt, dann ist das auch zum Großteil bereits erfüllt, weil ja dann der Pendler ohne weiteres einen Teil selber zahlen soll und durch die günstige Verkehrspolitik und Tarifpolitik, die den Pendlern entgegenkommt, begünstigt wird.

Dieser letzte Punkt würde damit ersetzt mit dem Abänderungsantrag und ich nehme die Gelegenheit wahr, Herr Präsident, ihn auch darzustellen, da man einem aus meiner Sicht sehr wichtigen Wunsch des Fremdenverkehrs entgegenkommt, daß nämlich auf der Autobahn mit Hinweisschildern die schönsten touristischen Plätze und die besonderen Sehenswürdigkeiten, die kulturellen wertvollen Güter usw. kennzeichnet werden. Diesen Wunsch hat die Autobahn bisher immer abgelehnt mit dem Hinweis, ja daß wäre verboten. Das Landesfremdenverkehrsassessorat, mit anderen Worten Dr. Frick, hat das rechtlich untersuchen lassen und hat diesen Widerspruch entkräften können. Es ist also rechtlich möglich die Hinweisschilder aufzustellen. Es wird auch in anderen Gegenden gemacht und ich glaube, es ist, sei es für das Trentino das sich mit seinen reichhaltigen kulturellen Angebot und seinen schönen Fremdenverkehrsland nicht zu verstecken braucht, sei es für Südtirol interessant, wenn man die Möglichkeit nützt, direkt auf der Autobahn die entsprechenden Schilder aufzustellen und damit auf historisch-kulturelle Besonderheiten, auf touristische attraktive Gebiete usw. hinweisen kann.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione sui due documenti. Ha chiesto di intervenire il cons. Pinter, ne ha facoltà.

PINTER: Volevo dire che condivido, sia perché ho sottoscritto la prima mozione, ma anche sostanzialmente il contenuto della seconda, però con alcune precisazioni, la prima l'ha già anticipata il cons. Peterlini rispetto al tratto Egna-Bolzano, nel senso che più volte si è tentato anche a livello provinciale di Trento di porre all'attenzione della società Autobrennero la delicatezza di alcuni tratti e quindi l'opportunità di aprire al traffico non a pagamento, ad esempio nel tratto Rovereto nord-Trento, oppure Trento-S.Michele a.A., ma evidentemente senza alcun esito positivo e quindi la previsione del tratto solo Egna-Bolzano sarebbe risultato non corretta rispetto ad altro tipo di esigenze, però sappiamo che poco sarebbe successo se avessimo mantenuto questa parte del dispositivo.

Quello che volevo sottolineare è il rischio che noi continuiamo a correre di sollecitare la società Autobrennero ad essere attenta al problema del pendolarismo, però di trovare un riscontro inadeguato. Faccio un esempio perché si possa capire. Per uno dei tratti autostradali, forse il tratto che più in assoluto ha riscontrato la formula dell'abbonamento dei pendolari, c'è la possibilità di una riduzione del 30% del costo se

si dimostra di avere la residenza in una parte dell'autostrada ed il posto di lavoro all'uscita di un altro casello. A parte il fatto che ovviamente la società Autobrennero si è ben guardata dal promuovere questa forma di sconto e anzi è una forma di sconto che richiede una certa macchinosità nell'ottenerlo, perchè occorre portare una serie di certificazioni, datore di lavoro, residenza, ecc., per cui non è che si incoraggi questo. Il tratto che più è interessato a questa forma di abbonamento è il tratto Rovereto nord-Trento; visto che c'era questo interesse e vista la notevole frequentazione di pendolari quotidiani, nel recente adeguamento delle tariffe è stato predisposto un aumento del 25%, per cui l'effetto dello sconto del 30% è stato annullato da un aumento del 25%, esclusivamente per il tratto Rovereto nord-Trento centro.

Allora è chiaro che non può la società Autobrennero comportarsi in questa maniera, cioè nel senso di penalizzare un tratto perché c'è una certa frequentazione di pendolarismo, è veramente un ingiusto provvedimento, perché non è stato parte di un aumento generalizzato, in quanto gli aumenti sono stati nell'ordine del 2-4-5%, ad eccezione di quel tratto del 25%. Ovviamente loro hanno detto: dovevamo arrotondare le cifre, però il problema vero è che si tratta di un tratto particolarmente utilizzato e quindi si è aumentato il pagamento di quel percorso.

Allora spero che questa mozione abbia un diverso esito, perché sebbene si possono comprendere tutta una serie di paure, di preoccupazioni, la società Autobrennero nell'accesso troppo generalizzato, gratuito o comunque a prezzi ridotti non è assolutamente comprensibile che l'attenzione anche in termini societari, che noi riserviamo come ente pubblico, non venga minimamente "ricompensata" nel senso di dare un beneficio alle persone residenti sul tratto autostradale, che già sono penalizzate dall'attraversamento dell'autostrada, dai problemi della rumorosità, dai problemi di vario tipo che sono legati alla presenza di questa bretella.

Quindi il meno che ci si aspetta è quello che i cittadini penalizzati da questo attraversamento vengano almeno favoriti nell'utilizzo di questa arteria, fatto sta che fino adesso la società autostradale non ha avuto questo tipo di atteggiamento, tant'è che anche quella forma di abbonamento che avevamo strappato su una serie di richieste in Consiglio provinciale di Trento, è stata ben presto vanificata o da un aumento delle tariffe o comunque da una non pubblicità o macchinosità del modo di ottenere questa forma di abbonamento, per cui veramente spero che questa mozione abbia un esito diverso da quanto non avuto finora, come attenzione della società autostradale.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire? La parola alla cons. Kury.

KURY: Danke schön, Herr Präsident.

Herr Peterlini hat bei der Erläuterung des Beschlußantrages bereits darauf hingewiesen, daß zwischen den Prämissen und dem beschließenden Teil eine Divergenz besteht. Der beschließende Teil ist umfassend - Entschuldigung - die Prämissen sind umfassend, der beschließende Teil ist sehr eng gefaßt.

Nun muß ich für mich sagen, daß ich nicht nur eine Einengung sehe, sondern tatsächlich zum Teil einen Widerspruch zwischen Prämissen und

beschließendem Teil. In den Prämissen wird auf die Notwendigkeit des Umdenkens in der Verkehrspolitik im Sinne eines effektiven effizienten Umweltschutzes hingewiesen. Die Prämissen würde ich gerne unterschreiben, mein ganzes Herz würde ich Ihnen für diese Prämissen schenken, Herr Peterlini. Es wird darauf hingewiesen, daß der öffentliche Nahverkehr weiter ausgebaut und intensiviert werden sollte. Die Fahrpläne sollen besser abgestimmt werden. Fehlende Busverbindungen usw. sollten endlich gemacht werden. Busdienste in Konkurrenz zu den Zugfahrten sollten abgeschafft werden. Alles wunderbare Sachen.

Nun, wenn ich jetzt diese Forderung vergleiche mit dem was man danach effektiv verlangt, dann ist eigentlich ein totaler Widerspruch festzustellen. Wie kann ich denn den öffentlichen Nahverkehr ausbauen? Wie denn? Ich muß es fordern und ich kann es nur dann sinnvoll fordern, wenn viele Leute da sind, die den öffentlichen Nahverkehr eben benützen. Insofern ist das was hier gefordert wird, nämlich ein Anreiz für Pendler die Autobahn zu benützen, eigentlich genau das Konträre. Ich muß die Pendler in die Lage versetzen, daß sie öffentliche Verkehrsmittel benützen können. Nur dann habe ich alles das was ich mir zugleich ebenso wie Sie wünsche. Nämlicher weniger Lärm und weniger Abgase. Ich kann nicht die Pendler bzw. alle Autofahrer zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel dadurch überreden, indem ich ihnen die Autobahn billiger mache. Insofern würde ich eher fordern, die Autobahn für alle teurer zu machen, daß Benzin für alle teurer wird, und die Diskussion in Österreich und in Deutschland geht ja schließlich in diese Richtung im Zusammenhang mit Öko-Steuern.

Das Problem Lärm, das Sie hier erwähnen, dieses Problem teile ich mit Ihnen, das Problembewußtsein dafür. Sie fordern Lärmschutzwände. Das ist eine Teillösung. Ich würde mir wünschen, daß man einsieht, daß ein direkter Zusammenhang zwischen Lärm und Geschwindigkeit besteht. Studien weisen das noch und nöcher nach. Je schneller ich fahre, desto lauter, desto größer wird die Lärmbelästigung. Nun frage ich Sie: auf der Autobahn fährt man eigentlich schnell und die Lösung müßte eigentlich eine Geschwindigkeitsreduzierung sein und nicht die Einladung, Leute kommt auf die Autobahn. Dasselbe gilt für Abgase.

...Ich sage Dir, wo ich einverstanden bin, bei welchen Punkten...

Problemabgase längst der Autobahnen bzw. Verseuchungen längst der Autobahnen, darüber muß ich hier wohl kein Wort verschwenden. Wir wissen alle die erschreckenden Studien längs der Autobahn in Österreich bzw. in Sterzing usw. Wenn ich eine echte Umweltschutzpolitik betreiben will - also nicht nur ein bißchen Kosmetik - und die schlimmsten Auswirkungen verbessern will, sondern eine echte, dann müßte ich auch den Energiekonsum miteinbeziehen, und da gibt es auch Studien über den Benzinverbrauch. Wenn ich 40 km fahre, dann brauche ich zirka 7 Liter und wenn ich 120 km die Stunde fahre dann brauche 10 Liter und ich glaube, da gibt es Studien. Man kann darüber streiten, ob null-komma-irgendwas besteht, ein Unterschied in den Studien, aber prinzipiell ist der Zusammenhang zwischen Geschwindigkeit und Benzinverbrauch hergestellt und auch da müßte eine Umweltpolitik ansetzen. Insofern habe ich mit den ersten Forderungen, hier Anreiz zu schaffen, daß die Autobahn besser benützt wird, große Schwierigkeiten.

Einverstanden bin ich mit der Forderung, daß die Autobahn im Teilbereich Neumarkt-Bozen kostenlos zur Benützung gestellt wird. Das finde ich richtig. Das ist eine Forderung, die wir auch in anderem Zusammenhang gestellt haben, Brixen usw., und kein Problem habe ich mit dem Hinweisschildern auf die kulturellen Sehenswürdigkeiten. Allerdings hat das mit Umweltschutz nicht sehr viel zu tun - mit den Prämissen nicht sehr viel zu tun. Das könnte ich mittragen. Zwei Punkte könnte ich hundertprozentig teilen, die Prämissen könnte ich hundertprozentig teilen und mit dem Teil dazwischen nicht. Wenn man nicht getrennt abstimmen kann, muß ich mich enthalten.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Passerini, ne ha facoltà.

PASSERINI: Grazie, signor Presidente. Volevo intervenire sulle due mozioni che sono state presentate, anche perché si inseriscono nelle alinea di altre mozioni presentate lo scorso anno da consiglieri di questa area politica. Credo che il problema sia quello soprattutto di spostare il traffico dalle statali all'autostrada, c'è certamente il problema di un incentivo di utilizzare il mezzo pubblico e questo è un problema serio, perché recentemente sono stati aumentati i prezzi dell'uso del treno, che costringe tanti pendolari della Vallagarina a sopportare prezzi eccessivamente alti, quindi questo scoraggia l'uso del mezzo pubblico a vantaggio del mezzo privato. Questo problema è stato sollevato anche attraverso delle interrogazioni.

I prezzi dell'autostrada sono aumentati, come è stato ricordato e quindi è stata vanificata la tessera agevolata per i pendolari. In secondo luogo il problema della sicurezza che è stato sottolineato è serio e anche qui ci sono state interrogazioni, anche da parte di consiglieri della Provincia autonoma di Trento, gli incidenti ed i morti sono aumentati sull'autostrada del Brennero.

A quanto mi risulta, però vorrei che da questo punto di vista mi confortasse il Presidente della Giunta, mi pare che l'ultimo bilancio dell'autostrada del Brennero parli di 200 miliardi investiti in titoli di Stato; ora l'autostrada del Brennero soldi ne ha e li potrebbe utilizzare per favorire la sicurezza e per agevolare in modo serio i pendolari e quindi anche l'uso gratuito dell'autostrada su certi tratti potrebbe essere agevolmente introdotto, senza per questo penalizzare le casse di una società, che a quanto pare ha 200 miliardi investiti in titoli di Stato.

Credo però da questo punto di vista, e mi rivolgo alla SVP, che ha il Presidente della società Autobrennero, dovrebbe spingere di più affinché tutte queste richieste trovassero effettivamente una soluzione concreta, perché altrimenti continuiamo ad approvare mozioni qui dentro, poi di fatto la società Autobrennero non si comporta come una società dove l'ente pubblico ha la maggioranza delle azioni, perché non dimentichiamo che la regione è socio di maggioranza e poi ci sono le due province. Allora bisogna che questa presenza dell'ente pubblico abbia un riscontro concreto dal punto di vista della sicurezza, dal punto di vista dei rumori, dal punto di vista dell'uso gratuito in certi tratti, tutte queste cose devono diventare fatti concreti, perché i soldi ci sono, la società è in attivo, potrebbe assumere anche personale, però poi

viene spesa tutta una serie di soldi per studi inutili, si parla di uno studio di 700 milioni, che è stato commissionato dall'autostrada del Brennero, per introdurre determinate modifiche.

Allora i soldi ci sono, il presidente lo abbiamo, la maggioranza delle azioni le abbiamo, non si capisce perché qui dentro continuiamo tra di noi a discutere e poi gli altri fanno come se questo non esistesse. Allora esiste o non esiste questa maggioranza azionaria della regione e quindi la maggioranza della Giunta e di questo Consiglio dentro questa società, è inutile che discutiamo tra di noi qui dentro se siamo tutti d'accordo poi sulle mozioni, sappiamo che fine fanno le mozioni!

Voi avete messo, con il bene placito dei trentini, il presidente Willeit a presiedere l'autostrada, si comporti di conseguenza.

Infine c'è un altro aspetto che vorrei sottolineare in questo contesto, vale a dire la difesa della presenza pubblica dentro la società Autobrennero, perché nell'ultima discussione in occasione del bilancio c'era quel passaggio della relazione del Presidente Grandi in cui si metteva in discussione la presenza pubblica dentro la società Autobrennero. Allora già in quell'occasione ero intervenuto per chiedere spiegazioni e nella replica il Presidente della Giunta aveva detto che in primavera avrebbe riferito alla conferenza dei capigruppo su questo proposito.

Quindi sono maturi i tempi acché il Presidente ci informi se la regione ha in mente di dismettere quote azionarie dentro la società, così come in qualche modo aveva fatto ventilare nella relazione accompagnatoria al bilancio, oppure se questa, che considero una grave minaccia, è rientrata, perché mi sembra davvero assurdo dismettere quote della regione in una società che guadagna soltanto in questo momento. Ora questo forziere dell'Autobrennero negli anni scorsi è servito per le tangenti e per un'infinità di cose e andiamo al processo adesso, dove tanti pubblici amministratori sono messi sotto accusa, però questo forziere che in teoria non dovrebbe più servire per le tangenti, sarebbe estremamente antipatico che venisse utilizzato dai privati, mentre sarebbe estremamente utile ed opportuno che il forziere venisse utilizzato dall'ente pubblico, prima di tutto per migliorare l'Autostrada dal punto di vista della sicurezza, dal punto di vista dell'utilizzo gratuito dei residenti ed in secondo luogo questo forziere dovrebbe servire per assumere nuove persone, per dare lavoro.

Allora dismettere quote della regione dell'autostrada del Brennero significa fare un regalo ai privati e non sappiamo per quale motivo noi dovremmo fare un regalo ai privati. Ecco perché la mozione presentata dai consiglieri del SVP è estremamente interessante, però mi sembra che potrebbe essere solo una petizione di principio, quando il Presidente lo avete voi ed è anche il nostro Presidente, perché bene o male rappresenta tutta la società, però abbiamo i consiglieri, abbiamo la maggioranza azionaria, quindi abbiamo gli strumenti per tradurre in fatti concreti questi auspici, perché altrimenti rimarranno sulla carta, così come sono rimasti in passato.

PRESIDENTE: Si è iscritta a parlare la cons. Chiodi, ne ha facoltà.

CHIODI: In maniera molto sintetica. Mentre posso essere d'accordo con le proposte fatte dai cons. Peterlini, Mayr ed Atz, anche se è vero, leggendo la parte illustrativa, quello che diceva prima la cons. Kury, che vanno un po' in due direzioni diverse, però ci sono problemi che riguardano l'autostrada del Brennero, che noi abbiamo discusso sia in quest'aula, sia anche nell'aula del Consiglio provinciale, per quanto riguarda le tariffe, per quanto riguarda gli abbonamenti. Non ripeto quello che ha detto il cons. Pinter in merito a quanto affermato in maniera molto simpatica dal presidente dell'autostrada Willeit, il quale ha detto: è chiaro ed evidente che noi non pubblicizziamo questo tipo di abbonamenti e quando abbiamo sottolineato che le modalità per ricevere questo tipo di sconto per gli abbonamenti sono molto macchinose, lui ha detto: in fin dei conti siamo una società per azioni e vogliamo guadagnare.

Un'altra grossa discussione che è nata all'interno del Consiglio provinciale di Trento riguardava il fatto di chiedere l'uso gratuito del tratto Egna-Bolzano, dato l'intenso traffico.

Mi sento anche di proporre un emendamento a questa mozione, perché dove dite di alleggerire il tratto Egna-Bolzano, chiedo di poter inserire anche il riferimento al problema dell'asta dell'Adige. Viene tolto? Mi dispiace che venga tolto perché era un punto importante.

Allora per non stare qui a perdere tempo, perché sull'autostrada abbiamo già discusso molto, chiedo che ci sia l'impegno molto forte della Giunta regionale in direzione dell'autostrada del Brennero, affinché si faccia davvero portatrice in maniera forte delle richieste che vengono da questa istituzione, perché non possiamo incontrarci a parlare dell'autostrada del Brennero 20 volte in una legislatura, senza riuscire ad avere un confronto, i problemi del traffico sono problemi molto forti.

Prima di votare questa mozione chiedo al Presidente se si intende affrontare con la società il discorso che riguarda il traffico dell'asta dell'Adige, perché questo è un problema che non riusciamo a risolvere, per non parlare poi delle varie bretelle e delle varie decisioni che devono essere prese sul nostro territorio, ma questo è discorso della provincia di Trento. Chiedo che questa non sia una mozione che rimane senza risposta, perché sarebbe la quindicesima da quando siedo in questo Consiglio.

Allora o interveniamo e vediamo di fare anche un discorso per quanto riguarda le nostre quote di partecipazione, o non possiamo continuare a discutere sul traffico, sull'autostrada, sui miglioramenti che noi vogliamo proporre e poi giustamente o non giustamente l'autostrada fa quello che vuole, perché su questo argomento siamo intervenuti anche troppo.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ: Frau Kollegin Mayr, ich werde mich bemühen, damit Du sehr schnell nach Hause gehen kannst.

Diese Beschlüsse sind für mich der Beweis, daß alle Beschlüsse der letzten Legislatur für die Katz waren, und wir haben deren mindestens fünf abgestimmt, und die Union für Südtirol hat auch allen zugestimmt: im

Landtag, im Regionalrat, im Zusammenhang mit Brennerautobahngeschichten. Wir haben Beschlüßanträge, Begehrensanträge noch und nöcher hier behandelt. Es kommen diese wieder, man kann sagen, zehnfach genäht hält vielleicht besser. Wir hoffen aber, daß irgendwann dann doch einmal etwas vorangeht. Einmal muß gesagt werden, der letzte Absatz im Beschlüßantrag der SVP ist ja gestrichen. Denn sich hier nur auf die Strecke Neumarkt-Bozen beziehen, das wäre eine Einschränkung. Denken wir gerade an das Eisacktal - (es ist nicht das Wichtigste, es ist für Dich das Wichtigste), aber ich habe mir einmal die Mühe gemacht im Zusammenhang mit einer Anfrage die genauen Zugfahrpläne des Eisacktales anzuschauen. Und da gibt es gerade nach Waidbruck oder sagen wir auch nach Atzwang keine Linien mehr, keine Haltestelle mehr. Atzwang ist sowieso als Haltestelle abgeschafft, aber auch Waidbruck ist so gut wie abgeschafft. Die Leute müssen mit dem Auto fahren. Nur fragt man sich auf der anderen Seite, wenn man tatsächlich etwas dafür tun will, daß der Verkehr von Auto auf die Schiene kommt, ob das nicht dann eigentlich in die entgegengesetzte Richtung geht. Denn so wird die Eisenbahn immer weniger attraktiv werden und wenn man sich den LKW-Verkehr auf der Autobahn anschaut, dann muß man die Gewißheit erlangen, daß heute der gesamte Warentransport auf der Straße rollt und nicht auf die Schiene umgelagert wird. Das zum einen.

Also gerade auf der Strecke Neumarkt-Bozen gibt es sehr gute Zugverbindungen, aber auf der Strecke beispielsweise Klausen-Bozen oder Waidbruck-Bozen gibt es kaum noch etwas. Wir werden selbstverständlich zustimmen, gerade auch für die Ermäßigung für Pendler einmal, weil wir in der gestrigen Ausgabe der Zeitungen gelesen haben, welche Überschüsse insgesamt die Autobahnen in Italien machen. Also welche Gewinne sie erwirtschaften und dann ist es doch erforderlich, daß sie auch für die minderbemittelten oder in diesem Fall - nicht alle Pendler sind minderbemittelt - etwas tun, aber sie brauchen diese Möglichkeit heute, weil die andere Möglichkeit nicht gegeben ist. Frau Kury fährt bestimmt oft mit dem Zug von Bozen nach Trient, aber möglicherweise ist sie nie in das Eisacktal unterwegs und da wird sie halt eben auch feststellen, daß es hier mit ihren Wertungen nicht so weit her ist, also daß diese Wertungen nicht stichhaltig sind. Es gibt hier derart große Lücken, daß man den Pendlern entgegenkommen muß, aber auf lange Sicht dessen müssen wir uns auch klar sein, verhindern wir mit tatsächlich, daß die öffentlichen Verkehrsmittel endlich funktionieren. Ja, wenn wir den Ersatz schaffen, dann werden die anderen weniger attraktiv werden.

PRESIDENTE: Concedo la parola al Presidente della Giunta regionale per una breve replica e poi votiamo questi documenti.

GRANDI: Grazie al Presidente e grazie al Consiglio che ci dà la possibilità di rispondere ancora questa sera. Peraltro annuncio il voto favorevole al testo unificato, ma anche al testo emendato e devo dire che effettivamente si tratta di mozioni che sono molto datate e che ci portano a discutere su problematiche specifiche, ma che finiscono poi per coinvolgere anche le grandi questioni attorno all'autostrada del Brennero.

Devo dire a questo proposito che venne svolta per iniziativa della Presidenza del Consiglio, appoggiata dalla Giunta, un incontro alla presenza anche degli assessori ai lavori pubblici della provincia di Trento, tra la Presidenza ed una delegazione del consiglio di amministrazione e i capigruppo. Quell'incontro durò molte ore e si ebbe modo di conoscere quale è la politica che viene portata avanti e in termini molto concreti fu data risposta a molte questioni. Si convenne in quell'occasione di mettere in conto un secondo incontro, mi sono incontrato prima della trattazione di queste sue mozioni con il Presidente Willeit e ho preannunciato che se durante il dibattito mi fosse stato richiesto di metterlo in cantiere avrei potuto sicuramente dare da subito la sua disponibilità e sono qui quindi a darla. Tra l'altro Willeit si era impegnato in una seconda fase a rispondere anche ad altre questioni che nel frattempo erano intervenute. Peraltro il Presidente Willeit mi fa presente che in concomitanza con il rinnovo dei Consigli provinciali e regionale ed in concomitanza anche con la scadenza del consiglio di amministrazione questo è un periodo di nomine, di preoccupazioni elettorali, ma che nonostante questo se da parte di quest'aula e dei capigruppo viene chiesto di fare nei prossimi giorni e nelle prossime settimane il secondo incontro, la disponibilità c'è ed è totale.

Debbo poi dire che a seguito di queste mozioni, ma anche di segnalazioni che di tanto in tanto arrivano, la Presidenza della Giunta si incontra con la Presidenza dell'Autobrennero per cercare di venire incontro alle molte sollecitazioni e devo anche dare atto di una correttezza di rapporto e anche di una buona disponibilità.

Allora risponderai subito alle questioni che sono contenute nelle mozioni e poi vorrei rispondere anche ad alcune grosse questioni che qui sono state poste alla nostra attenzione. Per quanto riguarda la prima mozione dò lettura brevemente della lettera che mi pervenne il 21 luglio dello scorso anno a seguito della mozione dei consiglieri regionali Leitner ed altri. "Con riferimento alla richiesta di codesta Presidenza in merito all'interrogazione si precisa che ancora il 15 settembre del 1989, a seguito di apposita delibera del comitato direttivo della società, veniva istituito sull'autostrada del Brennero un abbonamento per utenti pendolari consistente nel rilascio di una tessera a 30 percorsi prefissati, con pedaggio diminuito del 30% ed avente validità di mesi 6. Per il rilascio del suddetto abbonamento è sufficiente la presentazione del certificato di residenza o di domicilio di una dichiarazione del datore di lavoro attestante la sede e fotocopia della carta di circolazione del veicolo. Ciò premesso questa società si dichiara fin d'ora disponibile ad individuare soluzioni alternative al sistema sopra illustrato, fermi restando la posizione del dipendente ed il percorso prefissato."

Sono in grado di fornire poi agli interpellanti anche copia di altre lettere che sono state inviate, oltre che al sottoscritto anche ai Presidenti delle Province, perché vennero sollecitazioni in questo senso anche da parte di Presidenti di altri enti e sono poi nelle condizioni di dire che avremmo concordato con la presidenza dell'Autobrennero di insidiare una commissione ristretta di esperti, incaricata alla elaborazione di proposte concrete praticabili, perché mi rendo conto che effettivamente quanto qui chiesto ha una sua specifica validità. Non vi leggo ovviamente i verbali del dibattito che c'è stato in consiglio di amministrazione, però sono dentro questo fascicolo.

Quindi non solo c'è questa prima risposta concreta, ma c'è anche la disponibilità e la volontà di dare vita a questa commissione ristretta.

Per quanto riguarda gli altri punti leggo brevemente la risposta che ho avuto punto per punto e poi vengo a fare una seconda proposta. "Con riferimento alla richiesta in merito alla mozione preciso che, abbonamenti per pendolari dal 1985 è possibile, esclusivamente per lavoratori dipendenti pendolari, acquistare tessere magnetiche valevoli sei mesi, denominate Brenner-Card, con un risparmio sui normali pedaggi del 30%. Tali tessere possono essere acquistate presso gli uffici della sede sociale in sei punti dislocati lungo l'asse autostradale, è comunque possibile che si studino altre forme." Allora questo problema viene trasferito dentro quella commissione cui ho fatto riferimento prima.

Secondo argomento: miglioramento dei servizi. La società, al fine di migliorare ulteriormente il servizio e la sicurezza autostradale, politica che persegue da sempre, ha predisposto una nuova organizzazione dei centri di manutenzione, nonché dell'utilizzo delle squadre di assistenza al traffico, così come risulta nella memoria che si allega. Ho qui una memoria di ben 8 pagine e dopo sono disponibile a trasferire all'interpellante.

Inquinamento acustico. Per la riduzione dell'inquinamento acustico la società sta procedendo con l'installazione di barriere antirumore e con la stesa di asfalto fonoassorbente. La società sta costruendo e recentemente ha approvato un ulteriore progetto di costruzione di barriere antirumore per un costo di oltre 100 miliardi, il tutto è evidenziato nella cartografia allegata, che pure dopo consegna al cons. Oskar Peterlini. Per quanto riguarda invece l'asfalto fonoassorbente la società è stata una tra le prime in Italia ad effettuare sperimentazioni di stesa di asfalto fonoassorbente, ha già sostituito molti chilometri di pavimentazione e per il corrente anno procederà alla stesa di pavimentazione drenante fonoassorbente speciale su sei lotti diversi, per una spesa complessiva di circa 22 miliardi, spesa che verrà sottoposta per l'approvazione del prossimo consiglio di amministrazione il 27 gennaio del 1995, cosa puntualmente avvenuta.

Per quanto riguarda l'inquinamento delle culture ortofrutticole...

PRESIDENTE: Presidente Grandi, se lei è disponibile a fornire tutti questi documenti a chi eventualmente li richiederà, a lei rimane lo spazio per dichiarare la disponibilità a votare questi documenti ed eventualmente fornirà ai due proponenti e al Consiglio tutta la documentazione che dimostra l'attività che lei ha svolto nel rispetto di un impegno che si era preso nei confronti del Consiglio.

GRANDI: Sono disponibile ad accogliere questa proposta, che viene dalla Presidenza dell'aula e quindi consegnerò tutto ai proponenti, peraltro magari illustrando anche verbalmente la risposta ad altri problemi che erano stati sottoposti.

PRESIDENTE: Non è che voglio tagliare i tempi, se nessuno intende fare dichiarazioni di voto e repliche, porrei in votazione i documenti.

Prima facciamo la votazione sulla mozione primo firmatario Leitner e poi sulla mozione primo firmatario Peterlini.

Non posso una votazione unica. Inviterei caso mai il cons. Leitner a sottoscrivere la mozione di Peterlini che contiene, sia nel dispositivo che nelle premesse, l'obiettivo che entrambi volete raggiungere.

LEITNER: ..verlange, daß man über unseren Beschlußantrag abstimmt. Ich werde dann dem anderen Beschlußantrag selbst ja nicht zustimmen, weil die Prämissen nicht ganz gleich sein. Es ist nur ein Punkt derselbe...

PRESIDENTE: Ho capito, lei cons. Leitner vuole mantenere la sua mozione. La pongo in votazione. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 1 voto di astensione e tutti gli altri favorevoli, la mozione n. 17 è approvata.

Passiamo alla votazione della seconda mozione, primo firmatario Peterlini, questa mozione è stata emendata, se vuole posso leggere l'emendamento: l'ultimo comma è soppresso e sostituito dal seguente: "ad evidenziare attraverso appositi cartelli posti lungo il tratto autostradale alcune particolarità storico-culturali o turistiche della relativa zona".

Pongo in votazione la mozione così emendata. Favorevoli? Contrari? Astenuti? Con 1 voto di astensione e tutti gli altri favorevoli, la mozione n. 23 è approvata.

Sono le ore 18.10 e quindi chiudo i lavori.

La seduta è tolta.

(ore 18.10)

INDICE

INHALTSANGABE

Voto n. 9 , presentato dai consiglieri regionali Moser, Bolzonello, Delladio, Benedetti e De Stefani, riguardante l'apertura di una casa da gioco nel territorio delle Province autonome di Trento e di Bolzano	Begehrensantrag Nr. 9 , eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Moser, Bolzonello, Delladio, Benedetti und De Stefani betreffend die Eröffnung eines Spielkasinos im Gebiet der autonomen Provinzen Trient und Bozen
pag. 3	Seite 3
Interrogazione a risposta orale (n. 38)	Anfrage mit mündlicher Antwort (Nr. 38)
pag. 24	Seite 24
Mozione n. 12 , presentata dai consiglieri regionali Palermo, Passerini e Chiodi concernente l'utilizzo di beni ed attrezzature regionali per fini estranei agli interessi della collettività	Beschlußantrag Nr. 12 , eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Palermo, Passerini und Chiodi betreffend die Verwendung von Gütern und Geräten der Region für Zwecke, die mit den Interessen der Allgemeinheit nichts zu tun haben
pag. 25	Seite 25
Interpellanza n. 3	Interpellation Nr. 3
pag. 27	Seite 27
Interpellanza n. 5	Interpellation Nr. 5
pag. 29	Seite 29
Mozione n. 17 , presentata dai consiglieri regionali Leitner, Waldner e Pinter, concernente l'introduzione di abbonamenti annuali a prezzo ridotto da concedersi ai	Beschlußantrag Nr. 17 , eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Leitner, Waldner und Pinter über die Einführung von günstigen Jahreskarten für Pendler

lavoratori pendolari per l'utilizzo
sull'Autostrada del Brennero

Mozione n. 23, presentata dai consiglieri regionali Peterlini, Christine Mayr e Atz, relativa a provvedimenti da adottare da parte dell'Autostrada del Brennero ai fini di una migliore politica del traffico

auf der Brennerautobahn

Beschlußantrag Nr. 23, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Christine Mayr und Atz, über Maßnahmen, die von der Brennerautobahn zum Zwecke einer besseren Verkehrspolitik ergriffen werden sollten

pag. 47

Seite 47

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDETTI Marco <i>(Gruppo A.D. - A.T. - P.S.D.I.)</i>	pag.	1-3-5
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	1-18
PAHL Franz <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	3-38-43-45
DELLADIO Mauro <i>(Autonomia e Federalismo)</i>	"	5
BOLZONELLO Marco <i>(Alleanza Nazionale)</i>	"	8
ATZ Roland <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	9-42
KLOTZ Eva <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	10-59
MONTEFIORI Umberto <i>(Gruppo Lega Nord Minoranze Etniche)</i>	"	13
LEITNER Pius <i>(Gruppo Die Freiheitlichen)</i>	"	15-47-50-63
MAGNABOSCO Armando <i>(Gruppo Misto)</i>	"	17
MOSER Francesco <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	20
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	21-45
HOLZMANN Giorgio		

<i>(Alleanza Nazionale)</i>	"	24
HOLZER Alcide <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	24-36
WILLEIT Carlo <i>(Gruppo Ladins - Autonomia Trentino)</i>	"	25
PALERMO Carlo <i>(Gruppo Misto)</i>	pag.	27-32-43
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	46-59
PETERLINI Oskar <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	48-50-51
PINTER Roberto <i>(Gruppo Solidarietà - Rifondazione)</i>	"	54
KURY Cristina Anna <i>(Gruppo Verdi - Grüne - Vërc)</i>	"	55
PASSERINI Vincenzo <i>(Gruppo La Rete)</i>	"	57
GRANDI Tarcisio <i>(Gruppo Partito Popolare)</i>	"	60-63

SEDUTA RISERVATA

PRÄSIDENT: Danke.

Ich bitte um einen Moment Aufmerksamkeit. Wir kommen jetzt zu Punkt 6 der Tagesordnung und zwar zu den Anfragen 36, 37 und 38. Ich möchte Ihnen ankündigen, daß wir im Sinne der Geschäftsordnung bei geschlossenen Türen arbeiten müssen. Artikel 50 der Geschäftsordnung Absatz 2 sieht vor: Zur Behandlung von Fragen, die einzelne Personen betreffen, versammelt sich der Regionalrat in nichtöffentlicher Sitzung. Normalerweise sind die Sitzungen öffentlich, wie sie wissen. Wir haben bereits dafür gesorgt, daß außer den zuständigen Bediensteten, sei es auf der Tribüne als auch auf der Pressetribüne, niemand anwesend ist. Bitte auch die Türen schließen. Danke.

Damit kommen wir zur Anfrage 36. Ich bitte den Einbringer, den Abg. Marco Bolzonello oder wer auch immer für ihn, die Anfrage Nr. 36 unterzeichnet von den Abg. Bolzonello, Holzmann oder Taverna zu verlesen.

Abg. Holzmann, wenn Sie wollen, dann lesen wir sie.

Abg. Denicolò, bitte sehr. Wir lesen vorerst die deutsche Version.

Bitte schön, Abg. Holzmann.

HOLZMANN:

Interrogazione n. 36

Per conoscere dal competente assessore se sia a conoscenza che l'Ufficio Catasto di Brunico è stato oggetto di critiche da parte di professionisti che, con nota scritta, hanno rappresentato al precedente assessore alcuni modi di operare, da parte di dipendenti del Catasto, certamente censurabili. Le questioni affrontate anche, a quanto ci è dato di sapere, dall'attuale assessore, non hanno visto, peraltro, apprezzabili miglioramenti.

Ci è stato segnalato, in particolare, che vi sarebbero utenti abituali in grado di ottenere atti catastali vari in tempi brevissimi e ciò con la compiacenza del direttore d'ufficio, a fronte di altri che si vedono respinte le richieste (ed al limite dei tempi stabiliti dalle leggi vigenti) per vizi di forma certamente trascurabili.

Vi sarebbe anche una facilità estrema nell'ottenere estratti, visure ed altra documentazione tecnica in copie fotostatiche semplici, prive quindi delle prescritte marche da bollo e dei diritti relativi.

Tra coloro che riceverebbero "trattamenti di favore" vi sarebbe anche il figlio del direttore, occupato presso una immobiliare della zona.

L'ufficio nel suo complesso conta, peraltro, su ben 13 unità lavorative, un numero quindi adeguato al lavoro, ciò nonostante vi sarebbe un notevole accumulo di arretrato e ciò per consentire il perpetrarsi della situazione sopra esplicitata.

Vanno anche citati, peraltro, comportamenti poco corretti che sarebbero stati tenuti dal direttore nei confronti del personale subalterno e ciò sia nella gestione

delle ore straordinarie (non riconosciute anche in presenza di effettivo lavoro svolto) che nelle ore di missione, regolate con criteri personalistici del tutto fuori luogo.

Risulterebbero anche viaggi per missioni regolarmente effettuate dalla persona citata, ma con veicoli non rispondenti a quelli indicati nei fogli di missione.

Ciò premesso si chiede al competente Assessore se sia a conoscenza di quanto esposto e quali passi intenda promuovere per eliminare i "disservizi" sopra citati.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Holzmann.

Sie haben das Wort zur Erläuterung, wenn Sie es wünschen. Danke.

Jetzt der Ausschuß, bitte. Zuerst den Assessor Holzer und dann Assessor Messner zur Beantwortung.

HOLZER: Grazie Presidente. Per la parte che mi riguarda risponderò io come assessore al personale, per la parte relativamente al catasto e al tavolare risponderà poi l'assessore Messner.

Nei giorni 17 e 26 ottobre e 7 novembre 1994, è stata condotta un'ispezione presso l'ufficio del catasto di Brunico e l'ispettorato del catasto di Bolzano, al fine di accertare i fatti esposti nella interrogazione indicata. Nel corso dell'ispezione sono stati intervistati alcuni liberi professionisti della zona, i dipendenti dell'ufficio del catasto di Brunico e sono stati esaminati i documenti giacenti presso l'ufficio, sono state inoltre verificate d'ufficio tutte le tabelle di missione effettuate dal direttore dell'ufficio negli ultimi tre anni, nonché una verifica della gestione delle ore straordinarie, autorizzate dall'ufficio di Brunico, nel periodo 1 giugno 1992 - 31 luglio 1994.

Dall'ispezione effettuata e dalla documentazione esaminata non sono emersi elementi probatori in relazione ai fatti contestati, le stesse dichiarazioni rilasciate dai liberi professionisti sono generiche e non fondate su elementi riscontrabili, non abbiamo potuto verificare; peraltro il fatto che i professionisti non abbiano voluto sottoscrivere le loro affermazioni e neppure che il loro nome venisse riportato, anche questo è un dato di fatto, depone a sfavore della credibilità complessiva degli stessi. Questo per quanto riguarda missioni ecc.

Per quanto riguarda invece la parte relativa all'arretrato, cedo la parola al collega Messner.

PRÄSIDENT: Danke.

Bitte, Assessor Messner.

MESSNER: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Schreiben von 15 Technikern im Einzugsgebiet Bruneck ist vom November 1992. Die Kritiken, die dort bezüglich der Amtsführung angeführt sind, sind vor allem, daß unerledigte Grundbuchsdekrete für längere Zeit liegen bleiben und was dann die Behandlung der Teilungspläne anbelangt: die Zurückstellung an den verfassenden Techniker, die Nichtbehandlung bis zum Ablauf der 45-Tage-Frist, lange Wartezeiten und mangelnde Zusammenarbeit.

Ich habe dieses Schreiben vom November 1992 nach Amtsantritt vor einem Jahr in meinem Büro vorgefunden, allerdings ohne Absender. Ich habe mich mit der Kontaktadresse, die da in diesem Schreiben angeführt ist, bzw. mit einem Geometer in Bruneck in Verbindung gesetzt und habe von der Kontaktperson, die alle diese 15 Geometer vertritt, die Antwort erhalten, daß es in der Zwischenzeit viel, viel besser geworden ist und daß es eigentlich keine größeren Probleme mehr gibt.

Zweitens: es ist bereits gesagt worden, daß eine eigene Inspektion von einer Amtsperson vom Personalinspektorat und auch vom Katasterinspektor der Provinz Bozen durchgeführt worden ist. Es wurden Gespräche mit den einzelnen Freiberuflern, mit dem Amtsleiter und mit den angestellten Personen im Katasteramt von Bruneck geführt. Was die Gespräche mit den Freiberuflern anbelangt, so hat man insgesamt vier davon in dieser Zone befragt. Drei davon sagen, ohne ihren Namen zu nennen, daß ihrer Meinung nach die Teilungspläne schon etwas lange liegen bleiben und daß Teilungspläne manchmal wegen Kleinigkeiten nicht angenommen werden und daß der Amtsleiter manchmal launisch sei. Aber für all dies hätten sie keine Beweise. Einer sagt, daß sich in den letzten Jahren, wie bereits von der Bezugsadresse auch angegeben, vieles zum Besseren gewendet hätte und daß eigentlich keine Kritiken mehr vorzubringen seien.

Das Gespräch mit dem Amtsleiter hat folgendes ergeben: Die Fotokopien werden gemacht, aber alle müssen bezahlt werden. Die Teilungspläne werden nur dann nicht angenommen, wenn sie nicht den Gesetzen entsprechen, aber alle Freiberufler würden gleich behandelt. Wenn sie nicht den Gesetzen entsprechen, müssen sie zurückgewiesen werden.

In bezug auf den Gebrauch des eigenen Fahrzeugs: Dies geschehe nur selten und nur bei Gebrauch des eigenen Autos würden eben auch die Fahrtspesen verrechnet.

Was die Vorzugsbehandlung des eigenen Sohnes anlangt, so habe der Sohn im Katasteramt nur Kontakt mit den Angestellten und nicht mit dem Amtsleiter und werde von denen wie alle anderen Benutzer auch behandelt.

Das Personal: Das Katasteramt verfügt über 13 Angestellte und die Rückstände sind zum größten Teil aufgearbeitet worden, was überhaupt von allen bestätigt wird.

Die Überstunden werden nur bei außerordentlicher Notwendigkeit gewährt.

Was das Gespräch mit dem Personal anbelangt, von denen 8 Personen befragt wurden, mit Ausnahme von Frau Hofer, mit der es die großen Schwierigkeiten gibt und die nicht anwesend war und somit später getrennt befragt wurde: die anderen 8 Angestellten - einige waren in Urlaub und konnten nicht befragt werden - erklären fast übereinstimmend, daß die vorgelegten Teilungspläne gleich behandelt werden und daß nur in ganz dringenden Fällen einzelne vorgezogen würden, daß nicht alle Geometer gleich gut arbeiten und daß manchmal Teilungspläne fehlerhaft seien, die dann nicht angenommen werden könnten, daß der Sohn des Amtsleiters gleich wie die anderen

Benutzer behandelt würde. Er werde auf keinen Fall bevorzugt. Und daß die Stempelmarken und Fotokopien von allen bezahlt werden müßten.

Von den Inspektionsbeamten wurden keine Unregelmäßigkeiten festgestellt. Zweimal waren sie draußen.

Frau Hofer aber, die in erster Linie unzufrieden ist und die getrennt befragt wurde, bleibt trotzdem bei ihrer Meinung, daß die von der Anfrage aufgeworfenen Fragen stimmen, auch wenn sie keine Beweise und keine Belege dafür hätte. Mir scheint, es ist vor allem ein persönliches Problem zwischen dieser Angestellten und dem Amtsleiter. Es geht um persönliche Differenzen, aber weder die entsprechende Frau, die das aufgeworfen hat noch die Inspektion konnten irgend etwas von diesen aufgeworfenen Fragen nachweisen. Auch sie selber sagt, sie hätte keine Beweise dafür. Deswegen kann ich Ihnen nur das zur Antwort geben, da nichts bei den Inspektionen gefunden werden konnte und sie selber nichts beweisen kann. Deswegen müssen wir natürlich auch dem Amtsleiter und den Angestellten Glauben schenken.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Damit ist die Antwort erfolgt.

Wenn der Herr Einbringer oder sein Stellvertreter etwas dazu sagen möchte?

HOLZMANN: Mi dichiaro soddisfatto, anche perché in assenza del primo firmatario, che è il collega Bolzonello, siamo a conoscenza dei fatti che avevano poi giustificato queste interrogazioni, mi dichiaro soddisfatto della risposta della Giunta, prendo atto che alcune perplessità sussistono in ordine al problema dei frazionamenti e comunque è certo che se i professionisti che si fanno vivi quando è il momento di fare delle interrogazioni per sollecitare dei controlli, nel momento in cui i controlli vengono fatti non se la sentono di circostanziare meglio le loro lamentele, è evidente che gli ispettori non possono fare miracoli. Mi dispiace che questo non sia stato possibile, comunque speriamo che questa ispezione abbia sortito quantomeno l'effetto di scoraggiare in futuro comportamenti poco corretti da parte del direttore dell'ufficio di Brunico. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke.

Wir kommen jetzt zur nächsten Anfrage.

Es handelt sich um die Anfrage Nr. 37, unterzeichnet von den Abg. Holzmann, Bolzonello, Taverna.

Wenn Sie wollen, dann lese ich Sie, Herr Holzmann.

"Siamo stati informati che i dipendenti:

Koenig geom. Georg
Menapace geom. Silvio
Mairhofer rag. Albert
Atz Norbert

**Error
e. Il
segnal
ibro
non è
definit
o.**

sarebbero stati promossi al nono livello nonostante siano sprovvisti di laurea.

Inoltre risulta agli interroganti che i laureati vengono inquadrati al settimo livello e pertanto non si comprende questo tipo di trattamento e, al riguardo, si sollecita un chiarimento.

I Consiglieri regionali:

Giorgio Holzmann

Marco Bolzonello

Claudio Taverna"

In Deutsch dürfte die Übersetzung es vorgelesen haben.

Herr Holzmann, möchten Sie etwas hinzufügen?

HOLZMANN: Presidente, noi osservavamo questa anomalia, tenuto conto del fatto che alcuni di questi dipendenti sono entrati nella carriera esecutiva, un livello molto basso e adesso sono arrivati fino al nono livello. Ci sembra una cosa piuttosto singolare e quindi su sollecitazione di alcuni dipendenti regionali abbiamo ritenuto interessare l'assessore su questa situazione che ci lascia un po' perplessi, quindi gradiremmo in questo senso dei chiarimenti.

PRÄSIDENT: Danke schön.

Möchte jemand vom Ausschuß das Wort zur Beantwortung?

Assessor Holzer, bitte.

HOLZER: I dipendenti regionali Koenig e Menapace hanno conseguito la nomina a conservatore del libro fondiario in data anteriore al 1980, quando per l'accesso alla qualifica era sufficiente il diploma di maturità. I signori Atz e Mairhofer hanno conseguito la nomina a conservatore del Libro fondiario nonostante non fossero in possesso del diploma di laurea, in virtù dell'art. 15, secondo e terzo comma, della legge regionale 11 gennaio 1980 n. 1, che prevedeva la possibilità per il personale in possesso del diploma di scuola media superiore con la qualifica di aiutante tavolare o che avesse conseguito tale qualifica entro un anno dall'entrata in vigore della legge di partecipare agli esami per il conseguimento del diploma di abilitazione alle funzioni di conservatore e di essere ammessi successivamente al concorso pubblico per l'accesso alla qualifica iniziale del conservatore del libro fondiario, qui dobbiamo purtroppo fare riferimento alle leggi e siccome sono richiamate alcune posso dargliene una copia.

I signori Koenig e Menapace sono stati inquadrati nella nona qualifica funzionale con decorrenza 31 dicembre 1990, in applicazione dell'art. 6 del decreto legislativo 22 settembre 1990, n. 264, il quale prevedeva il passaggio alla nona qualifica funzionale del personale assunto in seguito a concorso ordinario bandito anteriormente alla data di entrata in vigore della legge 11 luglio 1980, n. 312, per le qualifiche della ex

carriera direttiva di consigliere o equiparati e superiori. L'inquadramento è stato disposto con deliberazione della Giunta regionale n. 3190 del 22 novembre 1990, registrata alla Corte dei Conti il 27 marzo 1991, registro 4, foglio 182. Con deliberazione della Giunta regionale 1289 del 24 settembre 1993, registrata alla Corte dei Conti 1 giugno 1994, registro 8, fogli 177, l'inquadramento alla nona qualifica funzionale è stato disposto con decorrenza 1 giugno 1987, in accoglimento delle domande presentate dagli interessati, con riferimento all'art. 1 della legge 7 luglio 1988, n. 254, nonché degli artt. 66/bis della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, introdotto dall'art. 56 della legge regionale 11 giugno 1987 n. 5. Purtroppo devo richiamarmi ad una serie di leggi, perché su queste si fonda il fatto giuridico stesso di queste promozioni, di questo passaggio di livello.

Con la medesima deliberazione ed in base alle normative citate, i signori Atz Norbert e rag. Mairhofer Albert sono stati inquadrati nella nona qualifica funzionale a decorrere dal 1 gennaio 1987. L'art. 1 della legge 7 luglio 1988, n. 254, nonché l'art. 66/bis della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15, introdotto dall'art. 56 della legge regionale 11 giugno 1987 n. 5 stabiliscono che nella nona qualifica funzionale possono essere inquadrati anche i dipendenti appartenenti all'ex carriera direttiva, assunti mediante concorso, per l'esercizio di attività tecnico professionali, per le quali è richiesto il possesso di apposito diploma di laurea e relativo titolo di abilitazione professionale, anche se conseguito successivamente alla data di assunzione. Nelle richieste presentate i richiedenti facevano presente che l'esercizio delle funzioni di conservatore del libro fondiario concretizzano nella fattispecie prevista dalla legge, essendo richiesto per lo svolgimento dell'attività, oltre all'apposito diploma di abilitazione anche la laurea in giurisprudenza, fin dal 1980 era sufficiente il diploma di scuola media superiore, la maturità, tanto per capirci.

A tale istanza l'amministrazione regionale aveva risposto negativamente, con nota prot. n. 23436 del 7.10.1988, ritenendo di non doversi discostare dall'orientamento espresso dalla Giunta regionale con deliberazione n. 428 del 17 marzo 1988, registrata dalla Corte dei conti il 22 settembre 1988, in relazione all'applicazione del secondo comma dell'art. 1 del decreto legge 26 febbraio 1988, n. 46, non convertito peraltro, recepita poi con modificazioni dalla legge 7 luglio 1988, n. 254 alla quale ho già fatto riferimento prima.

Tale deliberazione era stata motivata sulla base della constatazione che nell'ambito regionale non esistevano profili professionali per l'accesso ai quali si è contemporaneamente richiesto il possesso del diploma di laurea e relativo titolo di abilitazione professionale. Con la deliberazione 24 settembre 1993, n. 1289, l'amministrazione regionale ha ritenuto poi di dover rivedere le istanze presentate, alla luce non già del decreto legge n. 46 non convertito, ma in applicazione delle disposizioni di cui al comma 2 e 3 dell'art. 1 della legge 7 luglio 1988, n. 254, nonché dell'art. 66/bis della legge regionale 9 novembre 1983, n. 15.

La deliberazione citata è stata inoltrata alla Corte dei conti per la registrazione su ordine scritto del Presidente della Giunta regionale, in quanto la ragioneria regionale aveva rifiutato il visto di competenza ritenendola non legittima ed in contrasto con le determinazioni già assunte dalla Giunta sull'argomento. Sul

provvedimento in oggetto la Corte dei conti ha formulato alcune osservazioni con il rilievo n. 1 del 12 febbraio 1994, alle quali l'amministrazione ha risposto in data 8 marzo 1994. Il consigliere delegato, su controllo degli atti della regione Trentino-Alto Adige, ha quindi rimesso al Presidente della sezione il provvedimento per l'esame e la pronuncia sulla sua legittimità. La sezione di controllo per il Trentino-Alto Adige della Corte dei Conti, nell'adunanza del 5 maggio 1994, ha ammesso al visto ed alla conseguente registrazione la deliberazione n. 1289 del 24 settembre 1993, che veniva quindi registrato in data 1 giugno 1994, registro 8, foglio 177.

Cons. Holzmann, mi rendo conto di averle esposto una serie di dati e di cifre, comunque sono disponibile a fornire copia di tutta la documentazione di cui sono in possesso, se lei la vuole controllare.

PRÄSIDENT: Abg. Holzmann, bitte.

HOLZMANN: Grazie assessore della sua risposta, in effetti la citazione di leggi credo abbia portato via i primi dieci minuti della sua risposta. Comunque per arrivare un pochino alla sintesi del problema mi pare di osservare questo. Mentre in base alla legge nazionale il personale che era in possesso del diploma di laurea e di abilitazione professionale, se non vado errato, che si ottiene generalmente dopo due anni di attività professionale, almeno per i laureati in giurisprudenza, era previsto un inquadramento per detto personale al nono livello, qui si è operato per analogia anche per i conservatori del libro fondiario, che in realtà non sono laureati, hanno fatto un corso organizzato dalla regione, sono diventati tali e vengono equiparati ai laureati abilitati all'esercizio della professione, cioè che ottengono questa qualificazione con 6-7 anni di studio e di pratica, questi lo hanno ottenuto invece in sei mesi.

Mi sembra una differenza degna di essere rilevata. Prendo atto che la Corte dei conti ha in seconda battuta registrato il provvedimento, purtroppo però prendo altresì atto che aveva espresso le stesse riserve e le stesse obiezioni che noi abbiamo posto con questa interrogazione, anche se dal punto di vista dell'ottemperanza alle leggi, che consentono di procedere in questo modo, riteniamo che la decisione dell'amministrazione regionale, credo comunque che la responsabilità competa al suo predecessore, sia quantomeno censurabile da parte nostra.

PRÄSIDENT: Danke.

Damit ist diese Anfrage erledigt.

CONTINUA IN SEDUTA PUBBLICA

**Error
e. Il
segnal
ibro
non è
definit
o.**